Die Rote Liste 2.0: Welche Großveranstaltungen fallen coronabedingt erneut aus? Seite 15

4,00 €
April

4|21

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Johannes Ebert
Miriam Rürup
Rolf Schmachtenberg
Josef Schuster
Yfaat Weiss
und viele andere

Kulturfinanzierung
Länder und Kommunen müssen die adäquate Vergütung von künstlerischen Leistungen jetzt sicherstellen
Seite 3

Amateurmusik
Endlich gibt es einen NEUSTART für die 14 Millionen musizierenden Amateure in Deutschland: Wie kann er gelingen?
Seite 5

Oralität in Afrika
Der afrikanische Kontinent ist von mündlicher Wissensweitergabe geprägt: Wie funktioniert die Kunst des Erzählens?
Seite 11

Streamingdienste
US-Studios greifen den deutschen Streamingmarkt an und die öffentlich-rechtlichen Sender schauen zu
Seite 13

Yippie-Ya-Yay

Die Coronakrise wird von nicht wenigen als Chance gesehen, endlich die vollständige Digitalisierung im Kulturbereich durchzusetzen. Analog war gestern, digital ist morgen!

Natürlich ist es vernünftig, die Werke in unseren Museen und Bibliotheken zu digitalisieren, um sie weltweit besser zur Nutzung in Datenbanken zur Verfügung zu stellen. Gefährlich wird es dort, wo das Digitalisat auf Kosten des analogen Originals gesetzt wird.

Die meisten, die eine Transformation des Kulturbereiches von analog zu digital fordern, kennen sich mit Bits und Bytes nur wenig aus. Ich hatte das Glück, in meiner Ausbildung Programmiersprachen, wie z. B. Pascal, lernen zu können. Auch heute schreibe ich manchmal noch kleine Programme in Python oder C++. Aber trotzdem bin ich ein digitaler Analphabet. Ich habe von den wirklich wichtigen Fragen keine Ahnung, nämlich, wo und wie meine digitalen Daten gelagert werden und – vor allem – wie sicher sie sind.

Wo befinden sich die Texte aus meiner Dropbox, wo meine Fotos in der »Creative Cloud« von Adobe Lightroom? Ich habe keine Ahnung, wie Google meine persönlichen Einträge im Internet bei Suchanfragen wertet.

Vor Kurzem hat ein Feuer beim größten Cloud-Anbieter Europas, dem französischen Unternehmen OVHcloud in Straßburg mehr als 100.000 Server von Unternehmen, Behörden und sonstigen Einrichtungen zerstört. Für einige der Geschädigten gab es ein Back-up-System, aber die meisten Daten auf den Servern sind wohl unwiederbringlich verloren.

Hollywood hat im vierten Film der »Stirb langsam«-Reihe 2007 für einen Cyberangriff auf die Daten eines ganzen Landes den Begriff »Fire-Sale« erfunden. Was würde schon heute mit vielen Datenbanken, in denen unser kulturelles Erbe gespeichert ist, bei einem »Fire-Sale« passieren?

Corona hat uns deutlich gezeigt, dass wir nicht gut aufgestellt sind in Deutschland, wenn es darum geht, Krisen zu bewältigen. Je mehr Kulturdaten wir auf Server schaffen, umso wichtiger wird die Antwort auf die Frage sein: Sind unsere Daten wirklich dauerhaft sicher?

Die beiden Weltkriege im letzten Jahrhundert haben viel Kultur unwiederbringlich vernichtet, aber trotz der massiven Zerstörungen ist glücklicherweise vieles, analog, erhalten geblieben. Aber was würde schon heute bei einem »Fire-Sale« mit unseren digitalen Kulturdaten passieren?

Wir sollten nicht darauf hoffen, dass uns der »Stirb langsam«-Held Bruce Willis alias John McClane mit seinem Siegesschrei: »Yippie-Ya-Yay, Schweinebacke!« aus der Katastrophe rettet. Wir werden uns wohl selbst kümmern müssen.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

FOTO: SONIA ALCAINA GALLARDO UND EVGENIYA KARTASHOVA

»Evgeniya And Other Kosher Berliners«, Sonia Alcaina Gallardo und Evgeniya Kartashova

Eine vorwiegend symbolische Existenz

Jüdisches Leben im geteilten Deutschland

MICHAEL BRENNER

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, lebten westlich davon 27.700 Mitglieder der jüdischer Gemeinden, östlich davon waren es noch ganze 350. Darüber hinaus gab es noch eine unbestimmte Zahl von Juden, die nicht Gemeindemitglieder waren, aber selbst mit diesen blieb der Anteil von Jüdinnen und Juden an der deutschen Gesamtbevölkerung unter 0,1 Prozent. Jeder tausendste Deutsche war also jüdisch. Die Zahl der hierzulande lebenden Juden entsprach etwa der Einwohnerzahl von Buxtehude oder Kaufbeuren. Und doch hörte man von den Juden ungleich mehr als von Buxtehudern oder Kaufbeurern. Denn neben der realen Existenz der 30.000 lebenden Juden gab es die symbolische Existenz der sechs Millionen toten Juden. Diese Dichotomie prägte das Leben jeder Jüdin und jedes Juden in Deutschland in den vier Jahrzehnten zwischen der Gründung der beiden deutschen Staaten und dem Fall der Mauer.

Die deutschen Juden, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, um die beiden deutschen Staaten wieder neu aufzubauen, errichteten ihre Zentren in der ehemaligen britischen Zone

Für die meisten Juden in Israel und Amerika, aber auch in Frankreich und der Schweiz, war nicht die kleine Zahl der jüdischen Gemeinschaft im Nachkriegsdeutschland überraschend, sondern die Tatsache, dass es nach der Shoah überhaupt wieder jüdisches Leben auf einem Gebiet gab, das sie als »blutgetränkte Erde« bezeichneten. 1947 hatte sich der Jüdische Weltkongress gegen die Wiederbegründung jüdischer Gemeinden ausgesprochen, und noch 50 Jahre später sah dies der Staatspräsident Israels, Ezer Weizmann, so. Während die jüdische Gemeinschaft außerhalb Deutschlands den deutschen Juden vorwarf, nichts aus der Geschichte gelernt zu haben, versuchten diese, ihre christlichen Nachbarn davon zu überzeugen, ihrerseits aus der Geschichte zu lernen. Gleichzeitig dienten sie der deutschen Politik als lebendiger Beweis dafür, dass sich die beiden deutschen Staaten aus dem Schatten der Nazivergangenheit gelöst hatten und der Welt das Bild eines »neuen Deutschland« vermitteln konnten. Sie waren, wie Politiker verschiedener Couleur dies bezeichneten, zum »Prüfstein« für die deutsche Demokratie geworden.

Die meisten von ihnen stammten gar nicht aus Deutschland, sondern waren Displaced Persons, osteuropäische Holocaust-Überlebende, die auf ihrer Flucht vor dem ungebrochenen Antisemitismus in Osteuropa zumeist in der amerikanischen Zone »hängen geblieben« waren. Nur die wenigsten von ihnen hatten sich bewusst dazu entschieden, in Deutschland zu bleiben. Typischer war die Begründung, dass man wegen Krankheiten oder alter Eltern nicht ausreisen konnte. Als 1950 der Zentralrat der Juden begründet wurde, wählte man auch aus diesem Grund bewusst diesen etwas distanzierten Namen und wollte nicht mehr die bis 1933 bestehende Tradition der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens wiederbeleben.

Die großen Zentren der deutsch-jüdischen Gemeinschaft lagen im Süden, in München und Frankfurt. Bis 1957 bestand auch noch das letzte Displaced-Persons-Lager südlich von München im Wolfratshausener Stadtteil Föhrenwald, heute Waldram. Diese in Deutschland Gestrandeten lebten auch während der nächsten Jahrzehnte zumeist unbemerkt von der Öffentlichkeit. Ihr sprichwörtliches Hinterhofdasein fand seine wortwörtliche Entsprechung in der Tatsache, dass die wenigen in der Pogromnacht 1938 nicht zerstörten Synagogen sich oftmals tatsächlich im Hinterhof befanden und nur so der Brandstiftung entgangen waren.

Die deutschen Juden, die aus dem Exil zurückgekehrt waren, um die beiden deutschen Staaten wieder neu aufzubauen, errichteten ihre Zentren in der ehemaligen britischen Zone. Wichtige Funktionäre wie der langjährige Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, George Hendrik van Dam,

Andere Rückkehrer waren als Sozialisten oder Kommunisten aus Deutschland geflüchtet und kamen nun als solche zurück, und zwar zumeist in den Osten

und der Begründer der Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung, Karl Marx, kamen aus dem englischen Exil zurück und führten lange Zeit von Düsseldorf aus diese beiden wichtigen Institutionen. In Hamburg regierte in den 1960er Jahren mit Bürgermeister Herbert Weichmann der wohl bekannteste jüdische Politiker der Bundesrepublik.

Andere Rückkehrer waren als Sozialisten oder Kommunisten aus Deutschland geflüchtet und kamen nun als solche zurück, und zwar zumeist in den Osten. Darunter waren auch die bekannteren Namen, wie etwa die Schriftsteller Anne Seghers, Arnold Zweig und Stefan Heym. Sie mussten erleben, dass die in der spätstalinistischen Sowjetunion ausgebrochene und dann in die Tschechoslowakei übergeschwappte antisemitische Welle Ende 1952 auch die DDR erreichte. Innerhalb weniger Wochen flüchteten vor

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 4/2021
ISSN 1619-4217
B 58 662

EDITORIAL

Yippie-Ya-Yay
Olaf Zimmermann 01

LEITARTIKEL

Jüdisches Leben: Eine vorwiegend symbolische Existenz
Michael Brenner 01

SEITE 2

Kulturmensch Maria Kalesnikava 02

AKTUELLES

Kulturfinanzierung: Was fehlt? Einkommen!
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Künstlersozialversicherung und Corona: Balanceakt in der Krise
Rolf Schmachtenberg 04

Amateurmusik bündelt Kompetenz in neuem Netzwerk
Benjamin Strasser 05

»Digital Jetzt«: Lotterie mit öffentlichen Geldern
Barbara Haack 05

Leitlinie Ausstellungsvergütung: Fairness für Kunstschaffende
Dagmar Schmidt 06

Claussens Kulturkanzel: Kleine Seelenselbstsorge
Johann Hinrich Claussen 06

Digitales Kunstwerkverzeichnis: Bleibende Kunst
Benjamin-Immanuel Hoff 07

Möller meint: Der Glanz der Bundeskulturpolitik ist dahin
Johann Michael Möller 07

Neue Studien: Geschlechtergerechtigkeit in Berufsorchestern
Cornelie Kunkat 08

EUROPA

LUX-Filmpreis: Eine große Unterstützung für das europäische Kino
Sabine Verheyen 09

10 Jahre Creative Europe MEDIA: Europa liebt und fördert Geschichten
Christiane Siemen 10

INTERNATIONALES

Goethes Welt: Oralität in Afrika: Die Kunst des Geschichtenerzählens
Stefanie Kastner im Gespräch mit Massamba Guèye 11

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik: Die AKBP ist ein multipolares Geflecht
Johannes Ebert 12

MEDIEN

Streamingmarkt: Hollywood wittert den Big Deal
Helmut Hartung 13

KULTURELLES LEBEN

Porträt Sylvia Löhrmann: »Manchmal kommen die Ämter zur Frau«
Andreas Kolb 14

Keuchels Kontexte: Kunstfreiheit im Fadenkreuz von Macht und Moral
Susanne Keuchel 14

Die Rote Liste 2.0
Gefährdete Festivals & Messen 15

Personen & Rezensionen 16

JÜDISCHES LEBEN

Jüdisches Leben in Deutschland: Alles andere als normal
Olaf Zimmermann 17

Deutschland: »Integration bedarf einer Generation«
Hans Jessen im Gespräch mit Josef Schuster 18

Überblick Schwerpunkt 18

Israelis in Berlin: »Bevor wir jüdisch oder Israelis sind, sind wir Zugewanderte«
Tal Alon 19

Jüdische Kultur in Deutschland
Ludwig Greven im Gespräch mit Yfaat Weiss 20

Lina Braun und die europäischen Momente der deutsch-jüdischen Geschichte
Miriam Rürup 21

Jüdisch-christlicher Dialog: Ein nie abgeschlossener Weg
Andreas Goetze 22

Jüdisch-muslimischer Dialog: Schalom Aleikum, Deutschland!
Daniel Botmann 23

Meet a Jew: Miteinander statt übereinander sprechen
Drei Fragen an Mascha Schmerling 23

Jüdische Akademie Frankfurt: Der Tradition verbunden – in der Moderne leben
Doron Kiesel 24

Jüdische Geschichten: »Der innere Bruch, den Flüchtlinge verarbeiten müssen, wird oft nicht bedacht«
Sandra Winzer im Gespräch mit Dimitrij Kapitelman 25

Sonderausstellung: Jüdische Kultur in Rheinland-Pfalz sichtbar machen
Drei Fragen an Anne Spiegel 26

LGBTQI: Lebensrealitäten und Trends
Dalia Grinfeld 26

Von Vaterjuden und anderen Bezeichnungen, auf die wir gut verzichten können
Alina Gromova 27

Rap, Verschwörungsmythen und Antisemitismus
Kristin Braband im Gespräch mit Ben Salomo 28

Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses
Monika Schwarz-Friesel 29

Jüdischsein in der DDR: »Selbst das Wort Jude war tabu«
Ludwig Greven im Gespräch mit André Herzberg 30

DOKUMENTATION

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates 31

DAS LETZTE

Kurz-Schluss
Theo Geißler 32

Taubenschiss – Die P&K Fake-News 32

Karikatur 32

Impressum 32

DER AUSBLICK 5|21

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Mai 2021.
Im Fokus steht das Thema »Arbeiterkultur«.

Fortsetzung von Seite 1

dem Hintergrund des antisemitischen Slansky-Schauprozesses in Prag und der Inhaftierung prominenter Juden auch in der DDR fast alle Vorsitzenden der dortigen jüdischen Gemeinden und viele Gemeindemitglieder in den Westen.

In den 1950er und 1960er Jahren teilten die meisten in Deutschland lebenden Juden das Gefühl, nur zeitweise hier zu leben. Wenn sie es nicht schafften auszuwandern, so sollten wenigstens ihre Kinder die Zukunft in Israel oder dem westlichen Ausland finden. Viele schickten diese, auch in Ermangelung jüdischer Schulen in Deutschland, auf jüdische Internate in England oder Frankreich. In der Tat wanderten zahlreiche junge Juden in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik aus. Aber es kamen auch immer wieder neue jüdische Einwanderer hinzu: aus Polen, der Tschechoslowakei, zu Beginn der 1970er Jahre bereits in einer ersten kleinen Welle aus der Sowjetunion, aus dem Iran und zunehmend auch aus Israel.

Da sich Auswanderung und Einwanderung in etwa die Waage hielten, blieb die Zahl jüdischer Gemeindemitglieder in Deutschland von den 1950er bis in die 1980er Jahre relativ konstant zwischen 25.000 und 30.000. Mit der Erkenntnis, dass eine zweite Generation wohl doch zumindest teilweise im Lande bleiben würde, begann aber auch der Aufbau neuen jüdischen Lebens. Vor allem in den 1960er Jahren setzte der Bau von Synagogen ein, die ersten jüdischen Grundschulen wurden in Frankfurt, München und Berlin gegründet, und 1979 errichtete der Zentralrat der Juden in Deutschland die Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, in der Absicht, hier auch Rabbiner und Religionslehrer auszubilden.

Diese Gründung fiel in eine Umbruchzeit für die Juden in der Bundesrepublik. Es war nun die erste im Nachkriegsdeutschland geborene Generation herangewachsen, die mehr politische Aktivitäten und religiösen Pluralismus forderte. Die Protestaktionen anlässlich

FOTO: PICTURE ALLIANCE / SZ PHOTO | STEPHAN RUMPF

Michael Brenner

des Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg mit Gräbern von Waffen-SS-Angehörigen 1985 sowie die Besetzung der Bühne des Frankfurter Schauspiels im gleichen Jahr anlässlich der geplanten Aufführung von Rainer Werner Fassbinders Stück »Der Müll, die Stadt und der Tod«, dessen Hauptfigur schlicht »Der reiche Jude« betitelt war, stand für diesen neuen Aktivismus. Als 1992 der Initiator der Frankfurter Bühnenbesetzung und dortige Gemeindevorsitzende Ignatz Bubis, an die Spitze des Zentralrats gewählt wurde, war dieser Wandel abgeschlossen.

Auch in der DDR hatte sich in den 1980er Jahren einiges getan. Junge Jüdinnen und Juden, zumeist Kinder von überzeugten Kommunisten, hatten sich von der politischen Überzeugung ihrer Eltern gelöst und suchten nach weniger verkrusteten Wegen, sich an die jüdische Gemeinschaft anzuschließen. So entstand in der Ost-Berliner Gemeinde eine jüdische Gruppe, die nach Alternativen zu den staatlich kontrollierten Gemeinden suchte. Auch die Parteiführung ging in den letzten Jahren der DDR, wohl aus Gründen einer erhofften Finanzhilfe aus den USA, auf die jüdische Gemeinschaft zu, stellte erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Rabbiner aus den USA ein und erklärte, die während des Kriegs zerstörte Synagoge in der Oranienburger Straße aufbauen zu wollen.

Der Wandel des jüdischen Selbstverständnisses ist nur im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Wandels zu verstehen. Beginnend mit der Ausstrahlung der amerikanischen TV-Miniserie »Holocaust« im westdeutschen Fernsehen 1979, erhielt dieses Wort erstmals in breiten Kreisen die Bedeutung, die es seitdem trägt. Wohl kein anderes Ereignis löste eine so heftige und nachwirkende Diskussion über die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg aus wie dieser Fernsehfilm. In den 1980er Jahren kam es auch zu zahlreichen lokalen Initiativen in der Bundesrepublik, die jüdische Geschichte am Ort zu untersuchen und der Ermordung der »jüdischen Mitbürger«, wie es oftmals unglücklich formuliert hieß, zu gedenken. Selbst in der DDR fand am 9. November 1988 erstmals ein breit angelegtes und staatlich unterstütztes Gedenken an die Verbrechen gegenüber den Juden statt.

Für die Juden selbst war diese »Aufarbeitung« der Vergangenheit ein wichtiges Zeichen und eine Ermutigung, ihre Zukunft im Land zu planen. Gleichzeitig machte es die allgegenwärtige Präsenz dieser Thematik schwer, eine »normale« Existenz zu führen. Der Schatten der sechs Millionen toten Juden überdeckte weiterhin den Alltag der 30.000 lebenden Juden. Auch der große Einschnitt, der durch die Zuwanderung von über 100.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren zu spüren war, konnte diese Prämisse jüdischen Lebens in Deutschland nicht grundlegend ändern. Größer als ihre reale Existenz ist weiterhin ihre symbolische Funktion.

Michael Brenner ist Professor für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Kulturmensch Maria Kalesnikava

Musikerin, Kunstkuratorin und Oppositionspolitikerin – Maria Kalesnikava ist im Zuge der Präsidentschaftswahlen in Belarus am 9. August 2020 zusammen mit Swetlana Tichanowskaja und Veronika Zepkalo zu einer Ikone der Widerstandsbewegung geworden. Sie schloss sich den Massenprotesten in ihrem Land an und hat sich auf legalem Wege gemeinsam mit dem Koordinierungsrat für demokratische Wahlen und einen friedlichen und toleranten Dialog eingesetzt.
Das offizielle Ergebnis der belarussischen Präsidentschaftswahlen 2020 wird von vielen Ländern international nicht anerkannt. Seitdem initiiert die Demokratiebewegung friedliche Proteste, an denen sich regelmäßig Hunderttausende von Menschen im ganzen Land beteiligen. Während ihre Mitstreiterinnen Swetlana Tichanowskaja und Veronika Zepkalo sowie andere Mitglieder des Koordinationsrates aufgrund eines erzwungenen Exils das Land verließen, blieb Maria Kalesnikava bewusst in Belarus und unterstützte mit Mut und Entschlossenheit die andauernden Protestbewegungen. Sie widersetzte sich einer Abschiebung aus dem Heimatland, zerriss an der Grenze ihren Pass und sitzt nun seit dem 8. September 2020 in Untersuchungshaft mit der Anklage auf »Gefährdung der staatlichen Sicherheit«.
Im Dezember vergangenen Jahres zeichnete die Gerhart und Renate Baum-Stiftung Maria Kalesnikava für ihr fröhlich-kämpferisches Auftreten und ihr energiegeladenes Engagement mit dem Menschenrechtspreis 2021 aus. Dies sei eine »Verbeugung vor dem Mut und der Kompromisslosigkeit einer Kämpferin«, teilte die Stiftung um den früheren Bundesinnenminister und Kulturgroschenpreisträger Gerhart R. Baum (FDP) mit. Maria Kalesnikava wurde 1982 in Minsk geboren, absolvierte dort ein Solistenstudium für Querflöte an der Belarussischen Staatlichen Musikakademie und studierte anschließend an der Musikhochschule Stuttgart Alte und Zeitgenössische Musik. Im Jahr 2019 holte der Kunstförderer und Oppositionelle Viktor Babariko sie für den Aufbau eines Kulturzentrums nach Minsk, sodass sich zuletzt ihr Leben zwischen Deutschland und Belarus abspielte.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA | ULF MAUDER

Was fehlt? Einkommen!

Länder und Kommunen müssen die adäquate Vergütung von künstlerischen Leistungen sicherstellen

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Oft wurde schon geschrieben, dass die aktuelle Corona-Pandemie wie in einem Brennglas die bestehenden Probleme im Kultur- und Medienbereich bündelt. Und auch wir haben verschiedene Beiträge in Politik & Kultur diesem Thema gewidmet. Gesetzliche Regelungen, die noch vor zwei Jahren mit eher spitzen Fingern angefasst wurden, wie die Arbeitslosenversicherung für Selbständige, bekommen heute den Charakter eines Rettungsankers. Weitere Maßnahmen zur Anpassung der sozialen Sicherungssysteme sind in der Diskussion.

Es ist richtig und gut, dass Bewegung in die soziale Absicherung von Selbständigen kommt. Dazu gehören die Verbesserung der Arbeitslosenversicherung für Selbständige, die Bemessung der Beiträge von Selbständigen in der Kranken- und Pflegeversicherung nach dem tatsächlichen Einkommen oder auch die Präzisierung der hauptsächlichen künstlerischen und der nebenberuflichen nichtkünstlerischen Tätigkeit bei Versicherten in der Künstlersozialversicherung, wenn es sich in beiden Fällen um eine selbständige Tätigkeit handelt – diese Themen gehören auf die Tagesordnung der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Debatten. Nicht vergessen werden sollte die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung, die bereits seit drei Wahlperioden angekündigt wird, und nicht vom Fleck kommt. Alle diese Themen beschäftigen den Deutschen Kulturrat. In Stellungnahmen wurde und wird sich weiterhin hierzu positioniert und konkrete Vorschläge unterbreitet. Diese Vorschläge beziehen sich teilweise auf die in der Künstlersozialversicherung versicherten Künstlerinnen und Künstler, teilweise werden aber auch Veränderungen für die Selbständigen im Kultur- und Medienbereich angemahnt, die nicht Mitglied der Künstlersozialversicherung werden können, weil sie nicht künstlerisch oder publizistisch arbeiten.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik kann aber nur absichern, besondere Härten abmildern oder abfedern. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist kein Instrument, um dauerhaft Einkommen zu sichern. Und genau darum muss es im Kultur- und Medienbereich jetzt gehen: Dreh- und Angelpunkt ist das Einkommen. Wenn mit der künstlerischen Arbeit ein zu geringes Einkommen erzielt wird, müssen die Betreffenden etwas hinzuverdienen. Das geringe Einkommen findet seine Entsprechung in einer geringen Rente, bei denjenigen, die in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Viele haben ein so geringes Einkommen während der Berufslaufbahn erwirtschaftet, dass sie noch nicht einmal Grundrente erhalten, weil ihr Durchschnittseinkommen weniger als ein Drittel des durchschnittlichen Einkommens der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betragen hat. Nicht zu vergessen sind auch diejenigen, die als Selbständige aus dem Kulturbereich nicht Mitglied in der Künstlersozialversicherung werden können, weil sie zu Abgabepflichtigen gehören. Nicht jeder Verwerter künstlerischer Leistungen verdient sich die sprichwörtliche goldene Nase. So mancher ist zwar mit viel Enthusiasmus, aber wenig ökonomischen Ertrag dabei und kann daher, auch wenn längst das Rentenalter erreicht ist, nicht in den Ruhestand gehen.

FOTO: ADOBE STOCK / GORODENKOFF

Die adäquate Vergütung einer künstlerischen Leistung muss selbstverständlich sein

Abhängig Beschäftigte

Das entscheidende Moment der Veränderung ist also die Verbesserung der Einnahmesituation. Es ist nicht akzeptabel, dass davon ausgegangen wird, dass Erwerbstätige im Kultur- und Medienbereich weniger Einkommen erzielen als in anderen Branchen. Das fängt bereits bei den abhängig Beschäftigten an. Laut Daten der Bundesagentur für Arbeit, die für die Studie »Frauen und Männer im Kulturmarkt« des Deutschen Kulturrates im Jahr 2020 ausgewertet wurden, erzielen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Kulturberufen, die im Qualifikationsniveau Spezialisten tätig sind, im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt im selben Qualifikationsniveau. Voraussetzung für eine Tätigkeit in diesem Qualifikationsniveau ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit einem Master-, Magister-, Diplom- oder ähnlichem Abschluss. Keine Rolle spielt bei dieser Auswertung, ob die Tätigen in einem öffentlichen bzw. öffentlich-geförderten Kulturbetrieb oder einem privatwirtschaftlichen Unternehmen beschäftigt sind. Weiter weisen die Daten leider nicht aus, ob es sich um eine unbefristete oder befristete Beschäftigung handelt.

Eine wesentliche Aufgabe in der Corona- und Post-Corona-Zeit muss sein, die Beschäftigung zu sichern, befristete Arbeit abzubauen und die Beschäftigten adäquat zu bezahlen. Ohne Frage gehört zur Arbeit in Kultureinrichtungen, mit Expertinnen und Experten zusammenzuarbeiten, die für Spezialaufgaben eingesetzt werden und die entweder als Selbständige oder befristet Beschäftigte tätig sind. Wenn allerdings Selbständige Kernaufgaben in einer Einrichtung übernehmen oder aber ständig neue Projekte »erfunden« werden müssen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die gut eingearbeitet sind, weiter beschäftigt werden können, besteht ein Fehler im System. Diese Fehler müssen korrigiert werden. Das Personal ist im Kultur- und Medienbereich die wesentliche Ressource, es handelt sich um personalintensive Betriebe und die Kosten sind entsprechend.

Keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Wenn jetzt schon Warnungen laut werden, dass massive Kürzungen im Kulturbereich anstehen werden, mag dies zwar auf den ersten Blick ehrlich sein, auf den zweiten ist es jedoch eine Ansage an sich verschlechternde Arbeitsbedingungen im Kulturbereich. Es kann sein, dass sich zu den jetzt schon vielfach am Existenzminimum lebenden Soloselbständigen weitere hinzugesellen werden, die derzeit noch – befristet – im Kulturbereich beschäftigt sind. Auch wenn die finanziellen Probleme der Kommunen jetzt und bei weiter sinkenden Gewerbesteuereinnahmen auch in der nächsten Zukunft nicht wegzudiskutieren sind, wären Einsparungen genau das falsche Signal. Es ist doch offenkundig, dass schon in der Prä-Corona-Zeit die Beschäftigung vielfach prekär war. Wenn eine Lehre gezogen werden muss, dann doch die, dass die abhängige Beschäftigung sicherer werden muss.

Soloselbständige

Aber auch mit Blick auf die Soloselbständigen sind grundlegende Veränderungen erforderlich und das gilt besonders für jene, die zu einem erheblichen Teil von öffentlich finanzierten Projekten leben. Selbstverständlich, die Wahl eines künstlerischen Berufs ist eine Lebensentscheidung. Spätestens in den höheren Semestern an den Kunst- und Musikhochschulen wird den Studierenden klar, wie hart, steinig und schwer der Weg zum Ruhm ist und dass nur sehr wenigen der Aufstieg in den Olymp gelingen wird. Und ja, Künstlerinnen und Künstler brauchen weder betreutes Wohnen noch Mitleid. Sie haben ihren Beruf selbst gewählt.

Was aber selbstverständlich sein muss, ist die adäquate Vergütung einer künstlerischen Leistung. Hier setzt die Verantwortung insbesondere der öffentlichen Zuwendungsgeber an. Wenn Projektanträge gestellt werden, in denen die Honorare für Künstlerinnen und Künstler verschwindend gering sind, sollten sie eigentlich gar nicht zuwendungsfähig sein. Wer Mittel beantragt und für freiberufliche Leistungen äußerst geringe Kosten ansetzt, sollte unmittelbar aufgefordert werden, seinen Kosten- und Finanzierungsplan zu überarbeiten. Ausstellungsvergütungen, bezahlte Vorbereitungszeiten für Auftritte, angemessene Vergütungen für Designerinnen und Designer, Journalistinnen und Journalisten und viele andere mehr, sie sind der Schlüssel zur Sicherung von ausreichendem Einkommen. Viele Berufsverbände und Gewerkschaften haben für die verschiedenen Gewerke Honorarmindeststandards erarbeitet. Der Deutsche Kulturrat hat im Jahr 2015 eine erste Stellungnahme hierzu vorgelegt, in der er die öffentliche Hand auffordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und angemessene Vergütungen zu zahlen bzw. in Projekten vorzusehen. Aktuell wird diese Stellungnahme überarbeitet und im Sommer dieses Jahres vorgestellt werden. Selbstverständlich richtet sich die Forderung nach einer angemessenen Vergütung nicht ausschließlich an die öffentliche Hand. Die Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind genauso gefragt. Wenn aber die öffentliche Hand vorangeht und Standards in der Vergütung setzen würde, müsste die Privatwirtschaft nachziehen.

Solide Einnahmebasis

Wenn eines aus der Pandemie gelernt werden kann, ist es doch, dass es auf eine solide Einnahmebasis ankommt. Viele Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft haben in der Krise bewiesen, dass sie diese Basis haben. Sie leben von Rücklagen, vom Vertrauen der Auftraggeber und von einer grundsoliden Geschäftsbasis, die sie kreditwürdig macht. Zuschüsse aus Überbrückungshilfen, Kurzarbeitergeld und andere Maßnahmen helfen, die Krise zu überbrücken. Es muss in der Post-Corona-Zeit gelingen, dass auch Soloselbständige der Kultur- und Kreativwirtschaft höhere Einkommen erzielen können, damit sie Krisen durchstehen können. Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Instrumente können zusätzlich flankierend wirken, sie sind dann aber nicht mehr überlebensnotwendig.

Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Gefragt sind in besonderer Weise Länder und Kommunen, denn sie leisten den größten Teil der Kulturfinanzierung. Hier müssen sie ihrer kulturpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

Balanceakt in der Krise

Künstlersozialversicherung und Corona

ROLF SCHMACHTENBERG

Die Zeiten sind schwer – keine Frage. Und in solchen Zeiten zeigt sich, ob wir Zusammenhalt organisieren können, ob unsere sozialen Sicherungsnetze funktionieren und wo mitunter Schwächen sind. Aber eins nach dem anderen.

Unbestritten, die Kultur- und Kreativszene leidet besonders stark unter der Pandemie. Kein Wunder, wenn das wichtigste Hilfsmittel gegen das Virus lautet: »Abstand halten!«. Die jüngsten Analysen von Prognos im Auftrag des Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft sprechen im Jahr 2020 von Umsatzrückgängen von fast 20 Prozent in der Kulturwirtschaft insgesamt; in einzelnen Bereichen wie der Darstellenden Kunst gar von bis zu 85 Prozent. Für das Jahr 2021 sieht es nicht wesentlich besser aus. Und auch danach werden Kunst und Kultur vermutlich länger als andere Branchen brauchen, um die Folgen der Pandemie hinter sich zu lassen. Klar ist, dass dies durchschlägt auf die Einkommen von Kultur- und Kreativschaffenden; vor allem bei denjenigen, die als Selbständige arbeiten. Ebenso sinken die Umsätze und Honorarsummen der Branche, was wiederum zu massiven Rückgängen bei der Künstlersozialabgabe führt, die eine der Finanzierungssäulen der Künstlersozialversicherung ist.

Wegbrechende Einnahmen führen dazu, dass viele Kunst- und Kulturschaffende auch nach kurzfristigen Auswegen und Alternativen jenseits ihres künstlerischen Schaffens suchen. Sie empfinden dies häufig als Abwertung und mitunter auch als persönliche Kränkung. Wenn sich dann der Ausweg über eine neue Tätigkeit auf ihre Absicherung nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) auswirkt, irritiert dies. Rufe nach gesetzlichen Änderungen finden Echo in der Szene und in den Medien. Tenor: Die Versicherung in der Künstlersozialversicherung müsse ausgebaut werden, sie dürfe nicht enden, wenn Künstlerinnen und Künstler in Zeiten der Pandemie mehr als nur geringfügige Nebeneinkünfte aus einer nicht-künstlerischen Tätigkeit erzielen. Die entsprechenden Zuverdienstgrenzen müssten erhöht werden.

Diese Forderungen sind Zeichen einer großen Unsicherheit, was überhaupt mit dem Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung passiert, wenn Versicherte zusätzliche Einkünfte haben. Daher hier der Versuch, die Dinge einmal der Reihe nach zu sortieren:

Richtig ist erstens: Die Künstlersozialversicherung ist seit fast vier Jahrzehnten für Künstlerinnen und Künstler die solide Grundlage ihrer sozialen Sicherheit. Falsch ist, dass die Künstlersozialkasse wegen der Krise reihenweise den Versicherungsschutz beendet. Olaf Zimmermann hat es in der letzten Ausgabe dieser Zeitung dankenswerterweise prägnant auf den Punkt gebracht. Und zur Wahrheit gehört auch: Die KSV wäre damit überfordert, in allen Lebenslagen sämtliche Risiken der Kulturschaffenden aufzufangen und auszugleichen.

Staat und Politik haben zweitens mit immens viel Geld in der Krise gegengesteuert. Die Bundesregierung hat nach dem ersten Lockdown Hilfsprogramme für Betroffene und Unternehmen auf den Weg gebracht, die auch Soloselbständigen und insbesondere Kunst- und Kulturschaffenden helfen. Dazu zählen die verschiedenen Wirtschaftshilfen, die Maßnahmen zur persönlichen Existenzsicherung durch einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung, der Kündigungsschutz für Mieter und Zahlungsaufschübe für Kleinstgewerbetreibende. Gerade der Bezug von Grundsicherung setzt aber anscheinend oft den Sprung über den eigenen Schatten voraus. Dabei sollte der Anspruch auf Hilfe im Bewusstsein jedes Einzelnen ein soziales Bürgerrecht sein. Auch die zusätzlichen Millionen aus dem Bundeshaushalt in 2021 zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabesatzes helfen in der Krise. Sie entlasten die abgabepflichtigen Unternehmen. Nicht zuletzt stellt die Aussetzung der jährlichen Mindesteinkommensgrenze nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz für die Jahre 2020 und 2021 sicher, dass kein Künstler oder Kulturschaffender wegen fehlenden Einkommens den Schutz in der Künstlersozialversicherung verliert.

Drittens: Wer bislang selbständig künstlerisch tätig und nach dem KSVG versichert ist und nun eine weitere, nichtkünstlerische Tätigkeit aufnimmt, kann – abhängig von den jeweiligen Umständen – weiter in der Künstlersozialversicherung versichert bleiben. Wichtig dabei ist vor allem die Höhe der Einkünfte. Für den Versicherungsschutz in der Rentenversicherung und in der Kranken- und Pflegeversicherung ergeben sich daraus allerdings gegebenenfalls unterschiedliche Auswirkungen:

Fall 1: Zusätzliche abhängige Beschäftigung

Hier ist relativ klar: Eine zusätzliche geringfügige Beschäftigung (Einkommen bis 450 Euro/Monat, 5.400 Euro/Jahr) bleibt für die Versicherungspflicht in der Künstlersozialversicherung unbeachtlich. Bei darüber hinausgehenden Einkünften richtet sich die Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung nach der Haupttätigkeit. Dabei kommt es insbesondere auf einen Vergleich hinsichtlich Zeitaufwand und wirtschaftlichem Ertrag an. In der gesetzlichen Rentenversicherung kann demgegenüber bis zur Hälfte der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze von 42.600 bzw. 40.200 Euro Jahreseinkommen verdient werden, ohne den Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung zu verlieren.

Fall 2: Zusätzliche selbständige Tätigkeit

Hier endet die Versicherung nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, wenn die Einkünfte aus dieser Tätigkeit die Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro übersteigen. Die betreffenden Personen müssen sich dann – wie andere Selbständige auch – freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung oder privat absichern. Folge sind deutlich höhere Versichertenbeiträge als bei einer (Pflicht-)Versicherung nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz, bei der die Künstlersozialkasse den halben Beitragsteil übernimmt und eine niedrigere Mindestbemessungsgrundlage gilt. Für die gesetzliche Rentenversicherung gilt das Gleiche wie bei einer zusätzlichen abhängigen Beschäftigung. Bei einem Verdienst bis zur Hälfte der Beitragsbemessungsgrenze bleibt der Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung bestehen.

Kurz und knapp: Es ist nicht unwahrscheinlich, dass Künstlerinnen und Künstler in der Rentenversicherung weiterhin nach dem KSVG versicherungspflichtig bleiben, in der Kranken- und Pflegeversicherung vielleicht aber nicht. Kritisiert wird vor allem der Fall, wenn sie mit einer zusätzlichen selbständigen Tätigkeit oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze von 450 Euro im Monat bzw. 5.400 Euro im Jahr verdienen.

Auch wenn eventuell die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung unterbrochen wird und eine anderweitige Form der Absicherung vorübergehend abgeschlossen werden muss, gefährdet dies nicht die grundsätzliche Zugehörigkeit zur Künstlersozialversicherung. Sobald die Voraussetzungen für die Unterbrechung wegfallen, sind Versicherte – bei einer entsprechenden Benachrichtigung der Künstlersozialkasse – ohne Weiteres wieder in den Versicherungsschutz nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz einbezogen.

Das Sortieren der Dinge hat eine kritische Stelle herausgearbeitet: eine zusätzliche selbständige Tätigkeit oberhalb der Geringfügigkeitsschwelle. Auch wenn es sich dabei nicht um ein Massenphänomen handelt, sondern wohl eher um Einzelfälle, verstehe ich die Forderung nach einer Aussetzung oder Anhebung der Verdienstgrenzen bei einer weiteren selbständigen Tätigkeit, zumindest für die Zeit der Pandemie. Doch könnte eine solche pandemiebedingte Sonderregelung auf Kunst- und Kulturschaffende beschränkt werden? Selbständige mit gleicher Tätigkeit würden alleine deswegen ungleich behandelt, weil im einen Fall ein Versicherungsverhältnis bei der Künstlersozialkasse besteht, im anderen Fall aber nicht, und das auch unabhängig davon, ob eine künstlerische Tätigkeit überhaupt in nennenswertem Umfang ausgeübt wird. Das wäre sozial- wie ordnungspolitisch fragwürdig und aus Gleichbehandlungsgründen problematisch.

Gäbe es Alternativen? Perspektivisch wäre für mich erwägenswert, die Absicherung in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im Gleichklang zu einer abhängigen Beschäftigung auszugestalten – und auch bei einer weiteren nichtkünstlerischen selbständigen Tätigkeit das Kriterium der Haupttätigkeit zu betrachten. Dann könnten Versicherte eine weitere selbständige nichtkünstlerische Tätigkeit ausüben, ohne dass der auf die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung bezogene Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung entfiele. Dieser Ansatz ist aber nichts für einen Schnellschuss. Insbesondere ist zu klären, wer wie feststellt, was Haupt- und was Nebenberuf ist. Es wäre aber den Schweiß der Edlen wert, diesen Ansatz genauer zu prüfen und mit allen Beteiligten zu erörtern.

Ein weiterer Ansatzpunkt wäre – und das gilt für alle Selbständigen ganz gleich, welcher Tätigkeit sie nachgehen – die Mindestbemessungsgrundlage von derzeit 1.096,67 Euro in der Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben. Anders als abhängig Beschäftigte zahlen Selbständige einen monatlichen Mindestbeitrag von rund 200 Euro, sofern ihr monatliches Einkommen zwischen Geringfügigkeitsschwelle und Mindestbemessungsgrundlage liegt. Ich halte es für überlegenswert, zumindest befristet für die Pandemie. Dies wäre ein handfester Beitrag, Selbständigkeit in der Krise zu stabilisieren. Dagegen wird angeführt, dass die Einnahmen der Kranken- und Pflegekassen einbrechen könnten, wenn massenhaft aufgrund niedriger Einkommen nur noch relativ niedrige Beiträge für den umfassenden Schutz dieser beiden Risikoversicherungen aufgebracht würden. Sollte sich dies bewahrheiten, so könnte immer noch gegengesteuert werden, indem eine solche pandemiebedingte Sonderregelung dann nicht verlängert würde.

Ja, ich gebe zu, für ein simples Schwarz-Weiß-Schema taugt das Ganze nicht, dafür sind die Dinge zu kompliziert. Und wir sollten uns bei allem Wünschenswerten nicht verzetteln. Wenn wir die Künstlersozialversicherung als wichtiges soziales Netz für die Künstlerinnen und Künstler in unserem Land unbeschadet durch diese schwere Krise und deren Eruptionen brächten, wäre wirklich viel erreicht. Ich bin zuversichtlich, dass dies mit der Unterstützung des Gesetzgebers auch weiterhin gelingt.

FOTO: PIXABAY

Was passiert mit dem Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung, wenn Versicherte in der Coronakrise nicht allein von ihrer Kunst leben können?

MEHR DAZU

Die Corona-Pandemie hat die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage von Soloselbständigen im Kultur- und Medienbereich noch offensichtlicher gemacht. Viele erwirtschaften schon im Regelbetrieb nur geringe Einnahmen, wodurch kaum Rücklagen für Verdienstausfälle zu bilden möglich ist. Der Deutsche Kulturrat hat unter anderem deshalb, in seiner Stellungnahme vom 9. Dezember 2020 »Arbeitslosenversicherung: Zugang für Selbständige verbessern« Veränderungen in den Zugangsmöglichkeiten für alle Selbständigen zur Arbeitslosenversicherung gefordert. Mit der erneuten Stellungnahme – auf S. 31 dieser Ausgabe nachzulesen – »Soziale Absicherung von Solo-Selbständigen gewährleisten – Künstlersozialabgabe weiter stabilisieren: Vorschläge des Deutschen Kulturrates zur sozialen Sicherung im Kultur- und Medienbereich« erinnert er an diese Stellungnahme.

Alle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates zu diesem Thema finden Sie auch unter: kulturrat.de/positionen

Rolf Schmachtenberg ist Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Amateurmusik bündelt Kompetenz in neuem Netzwerk

Neues Beratungsangebot unter Führung des Bundesmusikverbands Chor & Orchester richtet sich an 14 Millionen Musizierende

BENJAMIN STRASSER

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind weiterhin in allen gesellschaftlichen Bereichen zu spüren. Sie fordern uns, machen uns betroffen, lassen uns bisweilen verzagen. Gerade im Amateurmusikbereich fehlt den Menschen die sonst so kraftspendende Musik und das musikalische Gemeinschaftserlebnis. Nach einem Corona-Jahr des musikalischen Verzichts ist der Bedarf an Ermutigung, Beratung und Unterstützung im Bereich der Amateurmusik besonders groß.

Mit dem Förderprogramm NEUSTART AMATEURMUSIK greift der Bund den stillgestellten Chören und Orchestern bei der Bewältigung der Corona-Folgen unter die Arme. Schwerpunkt des Förderprogramms ist ein neu geschaffenes Kompetenznetzwerk aus 20 neuen Mitarbeitenden. Das Team arbeitet seit dem 1. Februar 2021 daran, die ehrenamtlichen Strukturen im Amateurmusikbereich bei der Beratung zu Corona-spezifischen Fragen zu unterstützen. Dazu berät das Kompetenznetzwerk Orchester- und Chorleitungen, ehrenamtliche Vorstände und Musizierende bei der Entwicklung und Umsetzung von Hygienekonzepten. Es bereitet die wissenschaftliche Studienlage etwa zur viel diskutierten Aerosolforschung auf, erstellt hilfreiches Material und gibt Inspiration zu kreativen Lösungen in Pandemiezeiten – beispielsweise durch die Erarbeitung von Konzepten zur sicheren Wiederaufnahme von Proben. Der Politik steht das Netzwerk mit konkreten Empfehlungen zu Öffnungsperspektiven als verlässlicher und kompetenter Partner zur Verfügung, um den musikalischen Neustart voranzutreiben.

Genau diese Hoffnung wollen wir stiften. Aus den vielen Zuschriften der letzten Monate, den rührenden Hilfegesuchen, ist deutlich geworden: Die Pandemie kann das ehrenamtliche Engagement und Herzblut für das gemeinsame Musizieren unterbrechen, aber nicht in die Knie zwingen. Seit mehreren Monaten beschäftigt uns die Frage: Wie kann ein Neustart der Amateurmusik gelingen? Neben der Bereitstellung von Informationen wurde die Notwendigkeit deutlich, Kräfte und Wissen zu bündeln, sich stärker zu vernetzen.

Für die Wiederbelebung des musikalischen Schaffens und des sozialen Zusammenhalts in der Amateurmusik ist auch eine Ausschreibung für eine direkte Projektförderung an den Start gegangen. Musikensembles konnten sich bis zum 31. März 2021 mit einem beispielgebenden Projektvorhaben um eine Förderung von bis zu 10.000 Euro beim BMCO-Projektbüro oder auf die Durchführung einer Zukunftswerkstatt mit kompetenten Workshopleitenden bewerben, welche mit bis zu 2.000 Euro gefördert werden kann.

Für die Kommunikation konkreter Tipps, praktischer Empfehlungen und Handreichungen, etwa zum sicheren Proben in Pandemiezeiten, steht neben dem erwähnten Netzwerk auch die digitale Wissensplattform frag-amu.de bereit. Dieses kostenlose »Wikipedia der Amateurmusik« bietet sich gerade in der Krise an, um die vielen Ehrenamtlichen zu entlasten, indem es organisatorische, juristische und andere corona-relevante Fragen des aktuell erschwerten musikalischen Alltags beantwortet. Im Kompetenznetzwerk sowie auf frag-amu.de werden Erfahrungen und Kompetenzen gebündelt. So soll vorhandenes Fachwissen allen Musizierenden zur Verfügung gestellt werden.

FOTO: BERND SEYDEL

Der Barbershop-Herrenchor »Herrenbesuch« bei den Tagen der Chor- und Orchestermusik 2019 in Gotha

In Anbetracht der aktuellen Lage ist das übergeordnete Ziel des gemeinsamen Engagements: das Chor- und Ensemblemusizieren trotz Corona schnellstmöglich und zugleich sicher wieder zu ermöglichen. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass die Amateurmusik in der Diskussion um Öffnungsperspektiven endlich auch Gehör findet. Wir waren die ersten, die schließen mussten, jetzt steht zu befürchten, dass wir die letzten sein werden, die wieder öffnen dürfen. Dem Breitensport gelingt es aktuell besser als uns, sich Gehör zu verschaffen. Unser Ziel als Bundesmusikverband Chor und Orchester ist es, stärker in die Pläne der Öffnungsszenarien involviert zu werden.

Zum Abschluss aber noch ein positiver Effekt von Corona: Die Arbeit unseres Kompetenznetzwerks zeigt eine völlig neue Dimension der Zusammenarbeit in unserem Verband, die wir mit weiterer Hilfe des Bundes gern weiterentwickeln wollen. Menschen aus den unterschiedlichen Bereichen der Chor- und Orchestermusik arbeiten plötzlich ganz konkret an gemeinsamen Themen. Diese Dynamik – etwa in Form der gemeinsamen Redaktionsarbeit an einer digitalen Plattform für alle Amateurmusizierende – sollte unbedingt genutzt und langfristiger gesichert werden. Für das Förderprogramm NEUSTART AMATEURMUSIK wurden insgesamt 2 Millionen Euro aus dem Zukunftsprogramm NEUSTART KULTUR I bereitgestellt. In Anbetracht einer zweiten Kulturmilliarde ist es unser Anspruch klar zu machen, dass wir seit fast einem Jahr gar nicht mehr musizieren. Gemeinsames Musizieren zu fördern, bedeutet allerdings in den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft von morgen zu investieren. Nach der Krise werden wir mehr Musik brauchen. Daher sollte es in unser aller Interesse liegen, die Amateurmusik als kulturell bedeutsames Fundament unserer Zivilgesellschaft deutlicher wertzuschätzen – auch finanziell.

Benjamin Strasser MdB ist Präsident des Bundesmusikverbands Chor & Orchester e.V. (BMCO)

Lotterie mit öffentlichen Geldern

Das Programm »Digital Jetzt« des Bundeswirtschaftsministeriums

BARBARA HAACK

Die Corona-Pandemie hat bekanntermaßen in fast allen Branchen einen digitalen Schub ausgelöst. Defizite in diesem Bereich, gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen, wurden noch deutlicher sichtbar als zuvor. Die Gefahr, hier komplett abgehängt zu werden, weil digitale Innovationen viel Geld kosten, das – verstärkt durch coronabedingte Mindereinnahmen – bei vielen Unternehmen nicht vorhanden ist, war und ist groß. Dieses Manko hat das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) offenbar erkannt und das Projekt »Digital Jetzt« aufgesetzt – genau zum richtigen Zeitpunkt, nämlich in der zweiten Jahreshälfte 2020.

Für kleine und mittlere Unternehmen war diese Ausschreibung ein Licht am Horizont, zeigte sie doch die Möglichkeit auf, lange notwendige, aber nicht finanzierbare Digitalprojekte und Innovationen umzusetzen. Die digitale Schere zwischen finanzstarken »Großen« und den »Kleinen« schien überwindbar zu sein oder zumindest kleiner werden zu können. Ausschreibungstext und -bedingungen schienen auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen genau abgestimmt zu sein. Da hatte sich offenbar jemand die richtigen Gedanken gemacht. Gerade für kleine Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft tat sich hier eine Chance auf.

Was wird gefördert? Das BMWi möchte »insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die Chancen der Digitalisierung sensibilisieren und bei Investitionen in Digitalisierungsvorhaben unterstützen. Das neue Förderprogramm ›Digital jetzt – Investitionsförderung für KMU‹ unterstützt KMU finanziell durch Zuschüsse bei Investitionen in digitale Technologien sowie Investitionen in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter zu Digitalthemen«, heißt es im Zuwendungszweck der Programmrichtlinien. Als Förderziele werden unter anderem genannt:

- Anregung der KMU und des Handwerks zu mehr Investitionen in den Bereichen digitale Technologien und Know-how
- branchenübergreifende Förderung von Digitalisierungsvorhaben bei KMU und Handwerk
- Verbesserung der Digitalisierung der Geschäftsprozesse der geförderten Unternehmen
- Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der geförderten Unternehmen durch die Digitalisierung der Geschäftsprozesse und Geschäftsmodelle

Der Teufel liegt einmal mehr in der praktischen Umsetzung des Programms. »Anträge können voraussichtlich ab dem 7. September gestellt werden«, hieß es in der Ankündigung des BMWi. Angesichts einer Laufzeit bis Ende 2023 konnte sich ein potenzieller Antragsteller »früh dran« glauben, wenn er sich gut eine Woche nach dem »voraussichtlichen« Start registrieren wollte. Wer so dachte, sah sich allerdings getäuscht. Eine Registrierung am 15. September 2020 war nicht mehr möglich. Auf der Webseite fand sich die Ankündigung, die nächste Registrierung sei erst am 15. des Folgemonats, in diesem Fall also des Oktobers, ab 9 Uhr möglich. Der nach wie vor zuversichtliche Antragsteller, der am 15. Oktober ab 9 Uhr an seinem PC saß, um nur ja seine Registrierung durchzubringen, sah sich erneut vor den Kopf gestoßen. Eine Stunde lang erschien die Nachricht, die Registrierung sei aus technischen Gründen nicht möglich. Ab 10 Uhr ging dann schon wieder gar nichts mehr. Offenbar sahen dann auch die Programmverantwortlichen ein, dass ein Förderprogramm für digitale Innovationen, das digital so schlecht für einen absehbaren Ansturm gerüstet ist, verbesserungswürdig sei. Die Verbesserung sah so aus: Ab dem 1. Dezember konnte sich jeder – ohne technische Probleme – registrieren. Wer registriert ist, darf sich nun monatlich neu für eine Auslosung jeweils am 15. des Monats anmelden. Wer ausgelost wird, darf einen Antrag stellen. Wer nicht ausgelost wird, tut gut daran, mit seinen digitalen Projekten noch zu warten, wenn er vom Kuchen etwas abhaben möchte. Denn: Förderfähig sind nur Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht begonnen worden ist. Auf die Frage an das BMWi, ob durch dieses Verfahren Digitalprojekte der innovationswilligen Unternehmen möglicherweise verzögert werden, lautet die Antwort, das »im Zuge der Förderung mit öffentlichen Mitteln (…) nur Zuwendungsempfänger gefördert werden sollen, die ohne eine Förderung aus öffentlichen Mitteln das Vorhaben nicht umsetzen würden«. Gleichzeitig werde aber beständig geprüft, ob »im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten evtl. Anpassungen notwendig und Optimierungen möglich sind, z. B. auch mit Blick auf einen möglichen vorzeitigen Maßnahmebeginn«. Das Programm werde weiterhin fortlaufend evaluiert und optimiert. Kleine und mittlere Unternehmen, die derzeit von Monat zu Monat auf eine Förderzusage hoffen, dürfte diese Auskunft nicht trösten.

Warum nun ein Losverfahren? Das »zuvor praktizierte Windhundverfahren« sei zum Jahr 2021 auf ein Zufalls- bzw. Losverfahren umgestellt worden, heißt es in der schriftlichen Auskunft des Ministeriums. In der Tat hieß es in der Ausschreibung, die Anträge würden nach der Reihenfolge der Antragstellung bearbeitet und beschieden. Nur dass die Möglichkeit, Anträge zu stellen, vielen Nutzern ganz einfach verwehrt war. Wie es zu einer Reihenfolge kam, ist also unklar. Das Losverfahren wird im Übrigen damit begründet, dass eine offene Antragstellung für jeden Förderinteressenten und eine anschließende Auswahl nach inhaltlichen Gesichtspunkten zu einem stark erhöhten Aufwand führen und die administrativen Kosten in die Höhe treiben würden. Dies, so das Ministerium, würde deutlich zulasten des ausgelosten Förderbudgets führen.

Immerhin konnten laut BMWi für das Jahr 2020 insgesamt mehr als 1.000 Anträge eingereicht werden, das Fördervolumen in diesem ersten Jahr betrug 40 Millionen Euro. Insgesamt steht ein Fördervolumen von derzeit ca. 203 Millionen Euro zur Verfügung, davon sind 57 Millionen Euro für 2021 eingeplant. »Darüber hinaus sollen im weiteren Verlauf auf Basis des Konjunkturpaketes zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden.«

Fazit: Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Ob das erklärte Ziel, »maximale Transparenz und Chancengleichheit für alle KMU« sicherzustellen, erreicht wird, sei dahingestellt. Dass viele Unternehmen nun von Monat zu Monat warten, ob das Losglück ihnen hold ist, ist jedenfalls für die vielen, die nicht drankommen, äußerst frustrierend. Den aktuellen Stand der Anmeldungen zum nächsten Losverfahren kann man jederzeit auf der Webseite des BMWi einsehen. Für die Ziehung am 15. März standen (Stand: 12. März 2021) 8.418 potenzielle Antragsteller Schlange. 7 Millionen Euro stehen für die monatliche Ziehung zur Verfügung. Der Mindestförderbetrag liegt bei 17.000 Euro. Wie hoch die Chancen für den Losgewinn sind, mag sich jeder selbst ausrechnen.

Barbara Haack ist Redakteurin von Politik & Kultur

FOTO: FRED DOTT

Wie sollten Künstler für Ausstellungen vergütet werden? Aktuell im Kunstverein in Hamburg: »Carnivalesca – Was Malerei sein könnte«, Installationsansicht, 2021

Fairness für Kunstschaffende

Leitlinie Ausstellungsvergütung 2021

DAGMAR SCHMIDT

Stellen Sie sich vor, Sie sind Eigentümerin eines soliden, aber renovierungsbedürftigen Hauses in einer hübschen Altstadt und beauftragen einen Architekten, die Sanierung zu konzipieren, das Vorhaben zu realisieren, also auch die Bauleitung zu übernehmen und die nötigen Gewerke zu beauftragen. Als alles getan ist, die vom Architekten übermittelten Material- und Handwerkerrechnungen von Ihnen bezahlt wurden, das Haus nun in schönem Glanz die hübsche Altstadt bereichert, verweigern Sie dem Architekten das Honorar mit Verweis darauf, dass er nun ja einen renommierten Referenzbau vorweisen könne, der ihm in seinem Lebenslauf zu Ruhm, Ehre und Anerkennung gereiche und deshalb sicher auch weitere Aufträge nach sich ziehe … Absurde Vorstellung, oder? Ihr steht – glücklicherweise – die HOAI, Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, entgegen.

Eine solche verbindliche Honorarordnung haben Bildende Künstlerinnen und Künstler nicht, schon gar nicht, wenn sie ihre Werke in Ausstellungen präsentieren. Anders als für Musiker oder Autoren stellt es für Bildende Künstlerinnen und Künstler eine große Ausnahme dar, dass ihnen als Urheberinnen und Urheber die »Aufführung«, die Präsentation ihrer Werke, also die Nutzung ihres geistigen Eigentums, vergütet wird. Und nicht nur das: Oftmals werden nicht oder nur partiell die Leistungen bezahlt, die sie erbringen, damit es überhaupt zu einer Ausstellung kommen kann: Dazu gehören unter anderem die Konzeption und Recherchearbeiten zum Thema der Ausstellung, Transport, Hängung bzw. Installation der Werke, ihre Vermittlung in Vernissage, Künstlergesprächen und anderen Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Abbau und Abtransport.

Um die Vergütung solcher Leistungen voranzubringen, hat der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) die aktualisierte »Leitlinie Ausstellungsvergütung 2021« herausgegeben. Das Prinzip ist einfach und differenziert zugleich: Ausgehend von einem Grundbetrag für die Nutzung eines Ausstellungsrechtes – 300 Euro pro Woche – werden je nach »Wirtschaftskraft« der Ausstellungshäuser und Dauer der Ausstellung Richtwerte für eine Vergütung empfohlen. Die Wirtschaftskraft ergibt sich aus den jährlichen Besuchszahlen und spiegelt sich in einem Faktor wider. Auch für die unterschiedlichen Leistungen, die im Kontext von Kunstpräsentationen anfallen, werden Richtwerte, d. h. Mindestvergütungen empfohlen. Befreit von der Zahlung einer Ausstellungsvergütung sind kommerzielle Galerien, der Kunsthandel sowie ehrenamtlich betriebene Produzentengalerien und Offspaces, die keine Fördermittel zur Finanzierung einer Ausstellungsvergütung beziehen.

Die »Leitlinie Ausstellungsvergütung 2021« stärkt bei Vertragsverhandlungen professionelle, zumeist hoch qualifizierte Bildende Künstlerinnen und Künstler. Denn ca. 80 Prozent von ihnen absolvieren ein fünfjähriges Kunststudium z. B. an einer Akademie. In auffälligem Kontrast zur hochwertigen Ausbildung steht das reale Einkommen von Künstlerinnen und Künstlern: Ca. 60 Prozent generieren jährlich weniger als 5.000 Euro aus ihrer künstlerischen Tätigkeit – stellt Eckhard Priller in der vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler herausgegebenen Expertise »Von der Kunst zu leben« fest. Und noch weniger passt ihr geringes Einkommen zu ihrer tragenden Rolle für ein vielfältiges lebendiges Kunst- und Kulturgeschehen in der Gesellschaft.

Die Leitlinie bietet aber auch eine Orientierung für faire Ausstellungsmacher – öffentlich finanzierte und private. Erstere werden immer mehr. Die Berliner Senatsverwaltung für Kultur hat seit 2016 einen zweckgebundenen Haushaltstitel eingerichtet, damit kommunale Galerien Ausstellungshonorare zahlen (können). In Hamburg ist ein entsprechender Fonds geplant; das brandenburgische Landesparlament hat einen entsprechenden Beschluss im Juni 2017 gefasst; auch auf kommunaler Ebene ist dies, wie z. B. in Halle (Saale), der Fall. Und auch immer mehr Kunstvereine zahlen Vergütungen für die Leistungen von Künstlerinnen und Künstlern im Rahmen von Ausstellungen.

Die in der Leitlinie empfohlenen Richtwerte bewegen sich am unteren Rand dessen, was als angemessen zu bezeichnen ist. Natürlich sind die oftmals knappen Budgets der Ausstellungseinrichtungen mitgedacht. Aber sie dürfen nicht dazu führen, die Letzten in der Wertschöpfungskette, die Urheberinnen und Urheber, auf Ruhm und Ehre zu verweisen, von denen auch sie nicht leben können.

Die Leitlinie Ausstellungsvergütung soll die Diskussion zur Fairness im Kunstbetrieb befeuern und das öffentliche Bewusstsein bezüglich der Berufsbedingungen von Bildenden Künstlerinnen und Künstlern schärfen. Hier war die Corona-Pandemie mit ihren katastrophalen Folgen auch für Kunstschaffende erstaunlicherweise eine Art Weckruf: Vorher befasste sich kaum jemand – schon gar nicht in der Politik – mit der Lage Soloselbständiger, die ja Bildende Künstlerinnen und Künstler überwiegend sind. Dieses neue Problembewusstsein gilt es offensiv zu nutzen, vor allem auch mit Blick auf die Bundestagswahlen.

So erwarten Bildende Künstlerinnen und Künstler sowie ihre Interessenvertretungen eine verbindliche Festlegung in Förderrichtlinien des Bundes, der Länder und Kommunen, dass in öffentlich geförderten Ausstellungen künstlerische Leistungen vergütet werden. Der BBK appelliert auch an private Ausstellungsmacherinnen und -macher, den Grundsatz, erbrachte Leistungen zu vergüten, auch für Kunstpräsentationen zu befolgen.

Als mittelfristiges Ziel steht weiter die Forderung im Raum, durch eine Änderung im Urheberrechtsgesetz einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Ausstellungsvergütung zu gewährleisten. Hier gab es 2005 schon einmal einen guten Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion, der aufgrund der damals vorgezogenen Bundestagswahlen nicht mehr zur Debatte stand. Seitdem waren politische Mehrheiten für eine Schließung dieser Gerechtigkeitslücke in weiter Ferne.

Jetzt geht es vor allem darum, in der Fläche durchzusetzen, was in jedem anderen Wirtschaftsbereich selbstverständlich ist: erbrachte Arbeit angemessen zu vergüten, ihr dadurch Wertschätzung entgegenzubringen. Die Zeit der Bescheidenheit ist vorbei: Pay the artist now!

Dagmar Schmidt ist Vorsitzende des Bundesverbands Bildender Künstlerinnen und Künstler

Die Leitlinie Ausstellungsvergütung 2021, herausgegeben vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, ist als Print- oder Onlinefassung erhältlich über bbk-bundesverband.de

Kleine Seelenselbstsorge

Was tun, wenn man sich zu viel mit sich selbst beschäftigt?

JOHANN HINRICH CLAUSSEN

Wie man selbst seelisch halbwegs stabil durch die Corona-Monate kommt, ist eine der größten Herausforderungen dieser Tage. Leider wird kaum darüber gesprochen, weil es peinlich ist und weil es so viel anderes zu berichten oder zu beklagen gibt. Ich versuche deshalb einmal eine kleine Seelenselbstsorge in Zeiten von Covid-19 zu entwerfen. Vielleicht ist die eine oder andere Anregung für Sie dabei.

Ein gravierendes Problem besteht darin, dass man sich zu viel mit sich selbst beschäftigt. Wenn die Begegnungen mit anderen ausfallen oder auf Zoom-Briefmarkengröße geschrumpft sind, wenn man nirgends hingehen kann und nichts von dem miterlebt, was andere angeht, dann hat man einfach zu viel nur mit sich selbst zu tun. Man kreist um sich selbst, vom Morgenkaffee bis zum nächtlichen Schlafengehen. Einsam sein heißt eben auch, um sich selbst kreisen.

Dagegen hilft bekanntlich Arbeit. Von den vielfältigen Spaltungen, die gegenwärtig unser Land durchziehen, sollte diese nicht vergessen werden: zwischen denen, die zu viel, und denen, die zu wenig zu tun haben. Da bei mir unendlich viel ausgefallen ist, war es für mich notwendig und hilfreich, mir sinnvolle Arbeit zu beschaffen. Denn das ist eine schöne Entlastung von sich selbst: sich ein Thema vornehmen und es gründlich bearbeiten, dabei Neues lernen und es in eine Form bringen, die andere ansprechen könnte. So habe ich gemeinsam mit einem Kollegen ein Buch über Einsamkeit geschrieben, das hoffentlich im Sommer erscheint. Und ich habe mir etwas Langaufgeschobenes vorgenommen: eine sorgfältige theologische Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten. Dazu habe ich kleinere Texte veröffentlicht, im Frühsommer kommt noch ein Buch, das ich mit vier Kollegen geschrieben habe. Aber hier habe ich auch gemerkt, dass Arbeit allein keine Rettung bringt. Gerade im Lockdown kann man zu tief einsteigen, keine Grenze finden, sich im Thema verlieren, ihm zu große Bedeutung zumessen. Das gilt besonders dann, wenn man sich mit fiesen Dingen, wie Texten der Neuen Rechten, befasst. Deshalb bin ich froh, hiermit bald durch zu sein.

Ein altbewährtes Gegenmittel gegen zu viel oder, noch gefährlicher, grenzenloses Arbeiten ist das Ritual und der Rhythmus aus Arbeit und Nichtarbeit, den es stiftet. Da ich fast andauernd zu Hause bin und immer arbeiten könnte, achte ich inzwischen stärker darauf, den Sonntag freizuhalten. Dann beginne ich die neue Woche mit mehr Kraft und Motivation. Ich achte auch darauf, abends rechtzeitig aufzuhören und ab einer gewissen Uhrzeit keine E-Mails auch nur anzusehen. Das klappt ganz gut. Dafür beginne ich morgens recht früh, aber wieder mit einem Ritual, das ich wirklich nur weiterempfehlen kann.

Ich beginne den Arbeitstag, indem ich ein Gedicht lese. Ich nehme mir Verse vor, die langsam entstanden sind und die sich nur im langsamen Lesen erschließen. Bevor all diese Eiltexte auf mich zukommen oder von mir losgeschickt werden, übe ich mich in Langsamkeit und Staunen. Gerade lese ich den neuen Band »Plötzlich alles da« von Dorothea Grünzweig, die aus Baden-Württemberg stammt und seit vielen Jahren in Finnland lebt. Ihre Gedichte handeln vom Sterben der Mutter in der alten und vom Leben der Natur in der neuen Heimat. Und dann nehme ich mir noch eine Seite mit Notizen von Joachim Hake dazu. Er leitet die Katholische Akademie zu Berlin und hat gerade den Band »Trost und Staunen« herausgebracht.

Daraus nehme ich jetzt jeden Tag Reflexionen und Maximen, die mich gemeinsam mit Dorothea Grünzweigs Gedichten auf andere Weise den Tag beginnen lassen. Das hilft.

Doch bevor es zu besinnlich wird, muss ich gestehen, dass ich für ein seelisches Problem noch keine rechte Lösung gefunden habe: den übermäßigen Medienkonsum. Wenn man selbst nichts erlebt, nimmt man umso mehr Vermitteltes wahr. Das meiste funktioniert aber über scheinbare Aktualität und hässliche Aufgeregtheit. Das führt einen in einen Zustand hektischer Dauerempörung, obwohl man brav am heimischen Schreibtisch hockt. Immerhin, so weise bin ich schon, dass ich nicht bei Facebook oder Twitter mitmache. Beruflich ist das nicht geboten. Auch ist es mir gelungen, Webseiten wie Spiegel Online nicht mehr zu besuchen. Ich habe es einfach sein lassen. Das hat meiner seelischen Stabilität aufgeholfen. Trotzdem nehme ich immer noch zu viel Tagesnachrichten auf. Doch was nützt es, wenn ich pünktlich darüber informiert werde, dass sich jetzt fünf Personen aus zwei Haushalten – oder umgekehrt – treffen dürfen? Es wäre besser, ich könnte schlicht abwarten, bis in Deutschland irgendetwas mal wieder funktioniert.

Johann Hinrich Claussen ist Kulturbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bleibende Kunst

Neues digitales Kunstwerkverzeichnis in Thüringen

BENJAMIN-IMMANUEL HOFF

Vor knapp drei Jahren griff der Verband bildender Künstlerinnen und Künstler in Thüringen (VBKTh) unter der bewusst provokant formulierten Überschrift »10 Prozent – Was bleibt?« in Form einer Ausstellung und Fachtagung die sensible Frage nach dem Umgang mit den Nachlässen von Künstlerinnen und Künstlern auf. So vielfältig das künstlerische Schaffen jeder Künstlerin und jedes Künstlers, so unterschiedlich sind auch die Interessen und Bedürfnisse sowohl der Kunstschaffenden als auch der Museen und öffentlichen oder privaten Sammlungen. Dies beginnt bereits, wie eine einige Jahre zuvor in der Akademie der Künste vom Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) durchgeführte – und ausgesprochen lesenswert dokumentierte – Konferenz ergab, bei der naturgemäß hochsensiblen und sehr differenzierten Bewertung dessen, was als zu bewahrender Nachlass verstanden wird.

Für den VBKTh und die für Kunst und Kultur zuständige Thüringer Staatskanzlei war »10 Prozent – Was bleibt« ein erkenntnisreicher und deshalb wichtiger Zwischenschritt der Verständigung über das künftige gemeinsame Vorgehen. Im Zuge der Prüfung und Bewertung unterschiedlicher Modelle schälte sich im Kontext der vom Land intensiv beförderten Kulturgutdigitalisierung unter der Federführung der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB) die Idee eines digitalen Werkverzeichnisses thüringischer Künstlerinnen und Künstler heraus.

In enger und sehr fruchtbarer Kooperation VBKTh mit der ThULB entstand innerhalb von acht Monaten – ein für öffentliche Digitalisierungsvorhaben unglaublich kurzer Zeitraum – eine Plattform, die von den über 350 Künstlerinnen und Künstlern im VBKTh in den Sparten Malerei, Grafik und Fotografie, aber auch Plastik, Video, Installationen und Performances befüllt werden kann, die sie selbst aus ihrem Œuvre auswählen.

Bis zu 99.000 Werke pro Künstlerin bzw. Künstler können theoretisch hochgeladen werden – ein solches Volumen werden naturgemäß nur wenige von ihnen in Anspruch nehmen. Im Zentrum steht deshalb vor allem die Möglichkeit der Auswahl der wichtigsten Werke aus Sicht der Kunstschaffenden. Mithilfe des Werkverzeichnisses katalogisieren die Künstlerinnen und Künstler ihre Werke nach vorab festgelegten Maßgaben, damit die Datenbank später auch nach Stichworten in Bezug auf beispielsweise Stil, Gattung, Genre oder Material und Technik durchsucht werden kann. Darüber hinaus können auch weiterführende Informationen zu den Werken dokumentiert werden, die beispielsweise für die Übernahme von Vor- und Nachlässen in Museumseinrichtungen wichtig sind – z. B. Verkäufe, Entleihungen, Ausstellungen. Die Kunstwerke sind einzeln hochauflösend in 2D, z. B. klassisches Gemälde, und sogar in 3D, z. B. Skulpturen, digitalisiert, anschließend im System erfasst und mit allen wichtigen Informationen im Online-Portal verknüpft, sodass sie vom Endbenutzer leicht zu recherchieren und auszuwählen sind. Dadurch wird eine Erfassung des eigenen Bestandes möglich, die viele Künstlerinnen und Künstler derzeit noch nicht besitzen. Die Speicherung und Langzeitarchivierung von Digitalisaten der Kunstwerke und -formen macht eine übergeordnete Kommunikation möglich und bietet allen Interessierten räumlich unabhängig die Möglichkeit der Einsichtnahme.

Thüringen hat eine zeitgemäße qualitative Antwort auf die Frage »Was bleibt?« gefunden

Die öffentliche Resonanz und das große Interesse nach dem Start des Werkverzeichnisses haben deutlich gemacht, dass Thüringen eine zeitgemäße qualitative Antwort auf die Frage »Was bleibt?« gefunden hat. Und auch quantitativ wurde klar: Es bleibt mehr als 10 Prozent.

Benjamin-Immanuel Hoff ist Kulturminister und Chef der Thüringer Staatskanzlei

Der Glanz der Bundeskulturpolitik ist dahin

Ist jetzt eine neue »Plantagenkultur« zu befürchten?

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Die Künstler leiden. Wie in diesen Tagen die gesamte Kultur. Vielleicht hat auch das den Anstoß gegeben, einmal mehr über ein eigenständiges Bundeskulturministerium nachzudenken. Eigener Sitz und eigene Stimme am Kabinettstisch, wäre es das, was das Kulturland jetzt braucht? Es ist eine Frage pro domo. Die amtierende Bundesbeauftragte Monika Grütters hat sie jetzt wieder gestellt. Vielleicht war das der richtige Zeitpunkt, vielleicht aber auch nicht. Die Antwort der Länder ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten. Sie fiel vorhersehbar negativ aus: »Keine Zentralisierung des Kulturföderalismus«, auf gar keinen Fall! Man ist dort reflexhaft dagegen und besitzt auch ein mächtiges Argument. Das Grundgesetz hat den Ländern die Kulturhoheit zugewiesen. Eine bloße Konvention ist das nicht. Es ist, wie so vieles in unserer Verfassung, die Konsequenz aus der eigenen bösen Geschichte. Der Vermachtung von Kunst und Kultur, ihre Indienstnahme für politische Zwecke sollte ein für alle Mal vorgebeugt werden. Das war der tiefere Sinn.

Der Bund hat sich nur selten auf dieses Parkett gewagt. Er hat – man kann es so sagen – den leiseren Weg gewählt und das Portemonnaie sprechen lassen. Das ist den Künstlern und Kulturinstitutionen in Deutschland nicht schlecht bekommen. Insofern sprechen vernünftige Gründe für den Vorstoß von Monika Grütters. Sie hat eine Menge erreicht. Ihre Bilanz ist recht gut. Und wenn Kunst und Kultur als systemrelevant anerkannt werden wollen, braucht es in Zukunft machtvolle Fürsprecher.

Es waren immer die konkreten Umstände, die für ein solches Ministeramt sprachen. Es ging um politische Augenhöhe für die Kultur – auch im Verhältnis nach draußen. Wenn ein echter Kulturminister früher nach Deutschland kam, dann hatte man ihm bei uns nur einen Laufbahnbeamten zu bieten. Das war die Situation noch am Ende der Ära Kohl. Nicht umsonst sind damals viele Institutionen entstanden, die das gefühlte Vakuum füllen sollten. Man kann die Gründung des Deutschen Historischen Museums so sehen, auch das Haus der Kulturen der Welt. Hinzu kam die Neuordnung der großen Kulturstiftungen in Berlin und in Weimar und so manch anderes, was nach dem Ende des DDR-Zentralismus plötzlich herrenlos war. Der unvergessene Sieghardt von Köckritz, der »heimliche Kulturminister«, wie man ihn damals nannte, hat sich mit Herzblut darum gekümmert. Ein richtiges Ministerium brauchte er nicht.

Mit der Wiedervereinigung ist Kultur plötzlich wieder politisch geworden. Sie war das einheitsstiftende Band. Deshalb sollten auch schnell wieder Orte entstehen, wo die mit sich fremdelnde Nation

lernen konnte, sich selbst zu begreifen. Weimar wäre dafür prädestiniert gewesen und hat es leider versäumt; Leipzig ging andere Wege und Dresden war nur bei sich selbst. Auch für die großen Kulturstädte des Westens war die Glanzzeit vorbei. Das Frankfurter Kulturwunder verblasste und München überließ sich der Nostalgie. Damals begann ein unglaublicher Move nach Berlin und nicht nur zur Hauptstadt. In Berlin, so glaubte man damals, ließen sich Geschichte, Funktion und Lebensgefühl wieder bruchlos zusammenfügen lassen.

»Am Ende sei es fast wieder wie am Anfang«, jubelte Peter-Klaus Schuster damals; er war der mitreißende Generaldirektor der Staatlichen Museen Berlins: »Deutschland wieder vereint, die Regierung wieder in Berlin und das erste Gebäude, das auf der Museumsinsel generalsaniert wieder eröffnet werden kann, ist die Nationalgalerie«. Das war der Glutkern einer neuen Bundeskulturpolitik. Darum geht es noch immer; im Streit um das Humboldt Forum, wie um die Zukunft des preußischen Erbes. Das ist nur aus dem aktuellen Bewusstsein gefallen.

Im Übergang der Ära Kohl zu Gerhard Schröder war das noch alles präsent. Man kann die Entwicklung seither an den Debatten um das Stadtschloss fast laborartig ablesen. Was sich endlich zu fügen schien, droht sich von Neuem in seine ideologischen Bestandteile aufzulösen. Vielleicht ist es der Fluch der Identitätspolitik, der das Schloss einst ins Leben zurückbrachte, woran es jetzt scheitert. Die Inhalte waren damals auf der Suche nach ihrer Hülle; heute ist es wohl andersherum. Das wirkt wie eine große Parabel auf die Bundeskulturpolitik. Ihr Erfolg ist nicht von der Hand zu weisen. Ein eigenes Haus brauchte sie nicht. Auch wenn es sicher von Vorteil wäre, mit größerem Gewicht in der Bundesregierung zu sitzen.

Abwegig ist eine solche Forderung nicht, und vielleicht ließen sich sogar die Länder noch überzeugen. Denn die müssen sich in Nach-Corona-Zeiten schnell um ganz andere Sorgen kümmern. Trotzdem wirkt die Debatte um ein Bundeskulturministerium zum jetzigen Zeitpunkt forciert. Die Zeitläufte sind andere geworden. Der Glanz der Bundespolitik ist dahin. Kein Aufbruch, keine Konzepte, kein Nichts. Und immer mehr Menschen fragen, warum sie gerade so lausig regiert werden.

Eine Gesellschaft aber, die sich nicht mehr repräsentiert fühlt, braucht auch keine repräsentierte Kultur. Man muss sich nur einmal in den großen Metropolen der westlichen Welt umschauen. Auch dort ist der Glanz von Paris, Madrid oder London verblasst. Wenn man heute von Spaltung in diesen Gesellschaften spricht, dann verläuft der Riss auch zwischen Regionen und ihren Zentren. Der Föderalismus findet dort als Gegengewicht seine aktuelle Begründung.

Natürlich besitzt die Kulturpolitik in den Ländern keine so klangvollen Namen mehr; die Zeiten von Hilmar Hoffmann, Hermann Glaser, Kathinka Dittrich van Weringh – selbst Lothar Späth sind vorbei. Doch dasselbe lässt sich auch über die Bundespolitik sagen. Wer oder was wird denn auf Monika Grütters folgen? Noch mehr Geld, noch mehr Programme, noch mehr staatliche Kunstwohlfahrtspflege? Das wäre in diesen lausigen Zeiten nicht wenig, aber reicht es schon aus, um ein neues Amt zu begründen? Wo bleibt die Idee, wo der zündende Funke? Es wächst eher die Sorge vor einer neuen »Plantagenkultur«. Das aber wollte das Grundgesetz einst verhindern; dass Politik bestimmt, was sie selbst finanziert. Das sind keine Bedenken von gestern; sie treffen sich mit dem heutigen Lebensgefühl. Die Jüngeren unter uns wollen sich nicht mehr vorführen lassen; schon gar nicht von einer politisch gewollten Kultur.

Johann Michael Möller ist Publizist

Ausgerechnet!

Wie viele Frauen und Männer absolvieren eine duale Ausbildung im Kulturbereich? Wie viele ein Studium? Wie viele Menschen sind im Arbeitsmarkt Kultur beschäftigt? Wie ist es um ihr Einkommen bestellt? Wie viele Frauen und Männer sind im Kulturbereich freiberuflich tätig? Was verdienen sie? Diese Fragen und mehr untersucht die neue Studie.

510 Seiten · ISBN: 978-3-947308-20-0 · 24,80 Euro

Geschlechtergerechtigkeit in Berufsorchestern

Zwei Studien und eine noch lange gemeinsame Wegstrecke

CORNELIE KUNKAT

Passend zum Weltfrauentag und der im März jedes Jahres verstärkt geführten Gender-Pay-Gap-Debatte sind kürzlich zwei Orchestererhebungen veröffentlicht worden: Die eine Studie »Geschlechterverteilung in deutschen Berufsorchestern« untersucht in einer Vollerhebung bei den 129 öffentlich finanzierten Orchestern, wie es um die Verteilung von Musikerinnen und Musikern differenziert nach Stimmgruppen, Dienststellungen und Orchestertypus steht. Diese Untersuchung, herausgegeben vom Deutschen Musikinformationszentrum (miz) und dem Deutschen Musikrat in Kooperation mit der Deutschen Orchestervereinigung und dem Deutschen Bühnenverein, schließt damit eine wissenschaftliche Lücke.

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass zwar mittlerweile fast 40 Prozent der Musizierenden in Berufsorchestern weiblich sind, jedoch mit steigendem Renommee des Orchesters und höherer Stimmposition der Anteil an Frauen in höheren Dienststellungen mit 21,9 Prozent besonders niedrig ist. Zur Erinnerung: Die Berliner Philharmoniker nahmen erst im Jahre 1982 die erste Musikerin in ihren Reihen auf, die Wiener Philharmoniker brauchten noch weitere 15 Jahre.

Während Blechbläser und Schlagwerke einen nach wie vor besonders hohen Männeranteil von rund 75 Prozent haben, ist bei den Streichinstrumenten mittlerweile jedes zweite Orchestermitglied eine Frau. Ihr Anteil an den höheren Dienststellungen ist mit 32,7 Prozent aber vergleichsweise gering. Vereinfacht gesprochen: Je niedriger die Dienststellung, desto höher der Frauenanteil. So weisen 73 der 129 Orchester einen überdurchschnittlichen Frauenanteil auf. Dies sind aber überwiegend Orchester der mittleren Vergütungsgruppe. Und obwohl beispielsweise die 1. Violine bezogen auf alle 129 Berufsorchester zu fast 60 Prozent weiblich besetzt ist, finden sich unter den 206 ersten Konzertmeisterinnen nur 62 Frauen, das wiederum entspricht einem Anteil von nur 30 Prozent.

Interessant ist, dass ausgerechnet bei den Blasinstrumenten, die nur von knapp 26 Prozent Frauen gespielt werden, hier der Anteil der Bläserinnen in höheren Dienststellungen mit 25,1 Prozent hingegen ziemlich genau dem Gesamtanteil von Frauen bei ebendieser Instrumentengruppe entspricht. In den solistischen Stellvertreterpositionen sind Frauen bei den Blasinstrumenten mit 32 Prozent damit am stärksten vertreten.

Insgesamt aber zeigt sich einmal mehr, dass Frauen immer noch zu selten in Spitzenpositionen vordringen, dies gilt nicht nur für den Kultursektor allgemein, sondern auch für öffentlich finanzierte Orchester. Diese disproportionale Verteilung von Männern und Frauen nach Dienststellungen hat eine unmittelbare finanzielle Schlechterstellung der Musikerinnen zur Folge. Der einzige Lichtblick ist hier die Altersverteilung der Orchestermitglieder insgesamt: In der Altersgruppe unter 45 Jahren liegen Frauen mit ihren männlichen Kollegen gleichauf. Vielleicht hält dieser Trend an und führt langsam zu einem Abschmelzen der Spitzenpositionen mit männlicher Besetzung. Statistische Belege aber gibt es hierfür noch keine.

Die zweite Studie »Women in High-Visibility Roles in German Berufsorchester« verfasste die Dirigentin und Physikerin Melissa Panlasigui im Rahmen eines Stipendiums der Alexander von Humboldt Stiftung. Obwohl beide Studien gänzlich unabhängig voneinander entstanden sind, greifen sie glücklicherweise perfekt ineinander. Denn Melissa Panlasigui untersuchte die Anzahl von Komponistinnen, Intendantinnen und Dirigentinnen in ebendiesen 129 deutschen Berufsorchestern in der Spielzeit 2019/2020.

Ihre drei Hauptergebnisse sind die folgenden: Erstens, Werke von Komponistinnen standen mit 13 Prozent häufiger auf dem Programm von Konzertreihen für zeitgenössische Musik als mit kläglichen 1,9 Prozent auf Programmen der Abonnementreihen. Damit war der Anteil weiblicher Komponistinnen bei den Abo-Reihen in der Spielzeit 2019/2020 nicht größer als der von Bartók oder Schubert einzeln gerechnet, und nur halb so groß wie der von Mozart oder Brahms. 60 Prozent der Berufsorchester spielten nicht ein einziges Werk von einer Frau – und das alles öffentlich finanziert. Bezüglich dieser erschreckenden Zahlen gibt es nur einen Lichtblick: Die Häufigkeit der Darbietung von Werken von Komponistinnen ist nicht abhängig vom Geschlecht der dirigierenden Person.

Das zweite Studienergebnis bezieht sich auf den Frauenanteil von Führungspositionen im Orchester wie Generalmusikdirektorin (GMD) oder Künstlerische Leiterin: Ihr Anteil lag bei traurigen 8 Prozent. Das heißt, von bundesweit 129 GMDs sind 4 weiblich, und von 63 Künstlerischen Leitungen 10. Die Zahl liegt damit deutlich unter dem bundesdeutschen Anteil von Frauen in Führungspositionen über alle Berufssparten gerechnet, der laut Bundesagentur für Arbeit bei immerhin – aber ebenfalls unbefriedigenden – 27 Prozent liegt. Auch die Orchestervorstände wurden untersucht: Bei 62 Orchestern lagen hierzu Daten vor, und bei diesen Ensembles besetzen Frauen nur 30 Prozent der Mitglieder in diesen wichtigen Entscheidungsgremien.

Einen dritten Untersuchungsgegenstand bildeten die Solistinnen, die mit den Orchestern auftraten. Ihr Anteil lag über alle Instrumentengruppen verteilt bei 39,3 Prozent. Und nur im Fach Gesang gab es ein leichtes Übergewicht zugunsten von Solistinnen von 3 Prozent. Erstaunlich ist, dass selbst bei vermeintlich weiblichen Instrumenten, wie der Geige, Flöte oder Harfe, die männlichen Solisten in der Überzahl waren. Insbesondere bei den Harfenisten ist diese Tatsache kaum nachvollziehbar. Denn legt man beide Studien übereinander, so beträgt der Anteil an Harfenistinnen in den Orchestern 93 Prozent, und dennoch waren 10 von 17 Solokonzerten mit diesem Instrument von einem Harfenisten besetzt.

Die große Disparität in allen Untersuchungsfeldern überraschte selbst die Studienautorin. Beunruhigt auf die Zahlen blickt sie vor allem deshalb, weil es bei den untersuchten Positionen wie Leitung, Solo-Parts und aufgeführten Kompositionen nicht nur um die ungleiche Sichtbarkeit von Männern und Frauen geht, sondern automatisch um größere Verdienstmöglichkeiten, also trotz festen Tarifen ein strukturelles Gender Pay Gap indiziert sei.

Zum Abschluss ihrer Studie erwähnt die Autorin internationale Beispiele aktiver Unterstützung weiblicher Talente durch namhafte Orchester. Auch bezüglich der Programmgestaltung gibt es internationale Vorbilder. Laut dem Institute for Composer Diversity, so Panlasigui, bestand das Programm für die Saison 2019/2020 in den USA beispielsweise zu immerhin 8 Prozent aus Werken von Komponistinnen. »Zwar ist dieser Anteil immer noch peinlich niedrig, aber ich bin zuversichtlich, dass die neuesten Entwicklungen in den USA dazu führen werden, dass ein vielfältigeres und inklusiveres Repertoire präsentiert wird.«

Besonders entmutigend empfindet die Autorin die Diskrepanz zwischen professionellen Dirigentinnen, die von Berufsorchestern engagiert werden, und der studentischen Belegschaft: Immerhin ist die Zunahme des Frauenanteils bei den Studierenden 1,6-mal größer als bei den Gastdirigentinnen. »Es zeigt, dass Frauen ein steigendes Interesse daran haben, Dirigentin zu werden, es aber Hindernisse gibt, die oberen Stufen des Berufs zu erreichen.«

Charlotte von Seither, vielfach ausgezeichnete Komponistin, Vorständin des Deutschen Komponistenverbands und Mitglied im Präsidium des Deutschen Musikrats, begrüßt beide wissenschaftlichen Projekte. Sie empfindet Hoffnung und Herausforderung gleichermaßen in Bezug auf die Geschlechtergerechtigkeit in der Musik: »Mittlerweile erlebe ich als Komponistin eine ganze Reihe von aufgeschlossenen Dirigenten, Intendanten, Musikvermittlern und Dramaturgen, die aktiv mitwirken am Aufbruch der Frauen. Dafür brauchen wir gerade jetzt die so wichtigen Archive, Bibliotheken, Studien und Institutionen, die diesem Interessentenkreis die Werke von Frauen zugänglich machen. Daneben müssen wir weiterhin harte Aufklärungsarbeit leisten für all jene, die noch immer in den alten Strukturen feststecken – da ist auch weiterhin sehr, sehr viel zu tun: Die Sichtbarkeit von Frauen darf nicht als bloße ›Gender-Deko‹ rangieren, sie muss eingreifen in das System und dieses auch verändern.«

Die Zeichen stehen positiv, dass die beiden Studien einen weiteren Schritt in Richtung mehr Geschlechtergerechtigkeit auslösen. Susann Eichstädt, stellvertretende Generalsekretärin des Deutschen Musikrates, will den Dialog mit den Mitgliedsverbänden zu diesem »gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Themenkreis« intensivieren, dem »zwischen Erkenntnis, Bewusstsein und Handeln gilt es auch im Musikbereich noch eine gehörige Strecke zurückzulegen«. Deshalb freut sich Susann Eichstädt auch »über weitere Aktivitäten zur Thematik wie die Studie unseres Mitgliedsverbandes Internationaler Arbeitskreis Frau und Musik. Ergänzende Bewusstseinsbildung und öffentliche Aufmerksamkeit können der Erreichung des gemeinsamen Ziels nur nutzen«. Dieses Ziehen an einem Strang erhofft sich ebenso Mary Ellen Kitchens, Vorständin Archiv Frau und Musik, die Melissa Panlasigui als Mentorin bei ihrer Studie betreute.

FOTO: MARCO BORGGREVE

Wie ist es um die Geschlechtergerechtigkeit in Berufsorchestern wie dem Konzerthausorchester Berlin bestellt?

Cornelie Kunkat ist Referentin für Frauen in Kultur und Medien beim Deutschen Kulturrat

MEHR DAZU

Beide Studien untersuchen die derzeit 129 Berufsorchester, die sich in vier Kategorien unterteilen: 81 Theaterorchester bzw. Konzertorchester mit Theaterdiensten, 29 Konzertorchester, 11 Rundfunkorchester und 8 Kammerorchester.

Die Studie »Geschlechterverteilung in deutschen Berufsorchestern« des Deutschen Musikrates und Deutschen Musikinformationszentrums finden Sie hier: bit.ly/3s0wGLE

Die Studie »Women in High-Visibility Roles in German Berufsorchester« von Melissa Panlasigui können Sie hier nachlesen: bit.ly/30TvPAD

Eine große Unterstützung für das europäische Kino

Der LUX-Filmpreis des EU-Parlaments erstrahlt in neuem Glanz

SABINE VERHEYEN

Als einziges Parlament der Welt, das einen Filmpreis vergibt, rückt das Europäische Parlament jedes Jahr das europäische Kino ins Rampenlicht. Vor nunmehr dreizehn Jahren wurde der LUX-Filmpreis des EU-Parlaments ins Leben gerufen, um den Vertrieb europäischer Filme zu fördern. Seither haben wir Abgeordneten mit diesem Preis jährlich einen Film ausgezeichnet, der auf besondere Weise das europäische Publikum berührt und mit Blick auf die aktuellen sozialen und politischen Herausforderungen in Europa zum Nachdenken anregt. Seit seiner Gründung im Jahr 2007 hat der LUX-Filmpreis so dazu beigetragen, über 100 Filme zu fördern und durch die Unterstützung europäischer (Ko-)Produktionen die sprachlichen und vertrieblichen Barrieren der europäischen Filmindustrie zu überwinden.

Nun hat der begehrte Preis eine Neuauflage erhalten. Ab sofort stimmen nicht nur wir EU-Abgeordneten über den Preisträger ab, sondern die Zuschauer werden direkt an der Auswahl des Gewinnerfilms beteiligt und können selbst ihren Favoriten wählen. Damit wollen wir die Verbindung zwischen Politik und Bürgern stärken und das Publikum aktiv in europäische Debatten einbinden. Die Stimmen der Europaabgeordneten und die des Publikums werden dabei jeweils mit einem Anteil von 50 Prozent gewichtet. Außerdem ist die Europäische Filmakademie (EFA) nun mit an Bord. Die EFA vereint über 3.800 Filmschaffende in ganz Europa und widmet sich seit ihrer Gründung im Jahr 1988 der Förderung der europäischen Filmkultur. Durch die neue Zusammenarbeit mit der EFA soll ein noch breiteres Publikum erreicht und die Sichtbarkeit der Filme erhöht werden. Auch die Europäische Kommission und das Europa Cinemas Netzwerk sind Partner des neuen LUX-Preises. Der vollständige Name des neu aufgelegten Preises spiegelt diese Partnerschaften wider: »LUX – der europäische Publikumsfilmpreis des Europäischen Parlaments und der European Film Academy in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und Europa Cinemas«.

Wir helfen Filmen dabei, europäische Grenzen zu überwinden und auch außerhalb ihres Ursprungslandes Resonanz zu finden

Darüber hinaus werden von nun an nicht mehr drei, sondern fünf Filme als Finalisten nominiert. Diese werden wie bisher in allen 24 Amtssprachen der EU untertitelt und in den Mitgliedstaaten gezeigt. Mit all diesen Neuerungen wollen wir das Ziel erreichen, noch mehr europäische Filme einem noch größeren Publikum zugänglich zu machen. Wir möchten unseren LUX-Preis mehr und mehr Europäerinnen und Europäern nahebringen. Das europäische Kino ist so vielfältig und hat so viel zu bieten und genau das wollen wir den Menschen in Europa ans Herz legen.

Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, durch die Kunst, Kultur und Kino stark in Bedrängnis geraten sind, geht es darum, mit dem neuen LUX-Publikumsfilmpreis die europäische Kreativität und die Vielfältigkeit der europäischen Kinobranche zu unterstützen.

Das europäische Kino ist ein Spiegel unserer Gesellschaften und ganz entscheidend für die Bewahrung unserer kulturellen Vielfalt. Es ist systemrelevant – gerade jetzt. Der neue Preis ist in dieser Zeit ein Schritt nach vorn, um europäische Produktionen zu fördern und die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern zu unterstützen, die von der Coronakrise schwer getroffen wurden.

Natürlich steht die diesjährige Preisvergabe zum Teil unter dem Schatten des Coronavirus. So wurden in diesem Jahr aufgrund der Coronakrise und ihrer Auswirkungen ausnahmsweise nur drei anstatt wie geplant fünf Filme für den neuen LUX-Preis nominiert. Dabei sind mit den drei Finalisten, die von einem Auswahlgremium aus Kinofachleuten ausgewählt und bei der Verleihung des Europäischen Filmpreises am 12. Dezember vergangenes Jahr bekannt gegeben wurden, bereits hochkarätige Filme nominiert worden. Mit »Another Round«, einer dänisch, niederländisch und schwedischen Koproduktion des Regisseurs Thomas Vinterberg, und »Collective«, einer Koproduktion aus Rumänien und Luxemburg von Alexander Nanau, sind gleich zwei Filme im Rennen, die zugleich auf der Shortlist für den Oscar als bester internationaler Spielfilm stehen. Und auch »Corpus Christi«, eine Koproduktion aus Polen und Frankreich vom Regisseur Jan Komasa, war im vergangenen Jahr für diesen Oscar nominiert.

Noch bis zum 23. Mai können diese drei Filme in ganz Europa bei Vorführungen oder online gesehen werden. Solange können das Publikum und wir Europaabgeordneten online unter luxaward.eu für unseren Lieblingsfilm abstimmen.

Am 9. Juni soll schließlich der Gewinnerfilm während der Preisverleihung im Europäischen Parlament verkündet werden. Der ausgezeichnete Film wird anschließend auch für hör- und sehbehinderte Menschen produziert und beim Vertrieb unterstützt.

Aber auch über die Preisverleihung hinaus wollen wir mit dem LUX-Preis europäische Produktionen für ein breites Publikum erreichbar machen. So wurde im Rahmen des Preises erst kürzlich eine Suchmaschine eingerichtet, die es ermöglicht, europäische Filme bequem von zu Hause aus zu genießen. Filmfreunde können unter luxaward.eu/de/video-demand-vod auf allen Video-on-Demand-Plattformen in der EU und im Vereinigten Königreich gleichzeitig nach über 120 LUX-Preis-Filmen aus allen bisherigen Preisvergaben suchen. Die Datenbank wird ständig aktualisiert, um die aktuell angebotenen Titel widerzuspiegeln. Eine tolle Möglichkeit, um bequem von der heimischen Couch aus der Realität zu entfliehen und jeden Tag eine ganz neue Welt zu entdecken!

Mit dem neuen LUX-Publikumsfilmpreis bieten wir somit eine greifbare Unterstützung für Kino und Kultur in Europa. Wir helfen Filmen dabei, europäische Grenzen zu überwinden und auch außerhalb ihres Ursprungslandes Resonanz zu finden. Ich freue mich sehr, dass wir damit auf die Erfolge des bisherigen LUX-Preises aufbauen können und unsere Reise nun mit neuen Partnern fortsetzen.

Sabine Verheyen ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments

STIMME AUS DEM PARLAMENT

In der Beitragsreihe »Stimme aus dem Parlament« berichten die Vorsitzende des Kulturausschusses des Europäischen Parlaments. Sabine Verheyen, und die Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages, Katrin Budde, von der Ausschussarbeit. Die bisher erschienenen Beiträge der Reihe können Sie hier nachlesen: bit.ly/3lGYeTS

in Zusammenarbeit mit:

NRW KULTUR SEKRETARIAT WUPPERTAL

Städtetag Nordrhein-Westfalen

Kultursekretariat NRW Gütersloh

DORTMUND

gefördert von:

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Europa liebt und fördert Geschichten

Rückblick auf sieben Jahre Creative Europe MEDIA in Deutschland

CHRISTIANE SIEMEN

Aus Arthouse-Kinos weltweit ist er nicht mehr wegzudenken, der Trailer des Kino-Netzwerks Europa Cinemas, mit dessen einprägsamer Musik jede Vorführung startet und an dessen Ende das Logo von Creative Europe MEDIA auf der Leinwand steht. Das MEDIA Programm ist Europas Förderprogramm für die audiovisuelle Branche und befindet sich seit 2014 gemeinsam mit dem Programm KULTUR unter dem Dach Creative Europe. In diesem Jahr feiert MEDIA seinen 30. Geburtstag. Grund genug, auf eine erfolgreiche Zeit zurückzublicken.

Am Anfang wurde das Programm initiiert, um Kinofilmen den Sprung über die Grenzen des eigenen Landes und damit auf die Leinwände weiterer europäischer Mitgliedstaaten zu erleichtern. Schnell wurde aus dem reinen Vertriebsförderprogramm nicht nur eine feste Größe für die Filmbranche, sondern auch ein Qualitätsmerkmal und Label für das Publikum. Mitbegründer des Programms war seinerzeit der langjährige Berlinale-Chef Dieter Kosslick.

Das Förderangebot umfasst inzwischen die gesamte Produktpalette der Branche: Dank MEDIA werden Filmprojekte aus der Taufe gehoben, Filme auf die Leinwände und Bildschirme gebracht, in Fortbildungen europäisches Fachwissen vermittelt und Festivals bei ihrer Programmgestaltung unterstützt. Die deutsche Branche war in der letzten Programmlaufzeit von 2014 bis 2020 sehr erfolgreich: Ihr Anteil betrug 112 Millionen Euro und damit 14,5 Prozent der gesamteuropäischen Fördersumme von 777 Millionen. Dieses starke Ergebnis zeigt das hohe internationale Niveau nationaler Projekte und Initiativen.

Filme überqueren Grenzen

Herzstück des Programms ist und bleibt die Verleihförderung. Zusammenschlüsse von europäischen Verleiherinnen und Verleiher erhalten für die Herausbringung von nichtnationalen Filmen Unterstützung. Deutsche Festivalerfolge wie »Toni Erdmann« von Maren Ade, »Vor der Morgenröte« von Maria Schrader, »Victoria« von Sebastian Schipper oder »Transit« von Christian Petzold fanden mit MEDIA europaweit den Weg auf die große Leinwand. Gleichzeitig wird die hiesige Kinolandschaft durch die europäische Unterstützung internationaler und somit bunter. Dank MEDIA waren Publikumslieblinge wie »Call me by your name« von Luca Guadagnino, »Cold war« von Paweł Pawlikowski oder »Porträt einer jungen Frau in Flammen« von Céline Sciamma, der die Zuschauer 2019 in Cannes von den Stühlen riss, in hiesigen Kinos zu sehen.

Je internationaler ein Filmprojekt angelegt ist, desto länger und kostenintensiver ist dessen Entwicklung. MEDIA steht europäischen Produzentinnen und Produzenten in dieser Phase mit Projektentwicklungsförderung zur Seite. Anfang März beispielsweise lief »Nebenan«, das Regie-Debüt von Daniel Brühl, auf der Berlinale, entwickelt und produziert von der Hamburger Firma Amusement Park. Letztes Jahr auf der Berlinale uraufgeführt und inzwischen mit zahlreichen Preisen dekoriert, ist der Dokumentarfilm »Garagenvolk« von Natalija Yefimkina, entwickelt von Tamtam Film, ebenfalls mit MEDIA Unterstützung.

MEDIA hat deutsche Produzentinnen und Produzenten in den letzten Jahren mit 27,3 Millionen Euro unterstützt. Dabei ist nicht immer nur die große Leinwand im Fokus. Der Serienboom der letzten Jahre ist auch auf Europa übergeschwappt, und europäische Produktionen stehen, was Spannung, Originalität und Qualität betrifft, den US-Produktionen in nichts mehr nach. Bis zu eine Million Euro Unterstützung erhielten High-End-Serien wie »Babylon Berlin«, »Wir Kinder vom Bahnhof Zoo« oder »Der Schwarm« nach dem Megaseller von Frank Schätzing. MEDIA unterstützt innovative und grenzüberschreitende Projekte auf europäischer Ebene. Gefördert werden auch Animationsserien z. B. für Kinder im Vorschulalter wie »Lenas Farm« von Studio Film Bilder aus Stuttgart oder Dokumentarfilme und -serien: Produziert von der Gebrüder Beetz Filmproduktion und gefördert durch MEDIA TV Programming, trat »The Cleaners« von Hans Block und Moritz Riesewieck seinen Siegeszug um die Welt an. Der eindrucksvolle Dokumentarfilm über die Schattenindustrie des Internets feierte seine Weltpremiere beim Sundance International Film Festival 2018, lief seither auf zahlreichen Festivals und wurde mehrfach ausgezeichnet.

Mit Beginn der letzten Laufzeit hat MEDIA Entwicklerinnen und Entwicklern von Games mit auf die Förderlisten gesetzt. Voraussetzung ist, dass das Spiel eine Geschichte erzählt und bei der Originalität und Innovation eigene Wege geht. Die Kölner Ahoiii Entertainment lässt den kleinen Seemann Fiete in »Fiete Saves the World« spielerisch die Welt erklären. Früh gefördert wurden die Black Pants Studio für die Entwicklung von »Mississippi Blues«. Auf der Jagd nach dem perfekten Plattendeal beginnt für den Spieler eine Odyssee durch die Südstaaten der USA in den 1950er Jahren.

Festivals, Netzwerke und Weiterbildung

Mit insgesamt zehn geförderten Filmfestivals ist Deutschland Spitzenreiter im europäischen Vergleich. Festivals mit besonders hohem europäischen Filmanteil und einem großen Zuschauerzuspruch sind unter anderem das DOK.fest München, die Kurzfilmfestivals in Oberhausen, Hamburg und Berlin sowie die Nordischen Filmtage Lübeck.

Jedes Jahr auf der Berlinale präsentiert der in Hamburg ansässige Verein zur Promotion europäischer Filme weltweit EFP European Film Promotion die »Shooting Stars« – ein Sprungbrett für junge Schauspieltalente, um deren Bekanntheit über den eigenen Markt hinaus zu beflügeln.

Um die Branche international zu vernetzen und Fachwissen zu vermitteln, gibt es über 50 Fortbildungsangebote europaweit, darunter Angebote vom Erich Pommer Institut und der DFFB in Berlin.

Ein Fest für das Kino

Seit über 30 Jahren feiern sie das europäische Kino: die European Film Awards! Jährlich werden in einer Gala die besten und beliebtesten Filme, Schauspielerinnen und Schauspieler sowie Köpfe hinter der Kamera ausgezeichnet. Wim Wenders, Präsident der European Film Academy, die hinter der Preisverleihung steht, erhielt selbst im allerersten Jahr eine Auszeichnung und ist damit in bester Gesellschaft von Größen wie Pedro Almodóvar, Olivia Colman und Paula Beer.

Das oben erwähnte Kino-Netzwerk Europa Cinemas umfasst mittlerweile 1.261 Lichtspielhäuser in 43 Ländern, davon 196 in Deutschland. Gemeinsamer Nenner ist ein überdurchschnittlich hoher Programmanteil an europäischen Filmen und insbesondere ein spezielles Angebot für Kinder und Jugendliche.

Das neue Creative Europe Programm ab 2021

Nach langen engagierten Verhandlungen zwischen Parlament und Rat konnte im November 2020 eine budgetäre Einigung für die kommende Laufzeit von 2021 bis 2027 erzielt werden. Mit einer Aufstockung von über eine Milliarde Euro und damit einem Gesamtbudget von 2,5245 Milliarden Euro unterstreicht Europa die Bedeutung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Filmlandschaft. Auch im neuen Programm sind die vier Creative Europe Desks MEDIA in Deutschland Partner bei der Beratung, Vernetzung und Internationalisierung der Branche.

Christiane Siemen ist Geschäftsführerin bei Creative Europe Desk Hamburg

Ein Rückblick auf die letzten sieben Jahre Programmlaufzeit gibt es hier: creative-europe-desk.de/service/download

Jäger
und Gejagte

Ein Heft über Mensch und Tier

KULTUR
AUSTAUSCH

Zeitschrift für
internationale Perspektiven

Jetzt am Kiosk, zu bestellen unter
www.kulturaustausch.de
oder bei kulturaustausch@conbrio.de
(pro Ausgabe 7 Euro zzgl. Versandkosten)

Heft 2/2021

Frans de Waal
Corine Pelluchon
T.C. Boyle
Andrej Kurkow
Ajsalkyn Jessenbajewa
Donal Bisanzio
Francesca Buoninconti

Die Kunst des Geschichtenerzählens

Oralität in Afrika

MASSAMBA GUÈYE

Der afrikanische Kontinent ist in hohem Maße von mündlicher Weitergabe – der sogenannten »Oralität« – geprägt. Insbesondere traditionelles Wissen wie beispielsweise Fragen des Zusammenlebens, der Heilkunde, Landwirtschaft, Initiationsriten sind meist nicht schriftlich verfasst und werden von einer Generation zur anderen mündlich weitergegeben. Das Gleiche gilt auch für andere Arten von Erzählungen wie etwa Mythen, Fabeln, Legenden und Märchen, Gebets- und Orakeltexte. Der Einfluss dieser Art der Wissensweitergabe ist in vielen Bereichen des Lebens deutlich spürbar und viele – auch städtische – Gesellschaften sind stark von ihr geprägt. Menschen, die selbstverständlich lesen und schreiben können und in ihrem Alltag beide Kulturtechniken benutzen, bevorzugen eher das persönliche Gespräch als die Nutzung schriftlicher Informationsquellen in gedruckter oder elektronischer Form. Dabei wird dem gesprochenen Wort oft eine höhere Glaubwürdigkeit zugestanden und besitzt im Bewusstsein der Menschen einen höheren Wert.

Aus einem eurozentrischen Verständnis heraus wird Literalität oft als Kulturstandard betrachtet, orale Kulturen werden mit ihr kontrastiert und an ihr gemessen. Die Kultur der mündlichen Weitergabe folgt jedoch eigenen Gesetzen und Regeln, kennt ganz individuelle, höchst künstlerische Formen und Ausprägungen. Ihr Charakter sowie ihre gesellschaftliche Bedeutung lassen sich nicht von der Schriftkultur her beurteilen oder ermessen.

In vielen afrikanischen Staaten bestehen die traditionelle und die moderne Gesellschaft nebeneinander. Beiden Gesellschaften sind bestimmten Wertigkeiten zugeordnet und ihre parallele Existenz führt immer wieder zu Missverständnissen.

Zu diesen Fragen forscht Massamba Guèye aus dem Senegal. Guèye ist Wissenschaftler, Schriftsteller, Erzähler, Lyriker und Literaturkritiker. Er ist Leiter und Gründer von »Kër Leyti, dem Haus für Oralität und Erbe«, einem Zentrum für die Pflege der mündlichen Überlieferung und des kulturellen Erbes. Er ist Nationaler Referent der Konvention für immaterielles Kulturgut 2003 der UNESCO und ehemaliger künstlerischer Experte der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) bei der Internationalen Kommission des frankophonen Theaters. Außerdem produziert, leitet und moderiert er im Sender RSI – Radio Sénégal Internationale. In mehreren Ländern in Europa, Amerika und Afrika tritt er als Geschichtenerzähler auf. Auf Bezirksebene war er nationaler Koordinator des Projekts für die Sammlung von Geschichten und die Ausarbeitung mehrsprachiger Handbücher: »Multikulturalität und Mehrsprachigkeit« und »Die Stimme Afrikas«. Außerdem ist Massamba Guèye Autor verschiedener Publikationen. Im Gespräch mit Stefanie Kastner beleuchtet Guèye verschiedene Facetten der mündlichen Überlieferung in Afrika.

Stefanie Kastner: Herr Guèye, Sie sind im Senegal und darüber hinaus als »Die Stimme Afrikas« bekannt, als Geschichtenerzähler im Fernsehen und Radio. Aber Sie sind auch ein Griot, das heißt ein Informationsmanager der mündlichen Gesellschaft. Sie konservieren die Geschichte des Dorfes, um Werte und Wissen an die Dorfgemeinschaft zu vermitteln. Was ist der Unterschied? Was bedeutet es, ein Griot zu sein?

Massamba Guèye: Ein Griot zu sein, das kann als genetischer Status verstanden werden, der von den Eltern vererbt wird. Ein Geschichtenerzähler hingegen ist die Bezeichnung für eine gesellschaftliche und/oder berufliche Tätigkeit. Ein Griot ist man aufgrund seiner Eltern, man kann dann Musiker, Sänger, Tänzer, Ahnenforscher, Geschichtsschreiber oder – in unserer modernen Gesellschaft – Arzt, Lehrer oder sogar Premierminister oder Präsident seines Landes werden. Aber was auch immer seine Funktion ist, ein Griot ist man aufgrund der eigenen Familienzugehörigkeit, durch den Vater und die Mutter, aufgrund der DNA. In Westafrika jedoch, im Senegal, können Geschichtenerzähler auch eine soziale Gruppe sein, weil das Geschichtenerzählen ein demokratisches Genre ist, das ja jeder, unabhängig von sozialem Rang oder Abstammung, in der Familie oder im öffentlichen Raum praktizieren kann. Der Geschichtenerzähler aus einer Griot-Familie hat den Vorteil, dass er aus einer Familie kommt, die die Redekunst beherrscht und die auch von der Gesellschaft als Träger des Wortes anerkannt wird. Was mich betrifft, so ist meine Mutter Guissé, also Tochter von Maabo, Leyti Guissé, Geschichtsschreiber am alten Königshof von Djolof. Mein Vater aber, der von Beruf Krankenpfleger war, ist aufgrund seines Vaters Schmied. Aufgewachsen bin ich zwischen Amboss und Rhetorik.

Welche Rolle spielt die mündliche Überlieferung heute in Senegal, in Afrika und in der Welt?

Trotz der Schulen und dem Aufkommen der Schrift ist die senegalesische Gesellschaft stark in der mündlichen Überlieferung verwurzelt. Die Senegalesinnen und Senegalesen glauben eher, was gesagt als was geschrieben wird. Wenn Sie ein Plakat im Lehrerzimmer aufhängen, ist es nicht ungewöhnlich, dass Sie aufgefordert werden, zu sagen, was darauf geschrieben steht, anstatt selbst aufzustehen und das Plakat zu lesen. Sehr beliebt sind Radiosender, weil hier alles über das gesprochene Wort läuft. Trotz der Bedeutung des geschriebenen Wortes ist die mündliche Kommunikation unerlässlich. Wenn Sie jemandem Ihr Wort geben, so bedeutet das viel mehr als eine Unterschrift in einem Dokument. Deshalb fiel der scheidende Präsident im Jahr 2012 dem Slogan »wax waqet« – eine Aussage treffen und eine Aussage widerrufen – zum Opfer. Als er sagte, er würde für eine dritte Amtszeit kandidieren, obwohl er zuvor gesagt hatte, dass er nur zwei Amtszeiten amtieren würde, hat er viel an Glaubwürdigkeit verloren. Mit Anwendungen wie WhatsApp kommunizieren Menschen mündlich, in ihrer Muttersprache, was die mündliche Weitergabe fördert, während man früher, wenn man nicht lesen konnte, keinen Brief schreiben konnte. In Afrika ist die mündliche Überlieferung zu neuem Leben erwacht, im Rest der Welt hingegen dominiert das geschriebene Wort. Was betont werden muss, ist, dass das gesprochene Wort ganz allgemein zur Grundlage von Führung geworden ist. Rhetorikschulen für öffentliches Sprechen vervielfachen sich: Wenn man weiß, wie man in der Öffentlichkeit spricht, so ist das heutzutage ein großer Vorteil, und zwar überall auf der Welt, denn Kommunikation ist das Herzstück von Unternehmen.

Hat die Situation mit der Covid-19-Pandemie der mündlichen Weitergabe oder den Geschichtenerzählern geschadet?

Geschichtenerzähler sind Künstler, die arbeiten, wenn sich Menschen versammeln, um ihnen zuzuhören. Nun hat die Covid-19-Pandemie den menschlichen Kontakt aufgrund der notwendigen sozialen Distanzierung untersagt. Das hat zur Folge, dass Geschichtenerzähler seit über einem Jahr kaum noch direkt zu ihrem Publikum gesprochen haben. Aufführungen und Festivals wurden allesamt abgesagt und Wiederaufnahmen erfolgen nur zaghaft. Einige Geschichtenerzähler haben begonnen, Geschichten in den sozialen Netzwerken oder durch Videos zu verbreiten, aber beim wirklichen Geschichtenerzählen geht es vom Mund ins Ohr, auch wenn ich Geschichten im Fernsehen und Radio erzähle. Das ultimative Ziel ist es, dass die Leute mich als Person in natura erleben. Die Pandemie hat die Popularität des Geschichtenerzählens in der Welt gebremst. Für alle Erzählzentren ist das ein schrecklicher Verdienstausfall, auch für das »Haus des Erzählens« und des Weltkulturerbes.

FOTO: GOETHE-INSTITUT SÉNÉGAL

Die Stimme Afrikas: Massamba Guèye

Das Mündliche und das Schriftliche sind zwei unterschiedliche Systeme der Informations- und Wissensspeicherung. Wo sich beide treffen, entstehen gelegentlich Probleme. Was kann man tun, um Missverständnisse zu vermeiden und die Kluft zwischen beiden zu überbrücken?

Oft stellen wir das Schriftliche und das Mündliche als unterschiedliche Systeme der Information und Wissenserhaltung einander gegenüber, zu Recht oder zu Unrecht, indem wir z. B. sagen: »Das gesprochene Wort vergeht, das geschriebene Wort besteht.« Das gesprochene Wort ist zwar eine nicht greifbare Schrift in der Ohrmuschel, aber im Gedächtnis der Menschen ist es nicht unbedingt vergänglich. Das geschriebene Wort hat sicherlich den Vorteil, dass es die Idee in einer endgültigen Form fixiert, während die mündliche Übertragung – und das ist ihre Stärke und Schwäche – die Formen des Augenblicks annimmt und sich in jedem Moment anpasst. Der Vorteil des geschriebenen Wortes liegt in seiner Zugänglichkeit, ohne die Notwendigkeit der Anwesenheit des Lesers. Das bedeutet, dass ein einziges Buch gleichzeitig von Millionen von Menschen in verschiedenen Teilen der Welt gelesen werden kann, während das Mündliche, das nicht aufgezeichnet wurde, nicht auf diese Weise verbreitet werden kann. Der Schnittpunkt zwischen beiden ist, dass das Schreiben lediglich ein Versuch ist, das gesprochene Wort unbeweglich zu machen. Jede Schrift ist eine Transkription von laut gesprochener oder interner Sprache. Das gesprochene Wort geht dem geschriebenen Wort immer voraus und kann das geschriebene Wort zum Leben erwecken. Deshalb braucht man in Gebeten und Liturgien, auch wenn das heilige Buch vorhanden ist, das Mündliche, um sich mit sich selbst, mit dem Kosmos und mit anderen zu verbinden. Deshalb müssen die Räume, die das geschriebene Wort willkommen heißen, auch Orte sein, an denen das gesprochene Wort ausgesprochen und gehört werden kann, um eine Brücke zwischen beiden zu schlagen. Hörbücher versuchen dies zu tun, ebenso wie Lesungen und Shows, aber das reicht nicht aus. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass das mündliche Geschichtenerzählen das beste Werkzeug ist, um die Kluft zwischen dem mündlichen und dem geschriebenen Wort zu überbrücken.

Mit der Pandemie tut sich auch in der digitalen Welt so einiges. Wie ist das Verhältnis zwischen mündlicher Weitergabe und der digitalen Welt?

Die digitale Technik nutzt das gesprochene Wort häufig für die Produktion von Podcasts oder Videos. Dies ist für das Mündliche wirklich heilsam und wohltuend. Die zahlreichen Live-Shows in den sozialen Medien haben es möglich gemacht, die Zwänge der sozialen Distanz zu umgehen und so das Publikum zu erreichen. Dies ist genau das, was KPG in Ouaga, Burkina Faso, Petit Tonton in Conakry, El Leeboon von Kër Leyti und ich im Senegal machen, ohne dabei die Erzählkurse über Zoom miteinzubeziehen. Wie ich in meiner Doktorarbeit 2009 dargelegt habe, ist das Digitale ein Werkzeug, eine Gelegenheit, das Mündliche weniger flüchtig zu machen und dem Mündlichen ein viel breiteres Publikum zu geben. Die digitale Technologie öffnet die Welt für das Mündliche, trotz ihrer technischen Einschränkungen und der Abwesenheit des Publikums, das oft zum Aufbau der mündlichen Produktion in Afrika beiträgt. Das gesprochene Wort verhilft dem digitalen Medium überhaupt erst zum Leben. Ohne lebendigen Inhalt ist es nur eine moralische Stütze.

Deshalb haben wir in unserem Werk »Art oratoire, auto régénérescence du cont«, auf Deutsch »Redekunst – Selbstwiederherstellung des Erzählens« gezeigt, wie eine Erzählung aufgrund des Internets jetzt die Möglichkeit hat, jeweils mündlich weitergegeben zu werden. Denn diese Erzählung kann nun Raum und Zeit durchqueren und dabei die bisherige Distanz, die zwischen dem Erzähler und seinem Zuhörer durch das Gehörte, das Gesehene und das Geschriebene bestand, ganz einfach auflösen. In gleicher Weise bedeutet das Radio den Niedergang des visuellen Auditoriums, denn in der Einsamkeit des Studios hört man den Erzähler sehr wohl, kann jedoch nicht mehr gleichzeitig seine Gesten oder sein Kostüm sehen. Er gewinnt allerdings leichter an Bekanntheit und hat einen besseren Zugang zu Informanten.

Im Internet und in Algorithmen gibt es viele Vorurteile und das Wissen über Afrika scheint nicht besonders ausgeprägt zu sein. Woher kommt diese Benachteiligung und was können wir tun, um diese Situation zu ändern und zu verbessern?

Afrika produziert noch nicht genügend Inhalte und das wenige, was es an Kontinuität bietet, wird auf Servern außerhalb des Kontinents gespeichert. Es gibt eine große Kluft, die daher rührt, dass die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung nicht lesen und schreiben kann. Damit wird der Kontinent eher zum Konsumenten von Streams als zum Produzenten im Internet. Wir können diese Situation ändern, weil wir auf dem afrikanischen Kontinent ein reiches Erbe haben, das wir der Welt anbieten können, medizinisches Wissen, das wir teilen können, und eine Jugend in den Städten und Dörfern, die süchtig nach sozialen Netzwerken ist. Was fehlt, ist der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Internetverbindung zu geringen Kosten und eine massive Elektrifizierung, um Dörfer und Vororte mit elektrischer Infrastruktur zu versorgen. Ebenso brauchen junge Leute mehr Bildungszugänge und Projekte, die das gesprochene und geschriebene Wort durch digitale Technologie verbinden. Fortbildungen in öffentlichem Sprechen, Schauspielerei, Online-Training, die Einrichtung von Hörspielproduktions- und audiovisuellen Schnittstudios sind Wege, die erkundet werden müssen. Ohne zu vergessen, dass Afrika sich selbst mit den Mitteln ausstatten muss, um seine Kinderreime und Zeichentrickgeschichten online zu stellen. Wobei die ursprüngliche Vorstellungskraft respektiert werden muss, um negative oder sogar manchmal rassistische Klischees zu vermeiden.

Vielen Dank.

Massamba Guèye ist Wissenschaftler, Schriftsteller, Erzähler, Lyriker und Literaturkritiker aus dem Senegal. Er ist unter anderem Gründer von »Kër Leyti, dem Haus für Oralität und Kulturerbe«, einem Zentrum für die Pflege der mündlichen Überlieferung und des kulturellen Erbes. Stefanie Kastner arbeitet für das Goethe-Institut. Seit 2017 ist sie Leiterin Information mit Regionalauftrag für Subsahara Afrika in Johannesburg

GOETHES WELT

In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut veröffentlicht Politik & Kultur in jeder Ausgabe einen Beitrag aus einem afrikanischen Land zu spezifischen Aspekten der Kulturszenen vor Ort.

Die AKBP ist ein multipolares Geflecht

Einige Gedanken zur Verschmelzung von Innen und Außen in der Kulturpolitik und zur Rolle des Goethe-Instituts

JOHANNES EBERT

»Alles hängt mit allem zusammen.« Nie war Alexander von Humboldts berühmtes Diktum offensichtlicher als heute: Wenn in Brasilien der Regenwald brennt, wirkt das auf das Klima weltweit. Als in Syrien der Krieg begann, flohen Millionen von Menschen: in die Nachbarländer, nach Europa, in die USA. Als sich auf einem Markt in Wuhan ein Mensch mit einem Virus infizierte, war sechs Monate später die ganze Welt betroffen.

Auch wenn die Autokraten dieser Welt die nationalen Grenzen hochziehen wollen, ist angesichts der globalen Verflechtung aller Lebensbereiche das Vergebliche solcher häufig konfrontativen Maßnahmen doch offensichtlich. Folgerichtig wird auch in der Kulturpolitik seit Längerem darüber diskutiert, wie diese zu gestalten sei, wenn die Grenzen zwischen Innen und Außen immer mehr aufgehoben werden. Diese Frage ist auch deshalb wichtig, weil Kultur Abbild und Reflexionsraum der realen Welt ebenso wie Gestaltungskraft für eine vielschichtige Zukunft ist – schließlich bietet sie den Freiraum für offenes Denken und globalen Austausch über Grenzen hinweg.

Deutschland ist international orientiert und in globale Zusammenhänge eingebunden. Die deutsche Gesellschaft ist aufgrund von Arbeits- und Bildungsmigration oder auch krisenbedingter Fluchtbewegungen von hoher Diversität geprägt. Daneben stehen globale Entwicklungen, die sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten beschleunigt haben und weltweit wirken: Gerade seit 1989 ist die Welt ein multipolares Gebilde mit unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen geworden, die selbstbewusst – China sei hier beispielhaft genannt – nebeneinanderstehen. Themen wie Ökologie, Migration oder soziale Ungleichheit lassen sich nicht mehr innerhalb nationaler Grenzen regeln, sondern erfordern weiträumige Ansätze. Die Kolonialismus-Debatte hat ein Feld internationaler Herausforderungen in den Fokus gerückt, das zu bearbeiten ist. Die Digitalisierung hat Grenzen im positiven Sinne aufgehoben, gleichzeitig aber auch zu einer Entgrenzung mit bisweilen bedrohlichen Folgen geführt. Die Zuwanderung von Geflüchteten hat zu einer weiteren Internationalisierung Deutschlands beigetragen. Gewandert sind nicht nur Menschen, sondern auch Erinnerungskulturen, Narrative und Wertehaltungen. Mit ihnen müssen wir uns auseinandersetzen und gemeinsam lernen, ebenso wie die Ankommenden sich mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft auseinandersetzen müssen, um Teil unseres freiheitlich-demokratischen Staatswesens zu sein. Auf weitere Zuwanderung, insbesondere von Fachkräften, werden wir für viele Jahre angewiesen sein, wenn wir Sozialsysteme und Wirtschaftskraft stabil halten wollen.

Für Institutionen wie das Goethe-Institut, das seit fast 70 Jahren im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland den internationalen Kulturaustausch mitgestaltet, besteht die große Verantwortung darin, Menschen weltweit in den Bereichen Kultur und Bildung zu vernetzen, um globale Solidarität und Verständigung zu fördern und damit einen Beitrag zu einem gedeihlichen Zusammenleben zu leisten. Diese Verantwortung ist angesichts der eingangs beschriebenen Entwicklungen in den vergangenen Jahren gewachsen und braucht jetzt neue Weichenstellungen. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands ist bisher von zwei Schritten geprägt, die sich deutlich auch in der Veränderung des Goethe-Instituts widerspiegeln. Sie müssen nun um einen dritten Schritt erweitert werden: In den frühen Jahren der Bundesrepublik ging es zunächst darum, von Deutschland aus die neue demokratische Kultur und Gesellschaft vorzustellen und in der Staatengemeinschaft zu verankern. In der Begegnung mit anderen Ländern und Kulturen entstand in einem zweiten Schritt der Anspruch, aus dieser Einbahnstraße eine Zweibahnstraße zu machen, also den Kulturaustausch von außen nach innen zu verstärken. Die Gründung des Goethe-Forums, das ab den 1990er Jahren für zehn Jahre Bestand hatte und die zunehmende Organisation internationaler Veranstaltungen in Deutschland sind nur ein Ausdruck dieser konzeptionellen Erweiterung neben vielen anderen. Die Zweibahnstraße des öffentlich geförderten Kulturaustausches mit der Welt hatte nach außen immer den Anspruch, Autobahn zu sein, in die Gegenrichtung hat sie sich in den vergangenen Jahrzehnten immerhin zu einer Landstraße entwickelt. Angesichts der Globalisierung und der damit verbundenen Aufhebung von Innen und Außen hat das Bild der Zweibahnstraße zwei Schwächen: Sie verbindet nur zwei Orte und sie führt nur in zwei Richtungen.

In dieser neuen multipolaren Welt brauchen wir deshalb als dritten Schritt ein neues kulturpolitisches Denkmodell, das multipolar ist. Das zeitgemäße Modell der Kultur- und Bildungspolitik in Zeiten der Globalisierung ist deshalb eher ein multidimensionales Geflecht. Es besteht aus einer scheinbar unendlichen Zahl von kulturellen Akteuren, die durch unendlich viele Wege, Synapsen und sich verästelnde Verbindungen verknüpft sind. Je stärker, zahlreicher und offener diese Kanäle, desto wirksamer sind die Impulse und die Nachhaltigkeit der internationalen Verständigung, die wir für globalen Austausch und Stabilität brauchen.

Aus diesem multidimensionalen Modell lässt sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik weiterentwickeln. Das Goethe-Institut hat – wie auch andere Mittlerorganisationen der AKBP in Deutschland und anderen Ländern – in diesem System die Funktion eines Verteilers und Ermöglichers. Diese Verteilerstation mit ihrem weltweiten Netzwerk gibt Impulse in alle Richtungen. Sie entdeckt neue Strömungen und Entwicklungen an der einen Stelle, nimmt sie auf und gibt sie über die weitverzweigten Verbindungen im multidimensionalen Netzwerk an möglichst viele Punkte weiter – immer mit ihrem grundlegenden Ziel, Zugänge zu erweitern und so zu einer globalen Verständigung beizutragen. Das Institut unterstützt Akteure aus Deutschland dabei, die sich ebenfalls in den vergangenen Jahren zusehends internationalisiert haben, noch gezielter in dieses Netz hineinzuwirken und die Synapsen optimal zu nutzen – nicht im Sinne von Einbahn- oder Zweibahnstraßen, sondern als Teil eines Geflechts, das in lokalem Wissen und lokalen Kooperationen wurzelt, diese aber um ein Vielfaches erweitert.

Dieses System hat jedoch einen blinden Fleck: Die Verteilerstation Goethe-Institut wirkt zwar in die ganze Welt und auch zwischen vielen Orten weltweit. Gedanklich weiterhin dem historischen Modell der Einbahnstraße verbunden, nutzt sie dieses Potenzial vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen der Globalisierung aber in zu geringem Maße im Inland. Hier gilt es, gemeinsam mit Kulturpartnern in Deutschland, aber auch den zwölf deutschen Goethe-Instituten als Teil des weltweiten Instituts-Netzwerks neue Impulse zu setzen. Diese können das Lernen von anderen Ländern ermöglichen und damit Prozesse in gesellschaftlichen Bereichen voranbringen, die von der zunehmenden Diversität und Internationalität Deutschlands betroffen sind. Sie können hierzulande das Verständnis von anderen Gesellschaften erhöhen und zum Gelingen der Diversität ebenso beitragen wie zum Erfolg Deutschlands in internationalen Kontexten. Will man das volle Potenzial der Verteilerstation Goethe-Institut ausnutzen, braucht das Goethe-Institut deshalb eine Ausweitung des politischen Mandats, auch in Deutschland wirksam zu werden und erste erfolgreiche Ansätze der Arbeit hier weiter auszubauen. Konkret sind es drei Felder, zu denen das Goethe-Institut einen Beitrag leisten kann:

1. Globale Debatten

Die Programme des Goethe-Instituts, die durch Beiträge und Stimmen aus dem Ausland deutsche Debatten internationalisieren, müssen ausgebaut werden. Denn nur, wenn wir die Sichtweisen und aktuellen Diskussionen anderer Gesellschaften wahrnehmen, können wir in einen Dialog treten, unsere eigenen Werte verorten und gemeinsam lernen. Solche Programme fördern zudem die Anerkennung und Teilhabe von Menschen mit internationaler Geschichte und Herkunft in unseren eigenen Gesellschaften, indem sie Hintergründe der Ursprungsgesellschaften zugänglich machen. Aus den Projekten des Goethe-Instituts, die in den vergangenen Jahren in Deutschland zu Themen wie europäische Nachbarschaft, Diversität, Kolonialismus und anderen stattgefunden haben, sei beispielhaft das »Kultursymposium Weimar« genannt. Es hat 2016 und 2019 zu den Themen »Teilen und Tauschen« und »Die Route wird neu berechnet« globale Stimmen aus dem Netzwerk des Goethe-Instituts an einem Ort in Deutschland versammelt. 2021 behandelt das Kultursymposium Weimar das Thema »Generationen«. Darüber hinaus muss es uns gelingen, mit solchen Angeboten nicht nur in Berlin, München, Hamburg und anderen Orten präsent zu sein, die über starke Kultureinrichtungen verfügen – sondern auch in mittleren Städten bis hin zu Kultur- und Bildungseinrichtungen in Orten der Peripherie. Die digitalen Chancen, die sich in der Coronakrise für die Reichweite von Programmen gezeigt haben, sind hier stärker zu nutzen.

2. Internationale kulturelle Bildung

Dieser Ansatz ließe sich vertiefen, indem man internationale kulturelle Bildungsangebote in Deutschland schafft und ausbaut. Zahlreiche hervorragende Akteure der kulturellen Bildung tragen dazu bei, die Kohäsion zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu verstärken. Das Goethe-Institut kann diese Arbeit bereichern und einen Beitrag leisten, der sich aus seiner internationalen Aufstellung und seiner Erfahrung in der transkulturellen Zusammenarbeit speist. So legt das Goethe-Institut Programme weltweit zur kulturellen und gesellschaftlichen Bildung auf: Etwa »Respekt«, eine große EU-geförderte Initiative in Russland, bei der europäische Comic-Künstlerinnen und -Künstler mit ihren Geschichten an Schulen für Toleranz werben. Oder das Projekt »Carte Blanche«, in dem auf dem Höhepunkt der Diskussion um Geflüchtete drei arabische Goethe-Institute einen Monat in drei Städten Mittelosteuropas Kulturprogramme organisierten und so einen positiven Zugang zur arabischen Gesellschaft ermöglichten. Solche Programme können auch für die deutsche Gesellschaft fruchtbar sein. Viele der Menschen, die in Deutschland ankommen, stammen aus Gemeinschaften, mit denen die Goethe-Institute im Ausland arbeiten. Angebote, die in den Erfahrungen dieser internationalen kulturellen Bildungsarbeit gründen, können die Ankommenden dabei unterstützen, gesellschaftliche Teilhabe zu erlangen. Konkret ist es das Ziel, das Netzwerk der zwölf Goethe-Institute in Deutschland über seine Deutsch-Angebote hinaus in Kooperation mit vielen anderen Akteuren zu Orten der transkulturellen Begegnung und Weiterbildung zu machen. Es ist deshalb ein wichtiger Schritt, dass das Konzept der »Zentren für internationale kulturelle Bildung an den Goethe-Instituten in Deutschland« in den Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses gegen Rassismus und Rechtsradikalismus Aufnahme gefunden hat. Solche Zentren sollen mit Unterstützung des Auswärtigen Amts und der Beauftragten für Kultur und Medien in Dresden, Mannheim, Schwäbisch Hall, Bonn und Hamburg entstehen und in enger Kooperation mit Partnern vor Ort die kulturelle und gesellschaftliche Bildung um internationale Impulse bereichern.

Es gilt, die Vorzüge des multipolaren Netzwerks zu verdeutlichen und durch partnerschaftliche und multilaterale Programme Vertrauen zu schaffen

3. Mehrsprachigkeit und Jugendaustausch

Der wichtigste Ort, um die Diversität einer Gesellschaft einzuüben, ist die Schule. In den deutschen Lehrplänen hat sich die neue Multipolarität der Welt jedoch noch kaum niedergeschlagen. Deshalb sollte das Thema Mehrsprachigkeit stärker in den Fokus rücken. Vor allem weil Sprache einen zentralen Zugang zu Kultur und Gesellschaft darstellt. Natürlich ist Englisch ein Muss, und es ist auch wichtig, dass mit Französisch die Sprache des größten Nachbarn ihren Platz im deutschen Stundenplan hat. Aber angesichts einer multipolaren Welt sind Angebote großer Sprachen wie Chinesisch oder Russisch oder auch von Nachbarsprachen wie Polnisch oder Tschechisch unterrepräsentiert. Jugendaustauschprogramme in Europa und über Europa hinaus sind zu verstärken, wenn man der jungen Generation die Chancen und Herausforderungen einer diversen und dynamischen Welt nahebringen will. Programme, wie das jüngst von der Stiftung Mercator und dem Goethe-Institut ins Leben gerufene »Bildungsnetzwerk China« oder auch »Schulwärts«, das deutschen Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern über Praktika einen Einblick in ausländische Schulsysteme ermöglicht, sowie viele andere Programme dieser Art leisten dazu einen wichtigen Beitrag. Absolventinnen und Absolventen haben nach ihrer Rückkehr auch eine höhere Sensibilität für die Chancen der Diversität in ihrem eigenen Umfeld: Denn in deutschen Klassenzimmern sitzen – lebendiger Ausdruck dafür, dass die Grenzen zwischen Innen und Außen aufgehoben sind – Kinder ganz unterschiedlicher Herkünfte. Ein Potenzial, das in der Bildungspolitik hierzulande noch stärker wahrgenommen und genutzt werden sollte.

Die Verschmelzung von Innen und Außen in der Kulturpolitik stellt, wenn sie in positivem Sinne betrachtet und betrieben wird, eine große Chance für Deutschland dar. Denn Diversität, weltweite Interaktion und gemeinsames, gegenseitiges Lernen sind in einer global vernetzten Welt unabdinglich. Gerade die europäische Zusammenarbeit kann hier eine wichtige Rolle spielen und beispielhaft verdeutlichen, wie grenzüberschreitende und multidimensionale Kooperation in den Feldern Kultur und Bildung funktionieren kann. Auch die Frage, wie Diversität in der eigenen Institution als Chance verstanden wird, spielt bei diesen Überlegungen eine wichtige Rolle. So arbeitet das Goethe-Institut daran, das Innen und Außen durch die Aufnahme ausländischer Mitglieder auch in den eigenen Gremien stärker abzubilden, aber insbesondere auch daran, strukturelle Hindernisse für Diversität durch Selbstreflexion und Überprüfung von Arbeitsweisen und Prozessen in der eigenen Institution offenzulegen und Zugänge zu öffnen. Für die Zukunft könnte es zudem erfolgreich sein, internationale Impulse und Kontakte auch in Gremien oder bei Strategieprozessen von Kultureinrichtungen auf Länder- und kommunaler Ebene zu vermitteln, um die globalen Verbindungen der kulturellen Arbeit in Deutschland in der Fläche aktiv zu reflektieren. Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Diskussion um die immer stärkere Verschränkung von Innen und Außen nicht eine rein deutsche, von innen heraus gedachte ist. Denn das skizzierte Modell eines multipolaren Geflechts funktioniert dann am besten, wenn zwischen den Partnern möglichst wenige Hemmnisse existieren, wie sie beispielsweise eine rein nationalstaatlich orientierte Innen- und Außenkulturpolitik mit sich bringt. Es scheint jedoch, dass in vielen Ländern gerade die nationale Repräsentation und Selbstdarstellung weiterhin das Leitmotiv außenkulturpolitischer Konzepte ist. Hier gilt es, die Vorzüge des multipolaren Netzwerks zu verdeutlichen und durch partnerschaftliche und multilaterale Programme Vertrauen zu schaffen.

Johannes Ebert ist Generalsekretär des Goethe-Instituts

Der Beitrag erscheint in »Innenkulturpolitik – Außenkulturpolitik. Perspektiven gemeinsamen Handelns«, hrsg. von Ronald Grätz und Markus Hilgert, Steidl Verlag 2021, ISBN 978-3-95829-972-6.

Hollywood wittert den Big Deal

US-Studios greifen mit eigenen Plattformen den Streamingmarkt an

HELMUT HARTUNG

If the stream works, the dream works« – so war ein Panel der Consumer Electronics Show in Las Vegas dieses Jahr überschrieben. Dieser Slogan der weltweit größten Fachmesse für Unterhaltungselektronik steht für die Veränderungen in der Mediennutzung. Während die Kontakte beschränkt, Veranstaltungen abgesagt und Kinos geschlossen sind, liefert nicht mehr in erster Linie das Fernsehen die Traumwelten in die Wohnzimmer, sondern die Streamingplattformen, deren Nutzung seit Monaten stetig steigt. Zu diesem Siegeszug der Streamingdienste trägt inzwischen auch ein großes Hollywood-Studio bei. Vor genau einem Jahr hat der Mäuse-Konzern seine VoD-Plattform in Deutschland gestartet. Über 500 Filme, mehr als 350 Serien und 25 exklusive Disney+-Originals stehen bereit. Neben Animationsklassikern, Zeichentrickfilmen, Superhelden-Blockbustern der »Marvel«-Reihe und »Star Wars«-Titeln warten auch mehr als 600 Folgen der Kult-Animationsserie »Die Simpsons« auf die Abonnenten. Disney-Klassiker wie »Bambi«, »Aladdin«, »König der Löwen« oder auch »Die Eiskönigin« gelangen seitdem mit dem Griff zur Fernbedienung ins Heimkino. Ob solche Blockbuster auch weiterhin zuerst den Weg ins Kino finden und erst dann auf die eigene Plattform, lässt sich heute noch nicht sagen. Disneys 200 Millionen US-Dollar teurer Spielfilm-Remake des Trickfilmklassikers »Mulan«, ursprünglich für das Kino bestimmt, war ab September vergangenen Jahres on demand verfügbar. Zu einem Extra-Preis von 29,99 Dollar, umgerechnet rund 25 Euro, bleibt der Film so lange in der Bibliothek abrufbar, wie der Kunde ein Abo beim Streamingdienst besitzt. Nicht nur in den USA, auch in Kanada, Neuseeland, Australien und westeuropäischen Ländern wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland können Disney+-Kunden den Film sehen. Wie man hört, durchaus finanziell erfolgreich. Weitere Streaming-Premieren hat das Studio deshalb nicht ausgeschlossen. Zwei Jahre nach seinem Start in den USA hat Disney+ die Marke von 100 Millionen zahlenden Abonnenten überschritten. Noch mache Disney mit seinem Streaminggeschäft aber keinen Gewinn, sagte Disney-Boss Bob Chapek. Derzeit gehe es vor allem um schnelles Wachstum. Der Abstand auf Marktführer Netflix ist nach wie vor beträchtlich, auch die Konkurrenz hat von Corona profitiert und zählte zuletzt mehr als 200 Millionen Abonnenten.

Hollywood-Studios bedrängen Netflix & Co.

Die großen Entertainment-Konzerne aus Hollywood geben sich nicht mehr mit ihrer Rolle als Inhalte-Lieferanten für Netflix, Sky oder Fernsehsender zufrieden. Zu einflussreich sind ihnen die Streaminganbieter geworden und zu lohnend scheinen die Gewinnmargen durch den direkten Verkauf von Filmen und Serien an die Konsumenten ohne Zwischenhändler. Von den heute existierenden fünf Hollywood-Studios haben bis jetzt drei ihre eigenen Abo-Angebote bereits in Nordamerika an den Start gebracht: Walt Disney mit dem Streamingdienst Disney+, Warner, die zum AT&T-Konzern gehören, HBO Max und die Comcast-Tochter Universal mit Peacock. Viacom CBS plant mit Paramount+ ebenfalls ein eigenes Angebot; nur Sony scheint noch unentschlossen. »Die Hollywood-Studios kleckern dabei nicht, sondern klotzen«, stellt dazu die Studie »Angriff aus Hollywood!« der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und der Strategieberatung Roland Berger fest: »Sie produzieren aufwendige exklusive Inhalte wie die Star-Wars-Serie ›The Mandalorian‹, deren acht Folgen der ersten Staffel sich Disney 100 Millionen US-Dollar kosten ließ, und nehmen Abstand von sicheren Einnahmen aus der Lizenzierung ihrer Inhalte in Milliardenhöhe.« Bereits im Jahr vor dem Launch von HBO Max verzichtete etwa AT&T auf über eine Milliarde US-Dollar Lizenzgebühren seines Studios Warner Media; noch 2018 hätte Netflix allein für die Streamingrechte der Kultserie »Friends« 100 Millionen US-Dollar bezahlt, wird in der genannten Studie analysiert. Der Micky-Maus-Konzern hat angekündigt, bald auch mehr Serien und Filme für Erwachsene anzubieten, darunter das erfolgreiche Horrordrama »The Walking Dead«. Für solche Filme hat Disney+ den eigenen Kanal »Stars« eingerichtet. Hier sollen Musicals, Actionfilme, Komödien, Serienklassiker wie »Akte X«, »Grey's Anatomy« oder »Buffy« zu sehen sein. Der Streamingdienst, der bislang vor allem Trickfilme und Superhelden präsentierte, wird damit zu einer noch größeren Bedrohung für alle anderen Anbieter. Disney besitzt im Gegensatz zu Netflix bereits die Verwertungsrechte und einen großen Fundus an attraktiven Inhalten, denn zum Konzern gehören beispielsweise auch die 20th Century Studios, die seit fast 100 Jahren Filme und Serien produzieren. Disney hat bereits angekündigt, dass viele dieser Archivschätze zukünftig auf »Stars« verfügbar sein werden und das Studio wird sicher versuchen, alle Inhalte, über deren Rechte es verfügt, auch beim hauseigenen Streamingdienst zu vermarkten.

Der Wettbewerb der Streaminganbieter ist für die Kinos eine Gefahr

Die neuen Wettbewerber sind mit ihren gut gefüllten Archiven und filmischem Know-how eine Gefahr und zugleich ein Gewinn für die etablierten Streaminganbieter: Auf der einen Seite okkupieren sie Aufmerksamkeit und Zeit der Nutzer, auf der anderen Seite wird die Attraktivität des Streamings erhöht und das »Kuchenstück« vergrößert, das die Plattformen untereinander aufteilen. Es werden diejenigen siegen, analysiert die Studie »Angriff aus Hollywood!«, »die ihren Nutzern den größten Mehrwert bieten«. Netflix werde am härtesten vom »Hollywood-Effekt« getroffen. Deshalb dürfe das Unternehmen die Bedürfnisse seiner Bestandskunden nicht vernachlässigen und nicht nur auf die Sehanteile der TV-Sender schielen, wie es neue Reality- und Showformate sowie aktuelle Tests von linearen Streams suggerierten. Die Krux für den bisherigen Primus: Er hat weder einen Großhandel wie Amazon hinter sich, noch verfügt er über 100 Jahre Filmerfahrung. Wenn die Konkurrenz mit eigenen Streamingdiensten erst richtig auf Tour kommt, muss der Streamingdienst in den nächsten Jahren deutlich mehr eigene Inhalte produzieren, um die Abonnenten zu halten. Das kostet noch mehr Geld und bekanntlich hat Netflix bisher keinen Gewinn erzielt. Werden die Preise erhöht, wächst das Risiko, die Kunden zu verlieren. Trotz einer großen Marktmacht ist es unsicher, ob Netflix mit der Macht der Hollywood-Studios mithalten kann.

Doch auch für Kinobetreiber – gerade in der aktuellen schwierigen Situation – ist das Ringen der Streamingdienste eine massive Gefahr. »Die Allianz aus Kinobetreibern und Studios besteht nicht mehr wie noch vor fünf Jahren«, stellt dazu Gabriel Mohr, globaler Leiter des Medien Competence Center Arthur D. Little fest. Die Lage sei für die Kinos bedrohlich. Kinobetreiber erlebten derzeit einen perfekten Sturm. Gabriel Mohr geht davon aus, dass man Nachholeffekte sehen werde, sobald ein normaler Alltag und ein regelmäßiger Kinobesuch wieder möglich seien. Man dürfe nicht vergessen, dass das Geschäft mit großen Blockbustern für Betreiber wie Studios nach wie vor extrem lukrativ sei. Das Angebot der großen Streamingplattformen werde sicherlich die Bereitschaft senken, für mittelklassige Filme ins Kino zu gehen. Bei den großen Blockbustern sei dies anders. Die Kinos benötigten aber neue Konzepte, diese Filme auch zu vermarkten.

28 Prozent mehr Umsatz der Streamingplattformen in Deutschland

Corona hat bei der Mediennutzung für einen Digitalisierungsschub gesorgt. Sehr viel mehr Zeit verbringen die Bundesbürger mit Videostreaming. Das Nutzungsvolumen, also die Zeit, die mit gestreamten Inhalten verbracht wurde, stieg nach Angaben der AGF Videoforschung 2020 im Vergleich zu 2019 bei Zuschauern gesamt um 46 Prozent, bei Erwachsenen von 14 bis 49 Jahre um 49,2 Prozent. Die durchschnittliche Sehdauer stieg im Bereich Streaming bei Zuschauern gesamt im Vergleich zu 2019 um 45,7 Prozent, bei Erwachsenen von 14 bis 49 Jahre sogar auf knapp 52 Prozent. Die Streamingzeit hat sich pro Woche fast verdoppelt, von 3,9 Stunden vor Corona auf nun 7,1 Stunden. Dabei ist der Anteil derjenigen, die angeben, Videostreaming gar nicht zu nutzen, von 29 auf 21 Prozent gesunken. Zugleich sagen 8 Prozent, dass sie in der Corona-Zeit 20 Stunden oder mehr pro Woche Videostreaming nutzen – das sind doppelt so viele Heavy Streamer wie noch vor der Corona-Pandemie mit 4 Prozent.

Parallel mit der gestiegenen Nutzungszeit der Streamingplattformen ist auch der deutsche Markt für kostenpflichtiges Videostreaming, das sogenannte Pay-VoD, 2020 erneut deutlich gewachsen. Entsprechend positiv entwickeln sich auch die Umsätze: Nach aktuellen Analysen von Goldmedia auf Basis der VoD-Ratings.com haben die Pay-VoD-Anbieter in Deutschland 2020 einen Umsatz von 3 Milliarden Euro erwirtschaftet. 2021 wird ein weiteres Wachstum um 25 Prozent auf dann rund 3,8 Milliarden Euro erwartet.

Damit übertrifft das Umsatzvolumen von Netflix und Co. den Markt für lineare Pay-TV-Kanäle inzwischen deutlich und nähert sich immer mehr den Erlösen im deutschen Fernsehwerbemarkt.

Während die Wirtschaftsleistung in Deutschland insgesamt aufgrund der Corona-Pandemie 2020 um 5 Prozent sank, zählen die Pay-VoD-Anbieter zu den Profiteuren der Krise: Ihr Umsatz von 3 Milliarden Euro im Jahr 2020 entspricht einem Wachstum von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil haben die abonnementfinanzierten Angebote.

Ein radikaler strategischer Umschwung sieht anders aus

Die deutschen Streamingangebote, sowohl die privaten als auch die öffentlich-rechtlichen, stehen dazu im Vergleich auf verlorenem Posten. So erreichte die ARD-Mediathek 2020 durchschnittlich 10,165 Millionen Menschen pro Monat und verzeichnet damit die größte Reichweite aller Streamingportale der deutschen Fernsehsender. TVNow, die Mediathek von RTL, vermeldete 1,286 Millionen zahlende Abonnenten und hat die Zahl zum Vorjahr um 64 Prozent gesteigert. Dazu im Vergleich: Netflix hat 7,5 Millionen Abonnenten in Deutschland.

»Die deutschen TV-Häuser sind daher gut beraten, die selbst ausgerufene Streamingoffensive umfassend anzugehen – mit allem, was man braucht, um in der Gunst der Zuschauer zu bestehen«, resümiert die Studie »Angriff aus Hollywood!«. Das müsse in einer Ära, in der Hollywood-Konzerne in den deutschen Markt einsteigen und den Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der hiesigen Zuschauer weiter verschärfen, wohl deutlich mehr sein als das, was die TV-Sender bisher böten.

Dabei müssten sich die deutschen TV-Sender mit ihren Ausgaben für Content nicht vor den Schwergewichten aus Hollywood und dem Silicon Valley verstecken. So hat die RTL Group im Jahr 2019 beispielsweise weniger als 100 Millionen Euro in Inhalte für die hauseigenen Streamingplattformen investiert – ein Bruchteil der rund 3,5 Milliarden Euro, die das TV-Haus insgesamt für Content ausgegeben hat. Im Vergleich: Amazon stellt seinem Prime-Angebot 5 Milliarden Euro als Budget zur Verfügung, und die globalen Budgets aller neuen Streamingangebote aus Hollywood, einschließlich Disney+, liegen sogar – zum Teil deutlich! – darunter. Auch die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten investieren ihre 8 Milliarden Euro jährlich nach wie vor überwiegend in linear ausgestrahlte Inhalte und überlassen den globalen Plattformen weiterhin das Feld, obwohl insbesondere ARD und ZDF ganz andere Möglichkeiten hätten. »Die TV-Sender verlängern zwar ihre linear ausgestrahlten Inhalte digital, sodass Synergieeffekte entstehen«, stellt die oben genannte Studie fest. »Aber ein radikaler strategischer Umschwung sieht anders aus und würde eine sehr viel grundlegendere Umverteilung der finanziellen Ressourcen erfordern.«

FOTO: PICTURE ALLIANCE / EVERETT COLLECTION | ©DISNEY+/COURTESY EVERETT COLLECTION

Disneys Spielfilm-Remake des Trickfilmklassikers »Mulan« war ab September vergangenen Jahres on demand verfügbar

Helmut Hartung ist Chefredakteur von medienpolitik.net

»Manchmal kommen die Ämter zur Frau«

Sylvia Löhrmann im Porträt

ANDREAS KOLB

Unter dem Label »#2021JLID – Jüdisches Leben in Deutschland« werden dieses Jahr bundesweit rund tausend Veranstaltungen ausgerichtet – darunter Konzerte, Ausstellungen, Symposien, Podcasts, Video-Projekte, Theater und Filme. Ziel des Festjahres ist es, jüdisches Leben sichtbar und erlebbar zu machen und dem erstarkenden Antisemitismus etwas entgegenzusetzen. Die Generalsekretärin des Vereins »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« ist keine Unbekannte: Sylvia Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen-Politikerin der ersten Stunde, ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen und Ministerin für Schule und Weiterbildung, hat sich bereits im Rahmen ihrer KMK-Präsidentschaft für Erinnerungskultur engagiert. Die neue Aufgabe als Generalsekretärin war nicht geplant. Aber: »Manchmal kommen die Ämter eben auch zur Frau«, lacht sie. »Bei diesem Angebot konnte ich nicht widerstehen und habe sofort zugesagt.«

Am 11. Dezember 321 n. Chr. hatte der römische Kaiser Konstantin ein Edikt erlassen, das festlegte, dass Juden Ämter in der Stadtverwaltung Kölns bekleiden dürfen. Dieses Gesetz belegt, dass jüdische Gemeinden bereits seit der Spätantike wichtiger integrativer Bestandteil der europäischen Kultur sind. Eine frühmittelalterliche Handschrift dieses Dokuments befindet sich heute im Vatikan und ist Zeugnis dieser mehr als 1.700 Jahre alten jüdischen Geschichte. Generalsekretärin Löhrmann legt Wert darauf, dass #2021JLID keinesfalls den Charakter eines weiteren Gedenkdatums bekommen soll, etwa neben dem 27. Januar und dem 9. November: »Die Shoah als größtes Menschheitsverbrechen bleibt Teil und Auftrag der deutschen DNA. Selbstverständlich gilt weiterhin das ›Nie wieder‹.« Trotzdem sei gerade aus der jüdischen Szene der Wunsch formuliert worden: »Wir wollen nicht nur auf diese zwölf Jahre schauen. Das Judentum ist für Deutschland viel mehr, wir wollen zeigen und würdigen, welche bedeutsamen Spuren jüdische Kultur und jüdisches Leben in diesen 1.700 Jahren hinterlassen hat.« »Das Judentum ist konstitutiv für Deutschland«, bekräftigt Löhrmann.

Als deutsch-jüdische Initiative möchte der Verein unter anderem in Zusammenarbeit mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland ein Angebot für die gesamte Gesellschaft ausgestalten und mit dem Festjahr eine Plattform zum Mitmachen bieten. »Das ist der Auftrag, den der Verein sich gegeben hat und den wir jetzt durch vielfältigste Projekte mit Leben füllen«, so Löhrmann. Die Publizistin Marina Weisband bringt die Idee von #2021JLID in dem Buch »Wir sind da!« von Uwe von Seltmanns zum Festjahr auf den Punkt: »Ich will nicht mehr Erinnerung an jüdisches Leben in Deutschland. Ich will mehr jüdisches Leben in Deutschland.«

Bevor Sylvia Löhrmann die Politik zu ihrem Hauptberuf machte, war sie – nach einem Englisch- und Deutschstudium für das Lehramt an der Ruhr-Universität Bochum – seit 1982 Referendarin an verschiedenen Duisburger Schulen. Von 1984 bis 1995 wirkte sie als Lehrerin an der Städtischen Gesamtschule Solingen und war unter anderem Vorsitzende des Lehrerrates und Mitglied der erweiterten Schulleitung. Wenn man von heute aus auf ihre damalige Berufswahl schaut, dann war »Lehramt« Anfang der 1980er Jahre keineswegs eine »sichere Bank«. Damals war ein Lehramtsstudium eine Investition in eine unsichere Zukunft, es gab Zulassungsbeschränkungen und lange Wartelisten für wenige Lehrerstellen. Löhrmann erinnert sich: »Ich wollte eigentlich Dolmetscherin oder Lektorin werden und nach Skandinavien auswandern.« Bei ersten Praxiserfahrungen in der Schule habe es dann aber so »gut gefunkt« zwischen den jungen Menschen und ihr, dass sie ihre Pläne geändert habe.

»Kinder und Jugendliche beim ganzheitlichen Lernen zu begleiten, damit sie als starke Persönlichkeiten ihren Weg in ihr weiteres Leben finden, das ist wirklich eine ganz, ganz spannende Aufgabe. Von Anfang an hat die Frage der kulturellen Bildung dabei für mich eine große Rolle gespielt. Im Grunde liegt die intensive Auseinandersetzung mit dem Judentum auch an der guten Schulbildung, die ich selbst in Essen erfahren habe. Wir hatten eine ganz tolle Geschichtslehrerin: Sie ist mit uns in Klasse 10 – das war damals eine Seltenheit – in die Essener Synagoge gegangen, als die Themen ›Drittes Reich und Nationalsozialismus‹ auf dem Lehrplan standen. Kürzlich war ich während der Online-Eröffnung der Ausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland zum Festjahr wieder in genau dieser Synagoge. Ein schöner Erinnerungsmoment! Das Thema hat mich seither nicht mehr losgelassen: nicht als Lehrerin, nicht als Politikerin – und so schließt sich mit meiner jetzigen Aufgabe der Kreis.«

Der Gefahr, dass die pädagogische Leidenschaft in Unterrichtsroutine umschlägt, wenn man Jahr für Jahr den gleichen Stoff mit der gleichen Altersgruppe behandelt, ist Löhrmann dadurch entgangen, dass sie sich früh einer weiteren Leidenschaft widmete: der Politik.

1989 kandidierte sie erstmals für den Solinger Stadtrat und gestaltete auf kommunaler Ebene eine rot-grüne Zusammenarbeit. Womöglich die Blaupause für ihr späteres Wirken in den rot–grünen Koalitionen mit den Ministerpräsidenten Johannes Rau, Wolfgang Clement, Peer Steinbrück und zuletzt als stellvertretende Ministerpräsidentin im Kabinett von Hannelore Kraft. 22 Jahre hat Löhrmann inzwischen hauptamtlich auf Landesebene Politik gemacht. Sie engagierte sich vor allem in der Frauen- und Kommunalpolitik, in der Integrations- und der Bildungspolitik; sie war Fraktionssprecherin und Fraktionsvorsitzende – die Vielfalt dieser Ämter und Interessen ermöglichten es ihr, das gesellschaftliche Ganze nie aus dem Blick zu verlieren. Nach ihrem Rückzug aus der hauptberuflichen politischen Arbeit verfolgt sie das Superwahljahr 2021 vergleichsweise entspannt, auch wenn sie bei den konkreten Wahlterminen »natürlich mitfiebere«.

Sylvia Löhrmanns neu geweckte Leidenschaft ist das Gärtnern. Ohne einen Koalitionspartner fragen zu müssen oder den Finanzminister, kann sie in ihrem Garten schalten und walten, wie sie möchte. Sie kann zusehen, wie das Leben immer wieder neu entsteht und gedeiht. Gefragt nach dem Sinn des Lebens, wird Sylvia Löhrmann nachdenklich: »Es gibt einen Wunsch und ein Bedürfnis nach Spiritualität und nach der Antwort auf die Frage: ›Woher kommen wir und was macht diese Welt aus, diese Schöpfung und diese Erde, die wir bewahren müssen‹.« Man spürt, dass die Wurzeln ihres politischen Engagements auch in ihrer katholischen Erziehung liegen – Löhrmann besuchte wie ihre Schwester das katholische Mädchengymnasium Beatae Mariae Virgines (B.M.V.) in Essen. Zur Krise der Kirche sagt sie: »Das treibt mich um. Dabei denke ich dann auch an die wichtige Rolle, die die Kirche z. B. in der Flüchtlingspolitik spielt. Da ist auf die Kirchen Verlass, weil sie nicht ausgrenzen, weil sie nicht gesagt haben, das Boot ist voll. Ich erinnere mich auch an den Absturz der Germanwings-Maschine im Jahr 2015, als 16 Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrerinnen des Joseph-König-Gymnasiums in Haltern am See zu den Opfern gehörten. Obwohl sicher ein Teil der Eltern und der Schulgemeinde nicht konfessionell gebunden war, haben Kirche und Glaube den Trauernden Halt gegeben. Das war in den Gottesdiensten spürbar. Aber die Institution Kirche ist gefordert, sich zu verändern, das ist der entscheidende Punkt.«

Fehlt nur noch, dass Sylvia Löhrmann ein Ehrenamt bei Maria 2.0 übernimmt. »Man kann nicht alles machen«, sagt sie augenzwinkernd. »Aber der Gedanke, ich könnte dabei sein, ist durchaus nachvollziehbar.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

FOTO: KÜRZEL #2021JLID

Sylvia Löhrmann ist Generalsekretärin des Vereins »1.700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland«

Kunstfreiheit im Fadenkreuz von Macht und Moral

Von Gatekeepern, Kunstrichtertum und notwendigen Veränderungen

SUSANNE KEUCHEL

Auf dem Integrationsgipfel fragte die Bundeskanzlerin den Schauspieler Tyron Ricketts, Wahl-Berliner und Sohn einer Österreicherin und eines Jamaikaners, ob er denn nun endlich einmal die Rolle eines Bürgermeisters spielen durfte? Die Frage knüpfte an Machtrealitäten in deutschen Filmdrehbüchern an. So gab es eine Zeit, wo Frauen auf der Bühne keine Frauen, People of Colour keine People of Colour spielen durften. Und auch heute ist es beispielsweise gängige Praxis, dass Menschen mit Behinderung in Filmen in der Regel von Menschen ohne Behinderung gespielt werden. So sind Film und Schauspiel ein Spiegel der Machtverhältnisse unserer Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, solche Machtverhältnisse zu hinterfragen – und hier nicht nur bezogen auf Fiktion, sondern zugleich bezogen auf öffentliche Förderstrukturen.
Dies ist jedoch gar nicht so einfach, denn gemäß der Kunstfreiheit, ist nicht der Staat für das »Kunstrichtertum« verantwortlich. Entscheidungen über Sichtbarkeit und damit auch Zugänge zu öffentlicher Kulturförderung werden fachlich professionell von entsprechenden Organisationen, wie öffentlicher Rundfunk, Museen oder Theatern entschieden. Kritiker verweisen dabei zu Recht auf die aktuell sehr einseitige Repräsentanz spezifischer Bevölkerungsgruppen innerhalb dieser Gatekeeper-Gruppen hin, die nicht die Heterogenität des gesellschaftlichen Wandels abbilden. Und Änderungsprozesse können lange dauern, das hat die Frauenbewegung gezeigt. Selbst heute, wo mehr Frauen als Männer in den Kulturwissenschaften studieren, sind Entscheiderstrukturen, wie Professuren, Direktionen etc. immer noch eher männlich statt weiblich besetzt. Kaum repräsentiert sind dabei People of Colour. Entsprechend gibt es Ungeduld und den Versuch, schon jetzt eine Umverteilung von Macht in Angriff zu nehmen und dabei auch bestehende Fachstrukturen in Frage zu stellen!
Und ja, auch fachliche Perspektiven können Ungleichheiten verfestigen, wie die Postkolonialismus-Debatte zeigt! Wenn in unseren Geschichtsbüchern von der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus gesprochen wird, wird vollkommen ausgeblendet, dass dort schon vor Kolumbus Menschen lebten und damit auch die Rechte der Ureinwohner. In der Tat: Kunst und kulturelles Erbe stecken voller Interpretationsspielräume. Daher ist es wichtig, dahinterstehende Machtkonstellationen aufzudecken. Kritisch wird es jedoch, wenn aufgrund eines

bestehenden Unrechts mit Verweis auf moralische Machtansprüche Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit eingeschränkt werden. Ist es nicht ebenso ein Unrecht, wie Tyron Ricketts spezielle Rollen zu verwehren, einem weißhäutigen Soziologen aufgrund seiner Herkunft das Recht auf eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration und Diversität an einer Hochschule oder der niederländischen Übersetzerin Marieke Lucas Rijneveld das Recht auf Übersetzung eines Gedichts von Amanda Gorman zu verwehren?
Die Künste ermöglichen in ihrer schöpferischen und gestalterischen Auseinandersetzung mit Natur und Welt Perspektivwechsel und Interpretationsmöglichkeiten jenseits naturgegebener Grenzen, hier auch die von Geschlecht, Herkunft oder Beeinträchtigungen. So betont der Künstler Farhad Moshiri: »Mehrdeutigkeit ist die stärkste Waffe, die wir Künstler haben«. Oder mit den Worten von Goethe: »Die Kunst ist eine Vermittlerin des Unaussprechlichen.« Wäre es nicht fatal, wenn wir uns diese Waffe nehmen ließen bzw. dem Unaussprechlichen im Vorfeld Grenzen setzen? Müssen nicht im Gegenteil diese Grenzen offen sein, damit in künftigen Filmen eine weiße Schauspielerin eine Imanin, ein Schauspieler mit Behinderung einen Othello und Tyron Ricketts einen deutschen Bundeskanzler spielen kann?

Susanne Keuchel ist Präsidentin des Deutschen Kulturrates

Die Rote Liste 2.0

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, wurden bis zur Ausgabe 2/2018 sechs Jahre lang in jeder Ausgabe von Politik & Kultur gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt. Ziel der Roten Liste war es stets, auf den Wert einzelner Kultureinrichtungen und Initiativen hinzuweisen. Zuletzt hatte sich die Situation der Kultureinrichtungen zum Positiven gewandelt – die gesamtdeutsche Kulturlandschaft blühte, daher wurde die Rote Liste 2018 eingestellt. Ein Erfolg für die Kultur!

Doch dann kam im Frühjahr 2020 die Corona-Pandemie. Heute sind wieder zahlreiche Kulturinstitutionen, -vereine und -programme bedroht. Daher führt Politik & Kultur »Die Rote Liste 2.0« in Analogie zur ursprünglichen Roten Liste wieder ein – mit der Änderung, dass auf ihr unmittelbar durch Corona bedrohte Kulturinstitutionen aufgenommen werden kann.

Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

art KARLSRUHE, BADEN-WÜRTTEMBERG

- Gründung: 2004
- Tätigkeitsfeld: Kunstmesse
- Finanzierung: Eintrittseinnahmen und Ausstellungsgebühren
- Homepage: art-karlsruhe.de

FOTO: MESSE KARLSRUHE / JÜRGEN RÖSNER

3

Im letzten Jahr zählte die art KARLSRUHE, die rund 50.000 Messebesuchern jährlich ein umfangreiches Angebot von der Klassischen Moderne bis zur Gegenwartskunst bietet, zu den wenigen vor der Corona-Pandemie stattgefundenen Kunstmessen. Grund war ihr traditioneller Termin im Februar, bei dem über 200 internationale Galerien ihr Programm präsentieren. 2021 wurde die Kunstmesse bereits in Voraussicht auf den Mai verschoben. Im P&K-Interview in der Ausgabe 12/20-01/21 war Kurator Ewald Karl Schrade noch zuversichtlich: »Wir haben uns entschlossen, den Mai zu nehmen – zwischen der Art Cologne, die nächstes Jahr im April stattfinden wird, und der Art Basel im Juni – damit haben wir einen schönen Platz gefunden.«

Anfang März folgte dann aber die Entscheidung zur finalen Absage für dieses Jahr. Aufgrund der fehlenden Öffnungsperspektive für das Messe- und Veranstaltungswesen und der mangelnden Planungssicherheit sah sich die Messe Karlsruhe dazu gezwungen. Alternativ sollen im Mai neue digitale Formate erprobt werden. Die nächste art KARLSRUHE ist für Februar 2022 in Planung.

LEIPZIGER BUCHMESSE, SACHSEN

- Gründung: 17. Jahrhundert
- Tätigkeitsfeld: Messe
- Finanzierung: Eintrittseinnahmen und Ausstellungsgebühren
- Homepage: leipziger-buchmesse.de

FOTO: TOM SCHULZE

3

Als wichtigster Frühjahrstreff der Buch- und Medienbranche aus der ganzen Welt gilt die Leipziger Buchmesse. Als eine der ersten Kulturgroßveranstaltungen musste sie bereits im letzten Jahr kurzfristig ausfallen. Ebenso wie das im Verbund stattfindende Lesefest »Leipzig liest« und die Manga-Comic-Con.

Für 2021 war die Leipziger Buchmesse optimistisch als Präsenzmesse geplant. Allerdings nicht an ihrem traditionellen Termin Mitte März, sondern vom 27. bis 30. Mai 2021. Bereits im Januar teilten die Verantwortlichen aber mit, dass die pandemische Entwicklung und die damit verbundenen Sicherheitsmaßnahmen sowie Reisebeschränkungen eine weitere Planung für alle Beteiligten unmöglich machen.

Geplant sind stattdessen Live-Lesungen und Verlagspräsentation im digitalen Raum – insofern die Inzidenzen es zulassen, ggf. auch an ausgewählten Orten in Leipzig. So soll trotz aller Einschränkungen Sichtbarkeit erzeugt werden. Als Präsenzveranstaltung mit Publikum soll auch die Verleihung des Leipziger Buchpreises zur europäischen Verständigung und der Preis der Leipziger Buchmesse geplant werden.

ROCK AM RING UND ROCK IM PARK, RHEINLAND-PFALZ UND BAYERN

- Gründung: 1985 & 1993
- Tätigkeitsfeld: Konzerte • Finanzierung: Eintrittseinnahmen
- Homepage: rock-am-ring.com, rock-im-park.com

FOTO: ROCK AM RING

3

Jährlich im Sommer kommen Tausende Rockmusikfans zum in der Szene traditionsreichen Festival Rock am Ring zusammen, das seit 1985 am Nürburgring in der Nähe der Stadt Adenau in der Eifel stattfindet. Am zweiten Juni-Wochenende 2021 sollten Headliner wie Green Day, System Of A Down und Volbeat live für die Fans spielen. Seit 1993 findet zeitgleich des Zwillingsfestival Rock im Park in Nürnberg statt, das ein nahezu identisches Line-up von Bands und Künstlern hat. Zuletzt kamen 2019 mehr als 150.000 Besucher zu beiden Open-Air-Festivals zusammen. Hinter den Festivals steht der deutsche Konzertveranstalter Marek Lieberberg. Nach dem bereits im letzten Jahr beide Freiluftveranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen mussten, folgte nun Mitte März die erneute Absage für 2021. Neben Rock am Ring und Rock am Park fallen weitere Rockmusikfestivals in diesem Sommer wiederholt aus. Nicht nur für die Festivalveranstalter, sondern auch für den Nürburgring als einen der beiden Veranstaltungsorte bedeute das einen enormen wirtschaftlichen Verlust.

SONNEMONDSTERNE, THÜRINGEN

- Gründung: 1997
- Tätigkeitsfeld: Konzerte
- Finanzierung: Eintrittseinnahmen
- Homepage: sonnemondsterne.de

FOTO: SONNEMONDSTERNE

3

»Alle Gedankenspiele zu Abstandsregeln, Schutzmaßnahmen und Ausschankverboten lassen sich einfach nicht mit dem Spirit eines Open-Air-Festivals in Einklang bringen und würden unserem SonneMondSterne im Kern nicht gerecht. Wenn wir uns mit Freunden treffen, um ein paar Tage ausgelassen zu feiern und zusammen gute Musik zu erleben, dann geht das nur ohne strenge Auflagen und Zwang«, kommentieren die Veranstalter von SonneMondSterne die Verschiebung des international berühmten Techno-Festivals auf das Jahr 2022. Vor Pandemiebeginn kamen jährlich im August an der thüringischen Bleilochtalsperre bei Saalburg-Ebersdorf Freunde der elektronischen Tanzmusik zusammen, denn das SMS – so kurz genannt – ist eines der größten Festivals der Szene. Hier legten schon vor bis zu 20.000 Besuchern Stars auf wie WestBam, Kraftwerk, David Guetta, Sven Väth und Felix Jaen. Die Stadtverwaltung bezeichnete die Absage als »herben Verlust«: Es werde mit rund 150.000 Euro weniger Einnahmen in den Stadtkassen gerechnet.

BISHER VORGESTELLTE GEFÄHRDETE INSTITUTIONEN

Institution, Bundesland	Aktuelle Gefährdung	( ) = bei Erstaufnahme
Bayerische Kammerphilharmonie, Bayern	3	(2)
Deutsches Kammerorchester, Berlin	3	(1)
Mahler Chamber Orchestra, Berlin	2	(2)
Berliner Unterwelten, Berlin	2	(2)
Kammeroper Köln, NRW	2	(1)
Mach mit! Museum für Kinder gGmbH, Berlin	2	(1)
Gretchen, Berlin	1	(1)
Theater Lindenhof, Baden-Württemberg	3	(3)

Die vollständige Liste finden Sie unter www.kulturrat.de/rote-liste-kultur

INFO

Die hier aufgeführten Festivals und Messen stellen eine subjektive Auswahl der Redaktion von Politik & Kultur dar. Neben den genannten fallen weitere zahlreiche Kulturgroßereignisse zum Teil im zweiten Jahr infolge als Präsenzveranstaltungen aus. Dazu zählen unter anderem auch die Festivals Hurricane, Southside, MDR-Sputnik-Spring-Break, Melt und andere. Auch zahlreiche Filmfestivals wie die Berlinale mussten umdisponieren. Die Mehrheit der Messen findet in 2021 ebenfalls nicht in der bekannten Art und Weise als Großveranstaltung in Präsenz statt, sondern plant reduzierte digitale Angebote. Politik & Kultur stuft daher die getroffene Auswahl in der Kategorie 3 »Vorwarnliste« ein. Denn es besteht die Sorge, dass zahlreiche Festivals und Messen in Zukunft nicht mehr in etablierter Form und bekanntem Umfang stattfinden können. Offen und dringend bleibt nach wiederholten Ausfällen von Kulturgroßveranstaltungen auch die Frage nach der künftigen finanziellen Absicherung.

ZUR PERSON ...

Odile Limpach ist Jury-Vorsitzende des Deutschen Computerspielpreises
Die Professorin für Economics and Entrepreneurship an der TH Köln, Odile Limpach, wurde als Juryvorsitzende des Deutschen Computerspielpreises berufen. Sie sitzt nun der 35-köpfigen und hochkarätig besetzten Hauptjury des wichtigsten Preises für Computer- und Videospiele aus Deutschland vor. Die gebürtige Französin folgt auf Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Auf Einladung der Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, wurden bei der Hauptjurysitzung am 18. März 2021 die Gewinner ausgewählt. Die Bekanntgabe der Preisträgerinnen und Preisträger erfolgt im Rahmen der digitalen DCP-Gala am 13. April 2021.

Neue mabb-Direktorin Eva Flecken tritt Amt an
Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) hat seit dem 15. März eine neue Direktorin: Eva Flecken. In ihrem Amt will sie neue Impulse im Bereich der Medienregulierung und in der Medienpolitik setzen. Zuletzt leitete Eva Flecken in der Funktion Vice President die Bereiche Regulierung und Jugendschutz sowie Politik für die DACH-Region bei Sky Deutschland. Allerdings ist sie bei der mabb auch keine Unbekannte: Sie verantwortete dort bis 2014 die Bereiche Digitale Projekte, Netz- und Medienpolitik. Zuvor arbeitete sie als Referentin für Plattformregulierung und Medienpolitik in der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Landesmedienanstalten.

Beate Gilles wird neue Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz
Auf der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz wurde neu gewählt: Beate Gilles folgt als Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz und Geschäftsführerin des Verbandes der Diözesen Deutschlands (VDD) auf Hans Langendörfer, der Anfang Januar 2021 nach 24 Jahren in den Ruhestand getreten war. Die Theologin wird ihr Amt am 1. Juli 2021 antreten. Seit 2010 ist sie Dezernentin für Kinder, Jugend und Familie im Bistum Limburg. Außerdem engagiert sie sich seit 2020 als ehrenamtliche Bundesvorsitzende von IN VIA Deutschland, dem katholischen Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit. Seit diesem Jahr ist sie außerdem Beauftragte der hessischen Bistümer im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks.

Neue Leitungen für Staatsbibliothek und Staatliches Institut für Musikforschung
Der derzeitige Generaldirektor der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden Achim Bonte wird neuer Generaldirektor der Staatsbibliothek zu Berlin. Dies hat der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz am 24. März einstimmig entschieden. Bonte folgt auf Barbara Schneider-Kempf, die nach 17 Jahren an der Spitze der größten wissenschaftlichen Universalbibliothek Deutschlands in den Ruhestand geht. Achim Bonte tritt sein Amt am 1. September an. Auch das Staatliche Institut für Musikforschung, das größte außeruniversitäre Forschungszentrum für die Musikwissenschaft in Deutschland, erhält eine neue Leitung. Der Stiftungsrat bestimmte Rebecca Wolf zur künftigen Direktorin. Aktuell ist Wolf Vertretungsprofessorin an der Universität Regensburg. Die Musikwissenschaftlerin wird ihr neues Amt im Spätsommer antreten.

Ein Epos, zwei Heldinnen

Von Ruhm und Verlusten

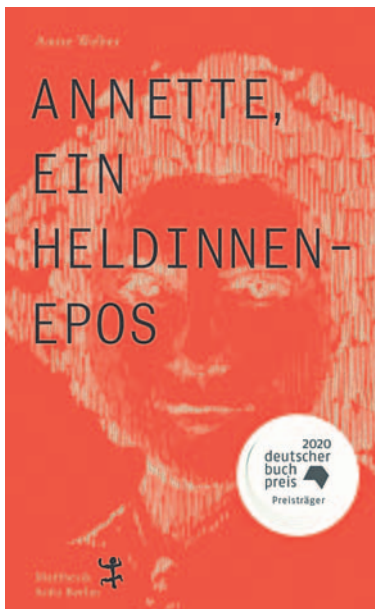
Fällt das Wort Epos, bin ich in Gedanken direkt wieder im gymnasialen Klassenzimmer: Ich beuge meinen Kopf über Verse in Latein – verfasst von Dichtern über die Triumphe von Helden. Zeit wurde es also, dem Wort Epos eine neue Assoziationskette zu geben – und das ist Anne Weber mit »Annette, ein Heldinnen-Epos« ganz wunderbar gelungen. Ganz einfach und leicht gleitet man von Vers zu Vers und macht nur Pause, um wiederholt den Kopf zu schütteln über das unfassbar bewegte Leben der Heldin Anne Beaumanoir, genannt Annette.

Ja, eine Heldin! Und was für eine: Annette wurde 1923 in der Bretagne geboren, wuchs in einfachen Verhältnissen auf – und schloss sich schon als Jugendliche der Résistance an, um unter anderem zwei jüdische Kinder zu retten. Die Schilderung von Letzterem geht unter die Haut und gehört zu den eindrücklichsten des Buches. Nach dem Krieg geht Annette nach Marseille und beginnt, sich für die algerische Unabhängigkeitsbewegung zu engagieren, was ihr 1959 eine Verurteilung zu zehn Jahren Gefängnis einbringt. Sie kann aber entkommen und flieht nach Tunesien, später Algerien. Und dabei opfert sie unendlich viel – unter anderem auch die Möglichkeit, ihre Kinder aufwachsen zu sehen.

Man möchte Annette fragen: Was treibt dich an, es so weit zu treiben? Und sind deine Opfer es wert? Und das kann man auch, denn Annette ist eine »wahre« Heldin. Das meint: Sie ist keine fiktive Protagonistin, sie lebt noch heute – und zwar wieder in Frankreich. Aber nicht nur das Fehlen erzählerischer Fiktion macht sie zu einer »wahren« Heldin, sondern auch Anne Webers ausgewogene Darstellung ihrer Protagonistin: Mit einer sprachlichen Leichtigkeit inklusive deutsch-französischem Wortwitz, die aktuell noch Ebenbürtiges sucht, gelingt es der Autorin Annette zwischen Ruhm und Ehre sowie Verlusten und Entbehrungen darzustellen.

Fällt nun das Wort Epos, dann denke ich auch an Heldinnen – und zwar gleich an zwei: eine Freiheitskämpferin mit unbändiger Stärke und eine Schriftstellerin mit gesellschaftlicher Wirkungskraft.
Theresa Brüheim

Anne Weber. Annette, ein Heldinnen-Epos. Berlin 2020



Schwergewicht in XXL

So schön kann der Pott sein

Das Gewicht, rund 4,5 Kilogramm, und das Format, Folio 28x34, deuten es schon an: Ein wahrlich opulentes Werk über mehr als 200 Jahre Industriegeschichte, Arbeit und Alltag mit Stahl, Kohle und Eisen im Ruhrgebiet. Aber keine lauten, rauchenden, stinkenden Schlote, Hochöfen, Gasometer, Maschinen- und Gebläsehallen, Fabriken, Bergwerke, Zechen, Kokereien, Kraftwerke, Brücken, Schleusen, Häfen, Kanäle, Trassen, Verkehrswege und Bahnhöfe. Vielmehr lebendige, beeindruckende Industriedenkmäler, die sich zu attraktiven, ja stimmungsvollen, geradezu idyllischen Orten für Museen, Kulturveranstaltungen, Wohnungen, Gewerbe und vielen weiteren kreativen Ideen entwickelt haben.

Dokumentiert wird auf höchst anschauliche Weise, wie aus Altem Neues entstehen kann und somit auch in die Zukunft weist. Ein weithin bekanntes Beispiel von denkmalverträglicher Industriekultur bildet die vorbildlich umgenutzte Zeche Zollverein in Essen, eine Ikone lebendiger Industriekultur, 2001 zum UNESCO-Weltkulturerbe avanciert, oder der Gasometer in Oberhausen als ein gigantischer Ausstellungsraum. Christo war auch schon hier, mehrmals!

Viele der lebendig dargestellten Industriedenkmäler können aufgesucht werden, Staunen sicherlich inbegriffen: Kathedralen der Industriekultur. Die großformatigen Farbfotografien des freien Architekturfotografen und Ästheten Achim Bednorz sind beeindruckend und überraschend in seinen Perspektiven. Die erläuternden Texte – in Deutsch, Englisch und Französisch – des Denkmalpflegers und Kunsthistorikers Walter Buschmann mit historischen Ansichten, Luftbildern, Plänen, Karten, Grundrissen und Schautafeln sowie der Dokumentation des Erhaltungszustandes fügen sich ideal in die brillanten 463 Farbfotografien auf insgesamt über 640 Seiten ein. Einziges Manko: Aufgrund der Opulenz nicht als Bettlektüre oder als Reiseführer von Ort zu Ort geeignet. Eine wunderbare Hommage ans Ruhrgebiet, unbedingt empfehlenswert!
Thomas Schulte im Walde

Walter Buschmann (Text) und Achim Bednorz (Fotos). Der Pott. Industriekultur im Ruhrgebiet. Köln 2020

Working Class

Die Stimme der Arbeiter

Wie ergeht es den »kleinen Leute«, der »Mittelschicht« in Deutschland? Sind diese Begriffe überhaupt zeitgemäß? Nein, sagt Julia Friedrichs und nennt ihr Buch »Working Class« – eine Reportage über Menschen, die sie mehr als ein Jahr lang wieder und wieder traf: Die »Arbeiter«, die nicht mehr unter Tage oder in der Fabrik malochen, sondern Pakete die Treppen hochschleppen, an der Supermarktkasse sitzen oder am anderen Ende der Servicehotline antworten. Die Mehrheit dieser Menschen besitzt kaum Kapital, kein Vermögen, fürchtet Altersarmut.

Wie schwierig es für die Generation nach den Babyboomern ist, trotz unermüdlicher Arbeit wirklich selbstbestimmt leben zu können und wie die Corona-Pandemie die Situation und bestehende soziale Ungleichheiten noch verschärft, zeigt Friedrichs eindringlich auf. Ebenso die Ursachen für diesen gesellschaftlichen Umbruch.

Neben Zahlen und Fakten, Gesprächen mit Wissenschaftlern, Experten und Politikern begleitet die Journalistin und Autorin vor allem die Menschen, die Tag für Tag engagiert arbeiten und merken, dass es doch nicht reicht; die, deren Stimme man viel zu selten hört: die Musiklehrerin Alexandra, die bis abends Klavierschüler unterrichtet, Sait, der morgens um 6:30 Uhr in den U-Bahnhöfen den Dreck der Nacht wegwischt, Rüdiger, der ein Arbeitsleben lang »Karstädter« war, Christian, der mit dem Versprechen »We are family« neun Stunden im Büro durchackert und mittags am Rechner isst, um es pünktlich in den Feierabend zu schaffen. Arbeiterinnen, Angestellte, Freiberufler – die Angehörigen der neuen »Working Class« – Julia Friedrichs erzählt menschennah und doch präzise ihre persönliche Geschichte, die es unbedingt verdient, gehört zu werden.
Maike Karnebogen

Julia Friedrichs. Working Class. Warum wir Arbeit brauchen, von der wir leben können. Berlin 2021

Unbedingt reinhören

Podcast zu jüdischem Leben in Deutschland

Eintausensiebenhundert Jahre jüdisches Leben in Deutschland (JLID) – das feiern wir dieses Jahr. Bundesweit finden viele Veranstaltungen statt und auch wenn coronabedingt nicht alles wie ursprünglich geplant ablaufen können wird, so gibt es etwas, das – Corona hin oder her – jederzeit und überall abrufbar ist: der Podcast #2021JLID.

Wie sehen jüdische Lebensrealitäten hierzulande heute aus? Wie geht es jüdischen Menschen in Deutschland? Und wie schauen sie auf Gesellschaft, Politik und Kultur? Anlässlich des Jubiläumsjahres sprechen die Autorin Mirna Funk, die Journalistin und Moderatorin Shelly Kupferberg sowie der Journalist Miron Tenenberg abwechselnd mit spannenden Persönlichkeiten über jüdisches Leben in Deutschland.

Seit Januar 2021 erscheint wöchentlich eine neue Folge des Podcasts. Den Auftakt der Podcastreihe bildete ein Gespräch zwischen den drei Moderatoren Mirna Funk, Shelly Kupferberg und Miron Tenenberg. Dabei reden sie über ihre jeweilige Beziehung zum Judentum, ihre Erwartungen an das Festjahr und an die Interviews im Rahmen des Podcasts. Die Gäste sind abwechslungsreich und so vielseitig wie das aktuelle jüdische Leben in Deutschland. Dabei sind nicht alle Gesprächspartner jüdisch, sondern stehen zum Teil einfach in einem außergewöhnlichen und interessanten Verhältnis zum Judentum. Der Podcast trägt ihre Geschichten, Eindrücke und Erfahrungen trotz Pandemie raus in die Bundesrepublik und bietet spannende Einblicke. Absolute Hörempfehlung, die die Vielstimmigkeit jüdischen Lebens heute in Deutschland wiedergibt!
Kristin Braband

Podcast #2021JLID – Jüdisches Leben in Deutschland. Mirna Funk, Shelly Kupferberg und Miron Tenenberg. 2021

PERSONEN & REZENSIONEN

Politik & Kultur informiert an dieser Stelle über aktuelle Personal- und Stellenwechsel in Kultur, Kunst, Medien und Politik. Zudem stellen wir in den Rezensionen alte und neue Klassiker der kulturpolitischen Literatur vor. Bleiben Sie gespannt – und liefern Sie gern Vorschläge an puk@kulturrat.de.

Politik & Kultur

FOTO: YAHYA YAHYAYEV

»Einkauf in der Nachbarschaft«, Yahya Yahyayev, 4. Platz

THEMA

Alles andere als normal

Jüdisches Leben in Deutschland

OLAF ZIMMERMANN

Jüdischer Alltag in Deutschland, so lautete der Titel des Fotowettbewerbs, den die Initiative kulturelle Integration zusammen mit Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus und dem Zentralrat der Juden in Deutschland ausgelobt hatte. Am 8. Oktober letzten Jahres wurde der Startschuss gegeben, bis zum 20. Dezember konnten Fotos eingereicht werden, die besten zehn wurden von einer hochkarätig besetzten Jury ausgewählt. Sie sind hier im Schwerpunkt dokumentiert.

Ziel war es, das normale Leben, den jüdischen Alltag in Deutschland zu zeigen und damit ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Doch ist das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland normal? Vielerorts leider nicht. Das zeigt auch eindrücklich das Siegerfoto des Wettbewerbes »Ein Schutzmann für Kafka« von Detlef Seydel (Seite 20).

Es ist nicht normal, wenn jüdische Buchhandlungen von Polizisten geschützt werden müssen. Es ist empörend, wenn Kindergärten bewacht werden müssen, weil die Sorge vor antisemitischen Anschlägen besteht. Es ist keineswegs normal, wenn Schülerinnen und Schüler auf dem Weg von der Schule zum Hort von bewaffneten Wachmännern begleitet werden. Es ist überhaupt nicht normal, wenn hochrangige Vertreterinnen und Vertreter des Zentralrats der Juden Personenschutz benötigen. Es ist alles andere als normal, wenn Jüdinnen und Juden, weil sie religiöse Symbole tragen, verbal oder sogar tätlich angegriffen werden. Und es ist ganz und gar nicht normal, dass Synagogen bewacht werden müssen. Ich will und werde mich mit dieser Form von »Normalität« nicht abfinden. Wir, die gesamte Gesellschaft, dürfen uns nicht an diese »Normalität« gewöhnen.

Auf dem Gebiet, das heute Deutschland ist, leben, wie das Festjahr »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« zeigt, seit 1.700 Jahren Jüdinnen und Juden. Das Rheinland, die SchUM-Städte Mainz, Worms, Speyer, aber auch Köln, Frankfurt/Main und viele andere Orte waren über Jahrhunderte hinweg Zentren jüdischen Lebens in Deutschland. Sie waren leider ebenso Orte von Antisemitismus, Verfolgung und Pogromen. Ganze Ortschaften, wie auch in der unmittelbaren Nachbarschaft meines Heimatortes im Taunus, wurden schon vor der Shoah von den dort ansässigen Jüdinnen und Juden verlassen, weil sie Antisemitismus und Verfolgungen ausgesetzt waren. Der jahrhundertealte, auch durch die Kirchen beförderte Antisemitismus gipfelte in der industriellen Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, der Shoah. Sie ist singulär.

Heute zählt der Zentralrat der Juden in Deutschland rund 100.000 in Deutschland lebende Juden und Jüdinnen. Selbst wenn diejenigen hinzugezählt werden, die keiner Gemeinde angehören, bleiben Juden und Jüdinnen mit Blick auf eine Gesamtbevölkerung von 83 Millionen Menschen in Deutschland eine kleine Gruppe. Eigentlich kein Grund, sich dieser Gruppe besonders zu widmen.

Doch und gerade, ist es meines Erachtens notwendig und unerlässlich, sich mit dem jüdischen Leben in Deutschland zu beschäftigen. Wie leben, lieben, feiern, streiten, tanzen, hüpfen, beten, danken, kochen und was auch immer Jüdinnen und Juden in unserer Nachbarschaft? Gerade diese Normalität kommt in vielen der Bilder des Fotowettbewerbs zum Ausdruck. Z. B. wenn jüdische Kinder, wie auf dem Foto von Evgenia Lisowski »Auf dem Weg zur Schule«, das im Wettbewerb den zweiten Preis erhielt, auf die Straßenbahn warten (Seite 29). Oder wie auf anderen ausgezeichneten Fotografien, wenn sie auf dem Gehweg hüpfen, wenn junge Menschen sich an Demonstrationen beteiligen, wenn, wenn, wenn … Es geht darum, das Leben zu zeigen und sich daran zu erfreuen.

Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen jüdischen Leben ist ein Weg, dem sich stärker verbreitenden Antisemitismus etwas entgegenzusetzen. Begegnungen können dazu beitragen, Vorbehalte und Ängste auszuräumen. Den anderen als das zu sehen, was er oder sie ist, ein Mensch wie man selbst. Und vor allem können sie die Vielfalt und den Reichtum jüdischen Lebens erfahrbar machen.

Jüdischsein in Deutschland ist sehr unterschiedlich: Es reicht von orthodox zu säkular, es ist russisch, deutsch oder israelisch geprägt, es ist jung, aufmüpfig und lebendig. Dieses vielfältige jüdische Leben in Deutschland zeigen die ausgezeichneten Fotoarbeiten. Dabei wird auch deutlich, dass der legendäre jüdische Humor eine starke Waffe gegen Ausgrenzung ist. »Evgeniya And Other Kosher Berliners«, das mit dem dritten Preis ausgezeichnete Foto von Sonia Alcaina Gallardo und Evgeniya Kartashova (Seite 28), ist dafür ein wunderbares Beispiel.

Es ist nicht normal, wenn jüdische Buchhandlungen von Polizisten geschützt werden müssen

Die Auseinandersetzung mit dem Judentum in Deutschland ist geprägt von den Bildern der Shoah. Kaum jemand, der Bilder aus den Vernichtungslagern gesehen, Texte darüber gelesen oder die authentischen Orte besucht hat, vergisst dies. Die Bilder brennen sich jedem Einzelnen ein und sind Teil des kollektiven Gedächtnisses. Doch jüdisches Leben in Deutschland ist mehr als die Zeit von 1933 bis 1945. Das normale jüdische Leben vor 1933 gehört ebenso dazu wie der bereits zuvor bestehende Antisemitismus. Das nach 1945 wieder entstandene jüdische Leben zählt dazu wie der gegenwärtige erschreckend wachsende Antisemitismus.

Beschäftigung mit dem aktuellen jüdischen Leben muss mehr sein als Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Jüdisches Leben ist integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft und zugleich bestehen Besonderheiten, wie beispielsweise die Speisegebote oder auch andere Feiertage. Dies als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu vermitteln und zu verstehen, ist das Gebot der Stunde.

So wie das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland leider alles andere als normal ist, ist die Auseinandersetzung der Mehrheitsgesellschaft mit dem jüdischen Leben in Deutschland alles andere als normal.

Der Fotowettbewerb und andere Aktivitäten der Initiative kulturelle Integration sollen einen Beitrag zu mehr Normalität leisten. Denn Normalität kann auch etwas sehr Schönes sein.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur und Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Er ist zugleich Sprecher der Initiative kulturelle Integration

THEMA

»Integration bedarf einer Generation«

Josef Schuster im Gespräch

Hans Jessen spricht mit dem Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland über die Vielschichtigkeit jüdischen Lebens, interreligiösen Dialog, Antisemitismus in der Bundesrepublik und anderes mehr.

Hans Jessen: Herr Schuster, wenn ich Sie bitte, die Bandbreite aktuellen jüdischen Lebens in Deutschland zu schildern – was fällt Ihnen spontan ein?
Josef Schuster: Spontan? – Zwei Punkte: Zum einen die unterschiedlichen Generationen: Sie finden in unseren Gemeinden jüdische Kindertagesstätten, Schulen und Jugendzentren. Es gibt zudem viele Aktivitäten für junge Familien und auch für Senioren. Also Mitglieder des gesamten Altersspektrums finden in den Gemeinden ein zweites Zuhause.
Das Zweite, was mir spontan einfällt, ist die Frage der religiösen Orientierung der jüdischen Gemeinden. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland waren nach der Shoah, vor allem weil viele Menschen aus Osteuropa sich in Deutschland wiederfanden, traditionell ausgerichtet.
Bei der geringen Zahl von Juden in Deutschland war es dann einfach pragmatisch, in den einzelnen Städten Einheitsgemeinden zu haben. Also eine Gemeinde, die für alle passend ist. Die jüdische Gemeinde in meiner Heimatstadt Würzburg ist z. B. traditionell. Das heißt, in den Räumen der Gemeinde werden alle Gebote und Verbote des Judentums strikt beachtet, es gibt eine streng koschere Küche. Das beste Beispiel für eine Einheitsgemeinde ist Frankfurt am Main. In der Westend-Synagoge werden unter einem Dach sowohl orthodoxe als auch liberale Gottesdienste abgehalten. Und dieses Dach hält. Mit der Zuwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990 wuchsen unsere Gemeinden, sodass es jetzt auch Städte gibt, in denen es sowohl traditionelle als auch liberale Gemeinden gibt, z. B. in Köln und in Hannover.

Die in Deutschland lebende jüdische Bevölkerung wird mit rund 225.000 Menschen angegeben, weniger als die Hälfte davon ist in jüdischen Gemeinden zusammengeschlossen: 94.000 – diese Zahl ist seit Jahren rückläufig. Heißt dies, dass die religiöse Dimension jüdischen Lebens in der Bedeutung abnimmt, während ethnische und kulturelle Aspekte und Ausdrucksformen an Bedeutung gewinnen?
Das würde ich so nicht interpretieren. Die Frage ist: Wie kommen diese Zahlen zustande? Für die Zahl der in Deutschland lebenden Juden gibt es nur Schätzungen. Wir schätzen diese Zahl deutlich niedriger, nämlich auf 150.000. 1990 begann die Einwanderung von sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlingen nach Deutschland. In dieser Zahl sind aber auch nichtjüdische Familienangehörige eingerechnet. Wenn also z. B. ein jüdischer Mann mit seiner nichtjüdischen Frau und drei – nach dem jüdischen Religionsgesetz – nichtjüdischen Kindern kam, dann sind fünf Menschen als jüdische Kontingentflüchtlinge eingereist, aber nur einer konnte Mitglied einer jüdischen Gemeinde werden. Die Einreise der gesamten Familie war auch berechtigt, denn sie waren alle im Herkunftsland Diskriminierungen ausgesetzt.
Wir müssen davon ausgehen, dass von den Eingereisten nach jüdischem Religionsgesetz ungefähr 120.000 tatsächlich Juden waren. Hinzu kommt der demografische Wandel, der vor jüdischen Gemeinden ebenso wenig Halt macht wie vor christlichen Gemeinden. Und es gibt auch jüdische Menschen, die sich keiner Gemeinde anschließen. In Berlin z. B. gibt es viele junge Israelis, die ich als säkular einstufen würde, geschätzt könnten das 5.000 bis 10.000 sein. Eine Abkehr von der Religion ist damit meiner Meinung nach aber nicht gegeben.

Sie haben es schon angesprochen: In den Jahren nach 1990 war die jüdische Gemeinschaft in Deutschland durch Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten geprägt. Da trafen dann auch unterschiedliche kulturell-religiöse Traditionen aufeinander. Existiert dieses Spannungsverhältnis nach wie vor, oder hat es sich entspannt?
Erstens: Es hat sich entspannt.
Zweitens: Es waren keine religiösen Konflikte. Die Situation sah so aus: Ungefähr 25.000 bis 30.000 »Altmitglieder« mussten oder wollten rund 120.000 Menschen in die Gemeinden integrieren. Darunter waren viele Menschen, die von ihrer eigenen Religion, vom Judentum, manchmal nur rudimentäre Kenntnisse hatten, weil man die jüdische Religion in der Sowjetunion nicht offen leben konnte. Die Menschen kamen mit einem völlig anderen kulturellen Hintergrund und trafen hier auf jüdische Gemeinden, die die Neuankömmlinge zunächst mal mit großen Augen anschauten. Dass es dabei mitunter zu menschlichen Konflikten kam, ist nicht erstaunlich.
Es hat sich der Satz bestätigt, dass Integration einer Generation bedarf – und da sind wir heute. Es gibt solche Konflikte kaum mehr. Die nächste Generation, also diejenigen, die in Deutschland aufwuchsen, sind zu 100 Prozent in die Gemeinden und in unsere Gesellschaft integriert.

Bemerkenswerterweise bietet genau dieser Hintergrund den Rahmen für einen preisgekrönten Film junger jüdischer Filmemacher: »Masel Tov Cocktail«. Der in Deutschland aufgewachsene Sohn einer russisch-jüdischen Familie wird konfrontiert und konfrontiert uns mit all den Ungeklärtheiten und Brüchen der deutschen Gesellschaft mit dem Judentum. Der Film tut das in einer grandiosen Mischung aus Schärfe und Leichtigkeit, Aufklärung und Witz. Jenseits aller Stereotype und Klischees. Kulturelle Wandlungen als Anlass für einen neuen Blick?
Definitiv ist das so. Der Film zeigt sehr treffend und humorvoll, wie derjenige, der als Kind nach Deutschland zugewandert ist, das alles wahrnimmt. Er bringt den typischen Blickwinkel jüdischer Zuwandererfamilien mit, der sich vom deutsch-jüdischen Blickwinkel unterscheidet. Daher sieht er manche Dinge anders und stellt andere Fragen. Das ist sehr erfrischend.

Als wir vor drei Jahren bei anderer Gelegenheit miteinander sprachen, waren sie beunruhigt durch zunehmende antijüdische Aggressionen in Deutschland – wie ist die Entwicklung seitdem?
Die Entwicklung der letzten drei Jahre würde ich nicht positiv werten. Allein die drei Vorfälle: Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, das Attentat an Jom Kippur in Halle, aber auch die Ereignisse in Hanau im Februar letzten Jahres haben klar gezeigt, dass auf der rechtsextremen Seite ein Gewaltpotenzial entstanden ist, das sich gegen Minderheiten oder Politiker, die sich für Minderheiten einsetzen, richtet. Und auch ganz gezielt gegen jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen.

Die Corona-Pandemie und die restriktiven Gegenmaßnahmen führen auch zu gesellschaftlichen Polarisierungen, Spaltungsrisse gehen durch Familien, Freundeskreise, soziale Gemeinschaften. Sie als Arzt erleben das vielleicht auch noch in besonderer Weise. Was bedeuten diese Polarisierungen für die jüdische Bevölkerung Deutschlands? Gehen solche Risse durch sie gleichermaßen hindurch, oder wendet sich wachsende Aggression auch wiederum gezielt gegen sie?
Das Hauptproblem, das ich aus unserer Perspektive im Zusammenhang mit der Coronakrise sehe, ist zum einen, dass unser Gemeindeleben im Grunde nicht mehr stattfinden kann. Mehr Sorge bereitet mir jedoch der durch die Pandemie wachsende Antisemitismus: Immer wenn ein Phänomen auftaucht, das vielen Menschen unerklärlich ist, wird Minderheiten die Schuld zugeschoben. Das war schon im Mittelalter so. Als die Pest ausbrach, wurden Synagogen zerstört, gab es Pogrome gegen Juden. Auch jetzt werden Juden als Schuldige für die gesamte Corona-Problematik dargestellt. Das findet sich auf den Demos wieder, noch stärker aber im Netz. Dort kursieren zuhauf antisemitische Verschwörungsmythen. Was mich bestürzt, ist, dass bei diesen Corona-Demonstrationen Rechtsradikale genau das ausnutzen, um gegen Minderheiten zu hetzen.

Spielt es für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland eine Rolle, dass Israel gerade besondere Aufmerksamkeit findet, weil das Corona-Impfregime dort zügiger funktioniert als in Deutschland?
Israel erhält gerade zu Recht sehr viel Anerkennung für seine erfolgreiche Impfkampagne. In den sozialen Netzwerken finden sich allerdings auch Äußerungen, die auf nicht mehr rationale Weise, also auch mit klar antisemitischen Vorurteilen, auf diese Erfolge, die Israel hier hat, reagieren.

Es wird allerdings auch kritisiert, dass Israel Impfstoffe exportiert, aber die palästinensische Bevölkerung in Gaza und auf der besetzten Westbank, für die eine Fürsorgepflicht besteht, nur unzureichend mit Impfstoffen versorgt wird. Besorgt Sie das, auch als Mediziner?
Israel hat längst damit begonnen, Palästinenser mit Impfstoff zu versorgen bzw. zu impfen. Man muss aber leider konstatieren, dass die palästinensische Autonomiebehörde mit ihrer Impfstrategie ziemlich versagt hat. Das sehen auch viele Palästinenser selbst so. In Gaza hat Israel zudem keine Fürsorgepflicht. Ob diese Pflicht für das Westjordanland besteht, darüber gibt es sehr unterschiedliche Ansichten. Ein Export von Impfstoffen seitens Israel in einem nennenswerten Umfang ist mir nicht bekannt.

Wir führen dieses Gespräch am Tag, nachdem die Buber-Rosenzweig-Medaille an den Leiter der Oberammergauer Passionsfestspiele, Christian Stückl, verliehen wurde. Gewiss freut es Sie, dass Menschen sich für christlich-jüdische Zusammenarbeit engagieren – wäre es aber nicht eigentlich gut, wenn es solch besonderer Auszeichnungen gar nicht mehr bedürfte, weil es eine Selbstverständlichkeit wäre?
Der Dialog zwischen den Religionen bleibt immer wichtig – daher ist es auch richtig, solche Auszeichnungen zu verleihen. Wir wissen – und da schätze ich die Selbstkritik der christlichen Kirchen – dass über Jahrhunderte von den Kanzeln beider großer christlicher Kirchen auch Judenfeindlichkeit und Antisemitismus gepredigt wurde. Das fand sich auch in den älteren Konzepten der Oberammergauer Passionsfestspiele wieder. Dass diese Texte sehr konkret überarbeitet wurden, ist sicher herausragend im Sinne eines künftigen friedvollen Miteinanders.

Zum Abschluss: Sie sind seit 2014 Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. Haben sich in diesem nicht geringen Zeitraum Ihre Arbeitsschwerpunkte und die Bedingungen verschoben?
Was mich aktuell sehr freut, ist das Festjahr »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«. Dadurch wird jüdisches Leben in der Öffentlichkeit nicht vorrangig im Zusammenhang mit der Shoah gezeigt, sondern es wird bewusst, dass jüdisches Leben seit Jahrhunderten in Deutschland existiert.
Wenn ich mir das politische Umfeld insgesamt anschaue, erkenne ich eine Radikalisierung, die ich vor allem auf die AfD zurückführe. Hier ist ein raueres gesellschaftliches Klima entstanden. Was mir in meinem Amt viel Freude macht, sind neue Projekte des Zentralrates der Juden, darunter zwei Begegnungsprojekte: Bei »Schalom Aleikum« bringen wir Juden und Muslime zusammen, bei »Meet a Jew« vermitteln wir für Schulklassen und Vereine Gespräche mit jungen Juden, die von ihrem jüdischen Alltag berichten. Daneben erweitern wir unsere Unterstützung für die Gemeinden, um neue Mitglieder zu gewinnen. Auch das liegt mir sehr am Herzen.

Wenn ich mir das politische Umfeld insgesamt anschaue, erkenne ich eine Radikalisierung, die ich vor allem auf die AfD zurückführe. Hier ist ein raueres gesellschaftliches Klima entstanden

Vielen Dank.

Josef Schuster ist Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. Hans Jessen ist freier Journalist und ehemaliger ARD-Hauptstadtkorrespondent

ÜBERBLICK SCHWERPUNKT

Anlässlich des Festjahres 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland fragt Politik & Kultur im Schwerpunkt »Wie gestaltet sich jüdischer Alltag in Deutschland heute? Was macht die Vielschichtigkeit jüdischen Lebens aus? Und was kennzeichnet die jüdische Kultur in Deutschland?«.

Nach dem passenden Leitartikel von Michael Brenner auf Seite 1 und der Schwerpunkteinführung von Olaf Zimmermann auf Seite 17 gibt der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Josef Schuster im Gespräch mit Hans Jessen auf dieser Seite unter anderem einen Einblick in die Vielschichtigkeit jüdischen Lebens in Deutschland heute. Die Gründerin und Chefredakteurin von »Spitz«, dem ersten hebräischen Magazin in Deutschland seit dem Holocaust, zeigt auf Seite 19 wie Israelis heute in Berlin leben.

Ludwig Greven spricht auf Seite 20 mit der Direktorin des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow, Yfaat Weiss, über jüdische Kultur. Auf Seite 21 stellt uns Miriam Rürup, Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien, Lina Braun und die europäischen Momente der deutsch-jüdischen Geschichte vor.

Die Seiten 22 und 23 widmen sich dem interreligiösen Dialog der drei monotheistischen Religionen: unter anderem werden die Kampagne »#beziehungsweise – jüdisch und christlich: näher als du denkst« von Andreas Goetze, Landeskirchlicher Pfarrer für den Interreligiösen Dialog in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und das Projekt »Shalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog« von Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrates der Juden in Deutschland, vorgestellt.

Ebenfalls auf Seite 23 beantwortet Mascha Schmerling drei Fragen zum Begegnungsprojekt »Meet a Jew«, welches sie koordiniert. In Frankfurt am Main wird eine Jüdische Akademie gegründet – Doron Kiesel, wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrates des Juden in Deutschland, berichtet auf Seite 24 darüber.

Auf Seite 25 spricht Sandra Winzer mit dem Schriftsteller Dmitrij Kapitelman über Kontingentflüchtlinge, Integration und sein neues Buch. Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz, nimmt die Lesenden auf Seite 26 mit auf einen Besuch durch die Sonderausstellung »Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz«. Ebendort schreibt Dalia Grinfeld von Keshet Deutschland e. V. über die Rechte von und den Umgang mit LGBTQI*-Jüd*Innen.

»Von Vaterjuden und anderen Bezeichnungen, auf die wir gut verzichten können« berichtete Alina Gromova vom Jüdischen Museum Berlin auf Seite 27.

Ein Gespräch über Rap, Judentum und Antisemitismus führen auf Seite 28 Kristin Braband und der Musiker Ben Salomo. Auf der folgenden Seite 29 gibt die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel einen Einblick in ihre Forschung zu Antisemitismus in Netz. Über Jüdischsein in der DDR spricht Ludwig Greven mit dem früheren Pankow-Frontmann und Autoren André Herzberg auf Seite 30.

FOTO: MATTHIAS SCHELLENBERGER

»Vincentino e.V. & Keshet e.V. – Jüdisches Leben in Berlin«, Matthias Schellenberger, 4. Platz

»Bevor wir jüdisch oder Israelis sind, sind wir Zugewanderte«

Israelis in Berlin

TAL ALON

Bei allem Respekt vor dem sogenannten 1.700-jährigen Jubiläum jüdischen Lebens in Deutschland – Israelis in Berlin und die meisten von Ihnen, die diesen Artikel lesen, sind zurzeit sicher mit drängenderen Themen beschäftigt. Aber dazu kommen wir später.

Ich habe noch nicht einmal richtig angefangen und Sie könnten mich bereits eine Spielverderberin nennen. Ich verstehe ja, dass es wichtig ist, hervorzuheben, dass jüdisches Leben – und Sterben – nichts ist, was es erst seit dem 20. Jahrhundert in Deutschland gibt. Aber es gab auch einen kurzen Moment, in dem ich mich gefragt habe, ob das nicht nur ein zufällig gewähltes Datum ist. Wenn es nun einen Grund gibt, warum ich mich der Herausforderung stelle, diesen Artikel zu schreiben, ist es die Gelegenheit, ein paar Gedanken mit Ihnen zu teilen, die Sie womöglich normalerweise nicht auf Deutsch lesen.

Wie komme ich überhaupt dazu, Ihnen etwas über Israelis in Berlin erzählen zu können? Nun, ich bin selbst im Sommer 2009 mit meiner Familie nach Berlin gezogen. Vorher habe ich in Tel Aviv als Redakteurin und Journalistin gearbeitet und die Nachrichtenredaktionen bei zwei großen Zeitungen geleitet. Nach unserem Umzug begann ich, einen Blog mit dem Titel »Berlinerit«, Berlinerin auf Hebräisch, zu schreiben, um unsere Erlebnisse als neu ankommende Familie zu dokumentieren. Es dauerte nicht lange, bis ich verstand, dass unsere Geschichte über unsere persönlichen Erfahrungen hinausging. Dass wir tatsächlich Teil einer Welle waren, einem Phänomen, das aus vielen Israelis bestand, die den gleichen Schritt wagten. Und so gründete ich 2012 eine hebräischsprachige Zeitschrift namens SPITZ, hebräischer Slang für »spitze«, dem ersten hebräischen Magazin in Deutschland seit dem Holocaust.

Anfangs reizte mich vor allem die Möglichkeit, die Entstehung einer neuen Community begleiten zu können, die einzigartige und spannende politische und kulturelle Merkmale zu haben schien. Zu Beginn beschäftigten auch wir uns mit Fragen nach Identität und Geschichte; Fragen, die seitdem unzählbar häufig gestellt und thematisiert wurden – auch und insbesondere in den deutschen Medien – unter verschiedenen Abwandlungen der Überschrift: »Ausgerechnet Berlin«.

Neben der Faszination für diese neu entstehende Gemeinschaft behandelte das Magazin von Anfang an ganz praktische Themen und vermittelte deutsche Nachrichten an diejenigen, die kein Deutsch lesen konnten. Im Laufe der Jahre wurden die Identitätsfragen weniger zentral, und die Funktion des Magazins als Brückenbauer wurde immer wichtiger. Das fand in der Pandemie seinen Höhepunkt: Unsere täglichen Updates auf Hebräisch sind für viele Israelis in Berlin und Deutschland eine Hauptinformationsquelle.

Ich bin es also eher gewohnt, für und mit Israelis in Berlin zu schreiben, als über sie. Und so erschien es mir nur folgerichtig, mich an eine der vielen Facebook-Gruppen für Israelis in Berlin zu wenden und nachzufragen, welche Themen ihnen besonders am Herzen liegen, und was ich in diesem Artikel ansprechen sollte. Die Resonanz war überwältigend. In leidenschaftlichen Kommentaren wurden viele Themen angesprochen, von denen ich einige selbst im Kopf hatte, während mir andere nicht in den Sinn gekommen wären. Wenn Sie nur eine Information aus diesem Text mitnehmen, dann bitte diese: »Israelis in Berlin« bilden keine Einheit, sondern sind unglaublich vielfältig, heterogen und dynamisch.

»Sag ihnen, dass nicht alle Israelis jüdisch sind oder sich so definieren, und diejenigen, die es tun, sind meistens nicht religiös. Dass es eine größere Bandbreite gibt, als sie vielleicht wissen.« »Sag ihnen, dass wir Israel nicht zwangsläufig repräsentieren, nur weil wir Israelis sind.« »Sag ihnen, dass die meisten von uns nicht bei der jüdischen Gemeinde registriert sind.« »Dass einige von uns Nachkommen von Jüdinnen und Juden aus Nordafrika und Asien sind und wir daher auch eine Verbindung zur arabischen Kultur und Sprache haben.« »Dass nicht alle von uns dunkle Augen und Haare haben.« »Dass viele Israelis hier LGBTQ sind.« »Dass sie bessere Wege finden sollten, um mit Antisemitismus umzugehen, insbesondere in Schulen.« »Dass wir dankbar sind, dass wir unsere israelische Staatsbürgerschaft behalten können, wenn wir eine deutsche beantragen.« »Dass es unter uns BDS-Unterstützerinnen gibt, die nicht antisemitisch sind.« »Dass sie aufhören sollten, christliche Symbole und Feiertage so zu behandeln, als wären sie neutral.« »Dass es jüdische Menschen und Israelis in Lehrbüchern geben sollte.« »Dass die Tatsache, dass wir Israelis sind, nicht unbedingt bedeutet, dass wir wissen wollen, was ihre Großeltern getan oder nicht getan haben.« »Im Gegenteil – für mich ist es wichtig, darüber zu sprechen!« »Dass nicht alle von uns Einsteins / Freuds / Rothschilds sind.« »Dass wir neben dem Holocaust auch noch andere Interessen haben.« »Dass ich aus Neugier hierhergezogen bin, aber wegen meiner tiefen Wertschätzung für die Kultur, die Demokratie, die individuellen Rechte, die Kunst, die Sprache, den konstruktiven und respektvollen Diskurs und vor allem die Freiheit geblieben bin.« »Dass ich wünschte, sie würden nicht so viel meckern und ständig versuchen, mich in der Öffentlichkeit zurechtzuweisen.« »Dass es ein paar Lieder gibt, die etwas cooler sind als ›Hava Nagila‹ und ›Hevenu Shalom Alechem‹.« »Dass es so viele Minderheiten gibt, die vor uns die Unterstützung von Entscheidungsträgern brauchen.« »Wenn man sich den Einsatz von Technologien auf Ämtern, in Behörden und im Gesundheitswesen ansieht, fühlt sich der Umzug von Israel nach Deutschland so an, als käme man aus der Zukunft.« »Wenn ihre Verteidigung von Jüdinnen und Juden zu Islamfeindlichkeit führt, dann danke, aber nein danke.« Und mein persönlicher Favorit: »Dass ich nur ein einziges Mal gerne sagen würde, dass ich eine palästinensisch-israelische säkulare Christin bin, ohne im Verdacht zu stehen, eine Identität zu erfinden, die es überhaupt nicht gibt.«

Einige von Ihnen denken nun vielleicht: »Natürlich weiß ich, dass nicht alle Israelis jüdisch und nicht alle Jüdinnen und Juden religiös sind.« Warum wurden dann aber so viele Berichte über die israelische Impfkampagne mit Bildern von orthodoxen jüdischen Männern illustriert, wenn sie doch nur 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen? Und warum findet sich neben Nachrichten über Israelis in Berlin regelmäßig ein Bild eines jüdischen Mannes, der auf das Brandenburger Tor blickt, so dass die Kamera seine Kippa einfangen kann – während sich laut einer Studie von 2015 knapp 85 Prozent aller Israelis in Berlin als komplett säkular verstehen?

Die oben zitierten Aussagen bilden nur einen Bruchteil ab. Ich hätte 1.700 Dinge aufzählen können, die Sie über Israelis in Berlin wissen sollten. Stattdessen werde ich die verbleibenden Zeilen einer Frage widmen, die häufig gestellt wird:

Warum fällt es so vielen Israelis schwer, sich hier der Jüdischen Gemeinde anzuschließen? Hier kommen mehrere Faktoren zusammen, die ich versuche, kurz zusammenzufassen. Erstens: Wie bereits erwähnt, sind die meisten Israelis, die nach Berlin kommen, überhaupt nicht religiös. Viele von ihnen bringen aufgrund ihrer Erfahrungen in Israel sogar eine Art Ressentiment gegen das religiöse Establishment mit. Zweitens: Diejenigen, die in Verbindung zum Judentum bleiben wollen, werden dies am liebsten auf Hebräisch tun, was für viele den natürlichsten und tiefsten Teil ihrer jüdischen Identität ausmacht. Es gibt außerhalb der Jüdischen Gemeinde mehrere hebräischsprachige Initiativen für Familien und Erwachsene, die entsprechende Angebote machen. Und drittens: In Bezug auf den öffentlichen Diskurs über Israel und das jüdische Leben in Deutschland werden Israelis oft dafür kritisiert, die lokalen sensiblen Komplexitäten nicht zu verstehen. Dies wiederum könnte sie weiter davon abhalten, sich dem religiösen Establishment anzuschließen oder sich von ihm vertreten zu lassen.

Aber es gibt positive Entwicklungen: SPITZ hat sich ERUV angeschlossen, dem ersten jüdischen Social Hub in Berlin, das eine wunderbare Plattform für Austausch und Zusammenarbeit zwischen liberalen israelischen und jüdischen Organisationen bietet.

Und damit kommen wir wieder zu unserem Ausgangspunkt: Warum zeigen Israelis in Berlin kein besonderes Interesse am 1.700-jährigen Jubiläum jüdischen Lebens in Deutschland? Weil sie sich, wie der Rest der Welt auch, mitten in einer globalen Krise befinden. Viele haben ihre Familien in Israel schon lange nicht mehr besucht – Social-Media-Beiträge zu Reisebestimmungen und gestrichenen Flügen sind derzeit weitverbreitet –, sind besorgt über ihre finanzielle Situation und über ihre Möglichkeiten, in naher Zukunft geimpft zu werden. Sorgen bereitet auch vielen, wie schwierig es geworden ist, eine Wohnung zu finden, insbesondere seit in Berlin der Mietendeckel in Kraft getreten ist. Mit anderen Worten: Bevor sie jüdisch oder Israelis sind, sind sie Zugewanderte, die versuchen, ihren Weg zu finden.

Tal Alon ist die Gründerin und Herausgeberin von SPITZ, dem hebräischen Magazin aus Berlin, und Referentin der Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum

THEMA

Jüdische Kultur in Deutschland

Yfaat Weiss im Gespräch

Ludwig Greven spricht mit der Historikerin und Leiterin des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur, Yfaat Weiss, über kulturelle Vielfalt, was jüdische Kultur prägt und weshalb sie vielen Nichtjuden als fremd erscheint

Ludwig Greven: Wenn von jüdischer Kultur die Rede ist, denken viele vor allem an Klezmer-Musik, Marc Chagall, die früheren Schtetl in Osteuropa oder die jüdische Religion. Weshalb dieser eingeengte Blick?
Yfaat Weiss: Ich halte das nicht für einen beschränkten Blick. Allein mit Chagall lernt man die ganze Welt kennen – die Reise beginnt in Russland, der Weg führt nach Paris, Amerika und zurück nach Europa. Dass man jüdische Kultur besonders mit osteuropäischer jüdischer Kultur verbindet, ist nicht falsch. Schließlich gab es in Osteuropa eine große Konzentration jüdischen kulturellen Lebens, das durch den Nationalsozialismus und den Holocaust zugrunde ging. Die Frage ist allerdings, ob man in Deutschland darüber hinaus einen Blick für die jüdische Kultur in ihrer Breite hat, wie sie heute gelebt wird. In den letzten Jahrzehnten entstand zumindest ein großes Interesse an israelischer Kultur und Literatur, wie auch am israelischen Theater und Film, Kulturartefakte, die in Israel sehr zentral sind. Inwiefern jüdische Kultur anderer Länder in Deutschland präsent ist, kann ich weniger gut einschätzen, aber ich glaube durchaus.

Die Nazis haben nicht nur sechs Millionen Juden ermordet. Sie wollten auch die jüdische Kultur und Wissenschaft in Europa auslöschen. Was fehlt dadurch heute?
Eine kontrafaktische Frage ist grundsätzlich schwierig zu beantworten. Es gab vor dem Holocaust, wie übrigens auch heute, nicht nur eine jüdische Kultur, es gab verschiedene jüdische Kulturen. Die eine, die sich sehr stark an die umgebende Gesellschaft angepasst hatte oder in starkem Austausch mit ihr stand. Andere jüdische kulturelle Strömungen in Europa waren jedoch eher partikular, z. B. eine säkulare jiddische Kultur in Osteuropa, die zum Teil ab den 1930er Jahren dem stalinistischen Terror zum Opfer fiel. Dieser Blick für eine Bandbreite an jüdischen Kulturen scheint zu fehlen. Das führt dazu, dass die jüdische Kultur, die in deutscher Sprache geschrieben wurde, besonders stark rezipiert wird. Andere weniger. Dadurch ist der Blick in Deutschland eingeengt.

Was ist das Besondere an den jüdischen Kulturen?
Sie nehmen häufig Bezug auf die sozialen Umstände, die sich häufig bei Juden von der sie umgebenden Gesellschaft unterscheiden. Manchmal enthalten sie auch einen Widerhall der jüdischen religiösen Tradition und sie nehmen häufig Bezug zu jüdischen Sprachen, also Hebräisch, Jiddisch, Ladino oder Judäo-Arabisch, die Sprache der Juden in den arabischen Ländern. All diese Elemente stehen immer in Beziehung zu den sie umgebenden Gesellschaften. Allein deshalb ist die jüdische Kultur nicht fremd, sondern eher »halb-fremd«. Das macht sie besonders reizvoll, weil sie nah ist und dennoch fern.

Dennoch halten viele Deutsche Juden, die hier leben, für Fremde.
Es ist die Frage, wieweit die Mehrheitsgesellschaft überhaupt in der Lage ist, Differenz zu erkennen und zu ertragen. Jüdische Kulturen zeichnen sich an sich schon durch eine große Pluralität aus, weil Juden in sehr vielen verschiedenen Ländern, die an sich multiethnisch waren, lebten und leben. Diese Vielfalt, die ihnen eigen ist, mag »fremd« erscheinen. Das sagt aber wenig aus über sie selbst, sondern vor allem etwas über den Blick der Mehrheitsgesellschaft.

Was ist, bei aller Unterschiedlichkeit, das Verbindende der jüdischen Kulturen?
Vor allem der immanente Ausdruck von Differenz. Dazu die Referenz auf die jüdische Tradition bzw. Religion und in vielen Fällen auch auf das Hebräische als Sprache des jüdischen Ritus sowie die Sprache der jüdischen Israelis, heute die größte Konzentration von Juden in der Welt. Diese drei Elemente – soziales Erlebnis, Tradition, Sprache – verbinden sie mal mehr, mal weniger. An den Rändern ist dies gar nicht mehr spürbar.

Viele Juden sind säkular. Wie stark ist heute noch der Einfluss der Religion auf die jüdische Kultur?
Bezogen auf Europa nicht viel anders als bei säkularisierten Christen. Es handelt sich um implizite Einflüsse über den Kalender und die säkularisierten religiösen Werte, die wir mittlerweile für universal halten.

In der Begegnung von Deutschen und Juden steht häufig die Shoah im Vordergrund. Spielt sie für junge Juden und Israelis noch eine solch zentrale Rolle?
Sie ist immer präsent. Wie kann es auch anders sein? Dazu kommen aber natürlich Themen, die durch ihre Aktualität relevant sind, wie die politische Lage in Israel und im Nahen Osten. Doch die Shoah wird nicht verschwinden, sie ist in der Begegnung eine Konstante. Im heutigen Austausch zwischen Juden und Deutschen gibt es ein leichtes Generationengefälle. Die Täter waren naturgemäß älter als viele Opfer, die überlebt haben. Manche Opfer leben heute noch, haben Kinder und Enkel. Es leben kaum noch Täter, und ihre Nachkommen haben wenig Bezug dazu, weil die Tradierung von vornherein gebrochen war und gebrochen wurde. Hier müsste man über die 68er reden. Da treffen sich also auf der einen Seite diejenigen, die noch sehr nah dran sind, auf der anderen diejenigen, die sich wünschen, sich davon zu entfernen. Das Gefälle bleibt groß. Das muss man akzeptieren. Wie man damit umgeht, ist sehr individuell.

Postkolonialisten wie der der kamerunische Philosoph Achille Mmembe bezeichnen Israel als eines der schlimmsten Länder der Welt und einen Kolonialstaat und halten die Besatzungspolitik für übler als die Apartheid. Was denken Sie als Historikerin darüber?
Als israelische Staatsbürgerin bin ich verpflichtet, mir eine Meinung zur israelischen Politik zu bilden, im Sinne Jaspers Spruch: »Ein Volk haftet für seine Staatlichkeit.«
Als Historikerin, hier nun in Deutschland, frage ich mich, was bezweckt diese Debatte? Welche Motive stehen dahinter? Dabei geht es mir weniger um Mbembes Motive als diejenigen derer, die ihn als Aushängeschild verwenden. Bei deren Motiven bin ich skeptisch.
Das gilt übrigens auch für die Überbeschäftigung mit der deutschen Kolonialgeschichte. Ich halte Teile davon für eine Verdeckung, für eine Ersatzhandlung.

Was ersetzt es?
Die Themen, die Anlass unseres Gesprächs sind.

Bedeutet es in der Konsequenz eine Relativierung des Holocaust?
Es ist die Beschäftigung mit Verbrechen, die alle europäische Nationen begangen haben, um sich nicht mit den Verbrechen befassen zu müssen, die von Deutschland ausgingen. Das heißt jedoch nicht, dass ich als Israelin nicht die Pflicht habe, mir Gedanken über die Politik meines Landes zu machen. Das ist davon aber völlig getrennt, und das lebe ich da aus, wo es einen Unterschied macht, wo es in der Tat darauf ankommt, das heißt in Israel.

Haben Wissenschaftler wie Sie, etwa auf internationalen Kongressen, heute Probleme, weil sie Juden sind?
Wenn ich Formen von Boykott erlebe, dann beziehen sie sich auf Israel und nicht auf das Jüdischsein und sind dazu noch implizit.

Vielen Dank.

Yfaat Weiss ist Direktorin des Leibniz-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow und Professorin an der Hebräischen Universität Jerusalem. Ludwig Greven ist freier Journalist und Autor

FOTO: DETLEF SEYDEL

»Ein Schutzmann für Kafka«, Detlef Seydel, 1. Platz

Lina Braun und die europäischen Momente der deutsch-jüdischen Geschichte

Geschichte und Kultur jenseits des Nationalen verstehen

MIRIAM RÜRUP

In Quellen wie etwa einem Ersttagsstempel, mit dem die seit dem 4. Februar erhältliche Briefmarke zum Festjahr »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« veröffentlicht wurde, bündeln sich wie unter einem Brennglas die gesamten Assoziationen zur deutsch-jüdischen Kultur und Geschichte. Und so erfreulich die Idee eines ganzen Jahres voller Veranstaltungen zu jüdischer Vergangenheit und Gegenwart doch ist, so nachdenklich stimmt just die hier getroffene, doch so erwartbare Auswahl: Unter den neun Motiven finden sich – neben dem das Festjahr begründenden Codex Theodosianus, der das Edikt von 321 enthält – zwei religiöse Bezüge (Menora und Chanukka), eine ursprünglich jiddische Redewendung (Tacheles reden), ein Synagogenneubau (Mainz), die Einsteinsche Relativitätsformel ($E=mc^2$) und drei herausragende Persönlichkeiten. Kein Zweifel: Hannah Arendt, Moses Mendelssohn und Kurt Weill, ebenso wie der Urheber der Relativitätstheorie Albert Einstein sind Geistesgrößen, deren Bedeutung gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Doch Bedeutung wofür? Schließlich ließe sich mit historisch langer Perspektive durchaus fragen, was wohl Einstein davon gehalten hätte, seine Formel als zentrales Motiv für ein Festjahr zu jüdischem Leben in Deutschland und damit als jüdischen Beitrag zur deutschen Geschichte eingeordnet zu sehen – ausgerechnet in dem Land, das ihm die stolze selbst gewählte Niederlegung seiner Staatsangehörigkeit 1933 verweigerte, nur um ihn ein Jahr darauf ausbürgern zu können. Und auch Arendt und Weill konnten ihr Leben nur durch die Flucht aus Deutschland

Eine positive Wendung der historischen Erfahrungen der jüdischen Geschichte

retten, Mendelssohns Werke gingen in den NS-Bücherverbrennungen in Rauch auf. Doch viel denkwürdiger an dieser Zusammenstellung ist die sicher unfreiwillige Neuauflage der bekannten »Beitragsgeschichte«, als sei jüdische Geschichte erst relevant, wenn wir alle Arendts und Einsteins wären; sowie das wohlwollende Bemühen darum, zumindest symbolisch ein 1.700 Jahre währendes deutsch-jüdisches Miteinander zu suggerieren, das doch zugleich wie ein sanftes Echo auf das auffälligerweise seit der Flüchtlingswelle aus Syrien im Jahr 2015 mehrfach als Abwehrreflex formulierte »christlich-jüdische Abendland« nachhallt.

Nun sollen damit nicht die Chancen eines solchen Festjahres infrage gestellt werden – ganz im Gegenteil. Ich möchte dazu anregen, die deutsch-jüdische Nische ein wenig zu verlassen und damit einige der uns vertrauten Grundannahmen zu hinterfragen. Schauen wir also schlaglichtartig und polemisch vereinfachend auf die europäischen Momente der deutsch-jüdischen Geschichte: Es war ein römischer Kaiser, der Juden erstmals 321 die Ausübung eines Stadtbürgerrechts ermöglichte. Etwa 1.500 Jahre später war es die »Franzosenzeit«, während der Juden in den französisch besetzten Provinzen des Deutschen Reiches erstmals in den Genuss gleicher Rechte kamen. Es war die französische Dreyfus-Affäre, die den österreichischen Juden Theodor Herzl darin bestärkte, seine Theorie des politischen Zionismus auszuarbeiten. Und es waren die Alliierten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Displaced Persons in den deutschen Besatzungszonen Unterkunft gaben und damit – wenngleich unbeabsichtigt – die Grundlage für einen Neuanfang jüdischen Lebens in Deutschland nach der Shoah schufen.

Diese polemisch zugespitzte Hinführung soll verdeutlichen: Deutsch-jüdische Geschichte und Kultur konnte und kann nur jenseits des nationalen Containers verstanden werden. Dies zeigte sich genauso in traumatischen Erfahrungen wie den mittelalterlichen christlichen Kreuzzügen, die für die europäischen Juden mit Gewalt und Vertreibung einhergingen wie auch in der Vertreibung der fortan als sephardische Juden bezeichneten Conversos von der iberischen Halbinsel im 15./16. Jahrhundert. Ebenso deutlich ist dies aber auch in der Entwicklung der SchUM-Städte – die Bezeichnung ist ein hebräisches Akronym für Speyer, Worms, Mainz, für die stellvertretend Mainz auf dem Ersttagsstempel verewigt ist, die zu einem europäischen Zentrum der aschkenasischen jüdischen Gelehrsamkeit wurden, oder in Hamburg, das auch durch die Ansiedlung der sephardischen Juden in Altona seinen Standort als europäische Hafenstadt und Handelsmetropole ab dem 17. Jahrhundert signifikant ausbauen konnte. Und es zeigt sich, um erneut einen großen Sprung zu machen, in der Wiederentstehung jüdischen Lebens in Deutschland nach 1945: Die Displaced Persons, die die Grundlage der ersten jüdischen Gemeinden der Nachkriegszeit bildeten, kamen vorwiegend aus ost- und mitteleuropäischen Ländern und zwei Generationen später waren es erneut osteuropäische Zuwandererinnen und Zuwanderer, die der jüdischen Gemeinschaft im Deutschland nach der Wende zu nicht nur zahlenmäßig, sondern auch religiös und kulturell ganz neuer Vielfalt und Wiederbelebung verhalfen.

Wenn wir heute also von transnationaler jüdischer Existenz und Gegenwart sprechen und der daraus folgenden Vielfalt, dann ist das gewissermaßen die positive Wendung der historischen Erfahrungen der jüdischen Geschichte, die von regelmäßigen Vertreibungen sowie Migrationsbewegungen geprägt war. Das jüdische Selbstverständnis im Deutschland der Gegenwart ist deutlich vielfältiger geworden. Hinzu gekommen sind nicht nur osteuropäische jüdische Einwanderer, sondern auch junge Israelis, die vor allem die urbane Kultur prägen, längst gibt es jenseits der orthodox geprägten sogenannten Einheitsgemeinden auch wieder liberale und Reformgemeinden. Und es wird ein neues säkulares jüdisches Selbstverständnis in Deutschland wahrnehmbar, das sich nicht mehr als jüdisch im religiösen, sondern eher im kulturellen Sinne begreift.

Nach Kriegsende lebte in Deutschland eine verschwindend kleine Zahl Juden, zwischen 10.000 und 15.000 Überlebende und Zurückgekehrte aus dem Exil machten diese frühe neue jüdische Gemeinschaft aus, zusammen mit den Displaced Persons zählten die westdeutschen jüdischen Gemeinden zunächst etwa 25.000 Mitglieder – bis in die 1980er Jahre wuchs die Zahl auf rund 35.000 an. In Ostdeutschland registrierten sich von den zunächst 4.500 Jüdinnen und Juden lange nicht alle als Gemeindemitglieder. Nach der Wende

FOTO: BOAZ ARAD

»Männer und Frauen beten gemeinsam in der langen Nacht der Religionen in der Fraenkelufer Synagoge in Berlin«, Boaz Arad, 4. Platz

kamen bis zu 200.000 Jüdinnen und Juden als sogenannte Kontingentflüchtlinge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland und verhalfen den jüdischen Gemeinden zu einem unverhofften Mitgliederzuwachs, von denen etwa die Hälfte in den Gemeinden verblieben sind. Während der Jüdische Weltkongress noch 1948 den »Bann« über Deutschland aussprach, leben 70 Jahre später wieder rund 100.000 Juden in Deutschland. Für einige Zeit galt Deutschland gar als das einzige europäische Land, in dem die jüdische Gemeinschaft wieder anwuchs. Denn die Zahl der Jüdinnen und Juden in Europa geht kontinuierlich zurück, was sowohl an Migrationsbewegungen liegt, aber auch an einer starken Überalterung der jüdischen Gemeinschaft, womit sich die unmittelbare Nachkriegssituation nach der Shoah bis in unsere Gegenwart fortsetzt. Von etwa 3,2 Millionen in den 1970er Jahren verringerte sich die Zahl der Jüdinnen und Juden in Europa heute auf etwa eine Million. Und doch ist Europa und somit auch Deutschland gerade auch wegen des EU-Passes für viele Nachfahren ausgebürgerter, ehemalig deutscher Juden attraktiv. Und seit 2015 können Nachkommen von iberischen Juden, die nach 1497 des Landes verwiesen wurden, einen portugiesischen oder spanischen Pass beantragen und so automatisch EU-Bürger werden. Eine Studie hat gezeigt, dass Jüdinnen und Juden sich der Europäischen Union überdurchschnittlich stark verbunden fühlen. Auch aus dieser pragmatischen Haltung der jüngeren Generation entsteht die ungeahnte Vielfalt jüdischen Lebens in Europa: So gibt es etwa die Europäische Makkabiade, die 2019 der antisemitischen Politik Viktor Orbans zum Trotz in Ungarn ausgetragen wurde, ein Jüdisches Kultur- und Klezmer-Festival in Krakau und akademische Netzwerke wie die European Association of Jewish Studies. Und auf dem Israel am nächsten liegenden, südöstlichsten Zipfel Europas, auf Zypern, betreten jährlich Tausende Israelis den griechischen Teil der Insel, weil sie dem Zwang zur religiösen Eheschließung in Israel entgehen wollen.

Jüdische Kultur, Wissenschaft, schlicht jüdische Gegenwart findet also heute ebenso wie in der Vergangenheit im internationalen Austausch statt und ist weiterhin von Mobilität und nun vorwiegend freiwilligen Migrationsbewegungen geprägt. Diese Europäisierung der jüdischen Gemeinschaft lädt dazu ein, nicht nur auf die jüdische Geschichte innerhalb Deutschlands zu schauen, sondern auch den Blick aus Deutschland heraus zu lenken – vielleicht auch gerade, um die deutsch-jüdische Geschichte besser zu verstehen. Ein Beispiel kann dafür die deutsch-jüdische Diaspora sein: Die Vertreibung der Juden aus Deutschland führte zur Entstehung neuer Zentren jüdischen Lebens, die bis heute Bestand haben. Bedeutende Institutionen zur Erforschung und Bewahrung deutsch-jüdischer Geschichte entstanden in der Folge außerhalb Deutschlands. Das Jeckes-Museum in Tefen, Israel, das gerade akut in seinem Fortbestand bedroht ist und private Nachlässe zahlreicher Flüchtlinge aus Deutschland bewahrt, ist nur ein Beispiel davon. Die Leo Baeck Institute (LBI) in Jerusalem, London und New York bestehen seit 1955 als zentrale Forschungseinrichtungen der von Emigranten betriebenen deutsch-jüdischen Geschichte, in Deutschland werden sie durch die Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft der Leo Baeck Institute (WAG) vertreten. Gerade durch die transterritoriale Perspektive, die eine deutsch-jüdische Geschichte außerhalb Deutschlands bedingt, können neue Facetten der jüdischen Geschichte aufgezeigt werden. Denn die als Jeckes bezeichneten deutschen Juden in Israel, die aus Deutschland geflohenen Juden in Washington Heights/New York, die deutschen Juden in Südamerika – sie alle nahmen nicht nur einen Teil ihrer »deutschen« Kultur mit, sondern bewahrten den zunehmend imaginärer werdenden Bezug zur ehemaligen Heimat. Zugespitzt formuliert, lässt sich selbst eine sehr deutsche Geschichte, namentlich die einer beispielsweise Alt-Heidelberger jüdischen Studentenverbindung, nicht schreiben, ohne Archive weit jenseits der Grenzen Badens aufsuchen zu müssen. Diese Freude an der Grenzüberschreitung, die sowohl für die Erforschung jüdischer Geschichte als auch für das Verständnis der jüdischen Gegenwart unerlässlich ist, macht die Beschäftigung mit jüdischer Kultur gerade jenseits des Nationalstaats so anregend. Sie sollte uns zugleich dazu anregen, Betrachtungen jenseits der großen Linien anzustellen – und vielleicht bei aller Ehrerbietung gegenüber Hannah Arendt und Moses Mendelssohn, doch aus diesem Jahr eher den Anstoß mitzunehmen, sich den jüdischen »Lieschen Müllers« anzunehmen. Wenn dieses Festjahr also dazu dienen soll, jüdisches Leben begeistert zu umarmen, so wäre es doch ein Gewinn, es in seiner ganzen Bandbreite zu betrachten. Und dazu gehören dann auch – in Anlehnung an das Bonmot der ehemaligen israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir »Wir werden erst eine Nation sein, wenn es jüdische Prostituierte und jüdische Polizisten gibt« – Untersuchungen über galizische Mädchenhändler ebenso wie Filme über jüdische Kleinkriminelle. Für die Suche nach den historischen Spuren der unbekannten Lina Braun wiederum empfiehlt sich ein Gang in die Archive, beispielsweise in der erhaltenswerten Sammlung von Tefen, das bei gesicherter Finanzierung Teil der Universität Haifa werden könnte.

Miriam Rürup ist Direktorin des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien und Vorsitzende der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in der Bundesrepublik

MEHR ZU JÜDISCHER KULTUR

Jüdische Kultur, ist das »Kippa, Koscher, Klezmer?« Das gleichnamige Politik & Kultur-Dossier zeigt historische und aktuelle Perspektiven auf jüdisches Leben in Deutschland, jüdische Kultur sowie Erinnerungskultur. Es stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Buchreligionen heraus, beschäftigt sich mit wissenschaftlichen jüdischen Studien und betrachtet die Jeckes in Israel. Das und vieles mehr ist jüdische Kultur. Lesen Sie das Dossier hier: kulturrat.de/publikationen/judentum-und-kultur/

THEMA

Ein nie abgeschlossener Weg

Zur Bedeutung des jüdisch-christlichen Gesprächs

ANDREAS GOETZE

Das jüdisch-christliche Gespräch bleibt in geschichtlicher, theologischer und spiritueller Verantwortung von besonders grundlegender Bedeutung. Das ergibt sich aus den Erfahrungen der Shoah und der kritischen Infragestellung einer Theologie, die den Antisemitismus durch Jahrhunderte gefördert hat. Jahrhundertelang war das Verhältnis zwischen Juden und Christen vor allem durch die Abwertung und Ablehnung des Judentums bestimmt.

Auch in den ersten Jahren nach 1945, nach den Schrecken der Shoah, war die christliche Position trotz des Eindrucks der Schuld gegenüber den Juden weiterhin von den klassischen antijudaistischen Traditionen geprägt. Das »Stuttgarter Schuldbekenntnis« von 1945 erwähnt die Vernichtung der Juden nicht. Das »Darmstädter Wort« des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), geprägt von Mitgliedern der Bekennenden Kirche, erklärte noch 1948, »indem Israel den Messias kreuzigte, hat es seine Auserwählung und Bestimmung verworfen«. Nur wenige gestanden sich das Versagen der Kirche im Nationalsozialismus ein und riefen zu Buße und Umkehr auf. Wegweisend wurden die Seelisberger Thesen von 1947, die hervorheben, dass »ein und derselbe Gott durch das Alte und Neue Testament zu uns allen spricht« und zugleich dazu aufrufen, »zu vermeiden, dass der gottlosen Meinung Vorschub geleistet wird, wonach das jüdische Volk verworfen, verflucht und für ein ständiges Leiden bestimmt sei«.

Neue Impulse für das jüdisch-christliche Verhältnis brachten die Gründungen der Gesellschaften für Jüdisch-Christliche Zusammenarbeit (GCJZ) seit 1948 und die AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 1961, die die Ursachen für die Judenfeindschaft in der Christenheit in »der Leugnung dieser unlösbaren Zusammengehörigkeit« von Juden und Christen erkannte.

1958 wurde Aktion Sühnezeichen zur Förderung praktischer Versöhnungsarbeit in Israel und anderen Ländern gegründet. 1960 folgte das Institut Kirche und Judentum an der Kirchlichen Hochschule in Berlin mit der Aufgabe, die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Israel auf je spezifische Weise den Theologiestudierenden und Gemeinden nahezubringen. Seit 1978 können Theologiestudierende für ein Jahr in Jerusalem am Programm »Studium in Israel« teilnehmen und vertiefende Erkenntnisse in jüdischer Schriftauslegung – Tora und Talmud – gewinnen.

Richtungweisend für das jüdisch-christliche Gespräch wurde die Synodalerklärung der Evangelischen Kirche im Rheinland »Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden« aus dem Jahr 1980. Viele Gliedkirchen der EKD haben in ihren Kirchenverfassungen ihr Verhältnis zum Judentum theologisch neu bestimmt, jede Form der Judenfeindschaft verworfen und zur Begegnung mit dem Judentum aufgerufen. Im November 2015 hat sich die Synode der EKD unter dem Titel »Martin Luther und die Juden – Notwendige Erinnerung zum Reformationsjubiläum« unmissverständlich distanziert gegenüber Martin Luthers zunächst abwertenden und später antisemitischen Urteilen gegenüber Juden und dem Judentum.

Bleibende Aufgaben

Das jüdisch-christliche Gespräch kennt keine Enkel. Die Themen müssen in jeder Generation neu durchbuchstabiert werden. Noch immer ist es für Studierende der Theologie nicht examensrelevant, sich intensiv mit dem Judentum beschäftigt zu haben. Noch immer sind Ein- und Vorstellungen wirksam, die es zu verlernen gilt. Denn tief eingeprägte, verleumderische antisemitische Bilder sind bis heute in Kirche und Gesellschaft mächtig: Die Juden seien »Wucherer«, die die Weltpolitik bestimmten und aktuell an der Corona-Pandemie verdienten, wie es verschwörend bei Impfgegnern heißt. Und in Liturgie und Predigten wirken antijudaistische Muster nach: »dort Gesetzlichkeit, hier Evangelium«, »dort Verheißung, hier Erfüllung«. Doch die Tora, Gottes Weisung, ist aus biblisch-jüdischer Perspektive gute Gabe Gottes, Ausdruck des gestifteten Bundes Gottes mit seinem Volk Israel, also selbst Evangelium, gute Botschaft und nicht antithetisch der Botschaft Jesu gegenüberzustellen (Matthäusevangelium 5, 17-19).

»Fragt euch, ob die Theologie, die ihr kennenlernt, so ist, dass sie vor oder nach Auschwitz eigentlich die gleiche sein könnte. Wenn ja, dann seid auf der Hut«, sagte Johann B. Metz. Die Beziehung zum Judentum ist für den christlichen Glauben und die Kirche wesentlich und grundlegend für das eigene Selbstverständnis. Jede Theologie muss auf den »Erfahrungsraum« des biblischen Judentums zurückbezogen sein, so Frank Crüsemann. Und der durch die Geschichte ungekündigte Bund Gottes mit seinem Volk Israel lässt auch die nichtjüdische Völkerwelt Gottes Menschenfreundlichkeit und Treue erkennen.

Eine »Theologie nach Auschwitz« kann nicht mehr gegen das Judentum, sondern nur mit dem Judentum entwickelt und gelebt werden.« Dazu gehört die Absage an die Judenmission. Theologisch wie spirituell ist es eine bleibende Herausforderung, ein theologisches Denken und eine Gemeindepraxis zu überwinden, die strukturell darauf angewiesen scheint, immer wieder das abzuwerten, was Teil des Eigenen ist. Notwendig scheint mir dafür, weiterhin das gemeinsame Gotteszeugnis der einen Bibel in den beiden Testamenten in den Vordergrund zu stellen. Jesus, der Christus bzw. der Messias, hat Christen aus der nichtjüdischen Völkerwelt unlösbar mit Gottes erwähltem Volk Israel verbunden. Wir glauben als Christinnen und Christen an den Gott Israels, der zugleich der Vater Jesu Christi ist.

Andreas Goetze ist Landeskirchlicher Pfarrer für den Interreligiösen Dialog in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und Mitinitiator der Kampagne #bzw.

FOTO: GESCHE-M. CORDES

»Im Spiel versunken, hüpfen um den Davidstern«, Gesche-M. Cordes, 4. Platz

KAMPAGNE »#BEZIEHUNGSWEISE – JÜDISCH UND CHRISTLICH: NÄHER ALS DU DENKST«

Warum wünschen wir uns eigentlich zu Beginn eines neuen Jahres einen »guten Rutsch«? Das kommt vom jüdischen Neujahrsfest »Rosh Ha Shana« – übrigens im jüdischen Festkalender im Herbst. »Rosh« ist ein hebräisches Wort und bedeutet »Kopf« oder »Haupt«, »Shana« heißt »Jahr« – zusammen: »Haupt des Jahres«, also »Anfang des Jahres«. Und über das Jiddische wünschen wir uns einen guten Anfang, eben einen »guten Rosh« oder »Rutsch«.

Vielfältig bis in unsere Sprache hinein sind die Verbindungen zwischen jüdisch und christlich – und da sind wir mittendrin in der Idee der ökumenischen Kampagne »#beziehungsweise – jüdisch und christlich: näher als du denkst«. Sie regt an, in einer respektvollen Bezugnahme auf das Judentum die jüdischen Wurzeln des Christentums zu erkunden. Die Kampagne mit den Themen der 14 Monatsblätter versteht sich auch als ein Beitrag zum Festjahr 2021: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland. Dabei geht es um die Verwandtschaft, aber auch um die Eigenheiten der jeweiligen Traditionen.

Im Januar stand unter dem Thema »Im Anfang war das Wort – Be´reschit beziehungsweise Im Anfang« die Bibel, die Freude am Wort Gottes, im Zentrum. Jüdinnen und Juden sowie Christinnen und Christen beziehen sich auf die Hebräische Bibel als Grundlage der je eigenen Traditionen. Im Judentum stellt die Tora den Kern von Gottes Offenbarung am Sinai dar. Die Texte des Neuen bzw. Zweiten Testaments erschließen sich nur, wenn die vielfältigen Bezüge und Bilder auf die »Tora und die Propheten« wahrgenommen werden. Das Magnifikat, das Loblied der Maria im Lukasevangelium, hat seinen Klangraum im Dialog mit dem Lobgesang der Hanna aus dem 1. Samuelbuch. Beide Prophetinnen singen von der messianischen Zeit, in der die Armen nicht mehr ausgebeutet werden und die Reichen leer ausgehen. Hanna beziehungsweise Maria – ohne das Alte bzw. Erste Testament hängt das Neue bzw. Zweite in der Luft.

Die Kampagne ermutigt, sich so der einzigartigen Beziehung von Christentum zum Judentum bewusst zu machen. Denn viele wissen gar nicht, dass das Christentum aus dem biblischen Judentum heraus entstand und Jesus Jude war und seine Jüngerinnen und Jünger auch. Mit Blick auf Jahreslauf und die Feste wird die Verwurzelung des Christentums im Judentum deutlich, im April mit dem Thema: »Pessach beziehungsweise Ostern«. Dabei ist es unverzichtbar, die Bezugnahmen auf das Judentum in christlichen Kontexten auch kritisch zu befragen und Vereinnahmungen zu vermeiden. Ganz bewusst sind auf der Kampagnen-Webseite juedisch-beziehungsweise-christlich.de nebeneinander vertiefende jüdische und christliche Beiträge zu finden, die die unterschiedlichen Traditionen auf je ihre Weise zu Wort kommen lassen und zu einem Dialog anregen.

Aktuell finden wir uns in einer gesellschaftlichen Situation wieder, die durch ein Erstarken von Antisemitismus und weiterer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägt ist. Übergriffe gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger, Hetze und antisemitisch geprägte Verschwörungsmythen in den sozialen Medien nehmen weiter zu. In einer respektvollen Bezugnahme auf das Judentum, die zur positiven Auseinandersetzung mit der Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland anregt, will die niederschwellige Kampagne auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Antisemitismus leisten, der auch christliche Wurzeln hat.

Entstanden aus einer Initiative in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) und mit dem Bistum Osnabrück und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover weiterentwickelt, wurde die Kampagne zu einem deutschlandweiten ökumenischen Projekt, das von vielen evangelischen Landeskirchen und römisch-katholischen (Erz-)Bistümern und von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) mitgetragen und unterstützt wird.

Schalom Aleikum, Deutschland!

Jüdisch-muslimischer Dialog

DANIEL BOTMANN

Häufig kommt die Frage auf, wie es um den jüdisch-muslimischen Dialog in Deutschland stehe. Seit Jahren und Jahrzehnten gibt es einen meist losen Austausch zwischen jüdischen und muslimischen Funktionären auf gesellschaftlicher oder zwischen Imamen und Rabbinern auf religiöser Ebene. Meist ist es kein institutioneller, aber in aller Regel ein professioneller Austausch.

Will man jedoch auch Kontakte jenseits dieser Ebene erzeugen, muss man Menschen an der Basis, in ihrem Alltag und mit ihren individuellen Interessen zusammenbringen. So entstand im Zentralrat der Juden in Deutschland die Idee für »Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog«. Schon der Projektname, der sich aus einem hebräisch-arabischen Wortspiel speist, vermittelt Offenheit und die Einladung zu einem Dialog auf Augenhöhe.

Und genau das war die Idee. Um den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und auszubauen, ist es unumgänglich, sich kennenzulernen und Vorbehalte abzubauen. Vorbehalte und Vorurteile, die seit Generationen in den Köpfen verhaftet zu sein scheinen. Dabei haben wir uns auch mit der Frage nach Ressentiments gegenüber Juden unter Muslimen auseinandergesetzt. Denn zu leugnen, dass es sie gäbe, wäre naiv. Doch wir haben schnell erkannt, dass es hierzulande viele Muslime gibt, die große, vielleicht manchmal etwas stille Mehrheit, die sich nicht einzwängen will in Vorurteile. Mit diesen Menschen wollen wir sprechen. So kann der jüdisch-muslimische Dialog ein wirksames Präventionsmittel gegen Antisemitismus sein. »Der gemeinsame Dialog zwischen Juden und Muslimen trägt dazu bei, Vorurteile und Ressentiments gar nicht erst entstehen zu lassen«, war auch die Hoffnung der Staatsministerin für Integration, Annette Widmann-Mauz, ohne deren Förderung das Projekt gar nicht zustande gekommen wäre.

Gestartet ist das Projekt im Frühsommer 2019. Eine der ersten und größten Herausforderungen dabei war: Wie können wir das Vertrauen der Muslime für das Dialogprojekt des Zentralrats der Juden gewinnen? Der Schlüssel zum Erfolg war die Schaffung von direkten Begegnungsräumen zwischen Menschen – jenseits der politisch manchmal schwierigen Ebene von Funktionären oder Verbänden. Es sollten sich Menschen treffen, keine Ämter oder Funktionen.

Mit Schalom Aleikum streckte die jüdische Gemeinschaft den in Deutschland lebenden Muslimen die Hand aus: »Schalom Aleikum – Friede sei mit euch!« Paritätische jüdisch-muslimische Begegnungen auf Augenhöhe sollten den Mittelpunkt des Projekts bilden. Ärzte sprechen mit Ärzten, junge Unternehmer mit jungen Unternehmern, Frauen mit Frauen, Senioren mit Senioren, Sportler mit Sportlern, Gastronomen mit Gastronomen, Queers mit Queers und Jugendliche mit Jugendlichen. Vor der Corona-Pandemie fanden die Formate deutschlandweit, überwiegend in den jüdischen Gemeindezentren statt, die auf diese Weise auch dialogisch gestärkt werden sollten. Mittlerweile müssen wir wie alle anderen auch auf Reisen und direkte Begegnungen verzichten. Einen Abbruch hat das unserer Arbeit nicht getan. Begegnungsräume digital zu kreieren, ist eine Herausforderung für sich, bietet aber auch enorme Chancen. So können Leute erreicht werden, die im analogen Kontext möglicherweise nie zusammengekommen wären.

»Schalom Aleikum« war von Beginn an behaftet mit Risiken und Erwartungen zugleich. Nichts ist enttäuschender, als einen Dialog zusammenschrumpfen zu müssen, weil niemand mit einem reden will. Gleichzeitig war die Erwartungshaltung riesig. Wir hörten des Öfteren: Wenn es eine Institution wie der Zentralrat der Juden nicht schafft, die Menschen zusammenzubringen, wer soll es sonst können? Doch die große und vor allem großartige Resonanz übertraf alles. Die Zahl der Gäste, die Stimmung auf den Podien, die Reichweite in den sozialen Medien und die sich daraus entwickelnde Medienpräsenz beweisen, dass man sich nicht abschrecken lassen darf. Jede einzelne Begegnung bescherte uns immer neue Partner auf muslimischer Seite. Denn es sprach sich bald herum, dass der Zentralrat der Juden mit einem jungen und diversen Projektteam unterwegs ist, das offen, empathisch und vertrauensvoll agiert.

Einer der emotionalen Höhepunkte des Dialogprojekts war für uns, als muslimische Senioren, die einst als »Gastarbeiter« gekommen und als Bürger geblieben sind, beim Gemeindetag 2019 zu Besuch waren und uns Gastgeschenke mitbrachten. Aus Dankbarkeit und Anerkennung für den wertschätzenden und ehrlichen Dialog.

Doch der Dialog allein reicht nicht. Gute Begegnungen ohne einen nachhaltigen und strukturellen Rahmen schaffen noch keinen gesellschaftlichen Frieden. Mit »Schalom Aleikum« gehen wir mit wirkungsorientiertem Denken und fortschrittlichem gesellschaftlichen Handeln genau diesen weiteren Schritt. Wir wollen Perspektiven schaffen, die über die Dialogformate hinausreichen. Deswegen steht das Projekt auf einem soziologischen Fundament. Wir führen in Zusammenarbeit mit »Forsa« Umfragen durch, die wichtige und relevante Stimmungsbilder liefern. Ziel ist es herauszufinden, wo der jüdisch-muslimische Dialog steht, welche Bereiche relevant sind, welche Herausforderungen bestehen und was in der Zukunft möglich ist. Hieraus entwickeln wir Konzepte, wie man im Bildungsbereich den Dialog erfolgreich und vor allem konkret gestalten kann. Denn nur mit Vertrauen, einer soliden Basis und nachhaltigen Strukturen kann der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt mit Leben gefüllt werden. Dies alles halten wir auch in einer Publikationsreihe fest.

Wenn wir über Antisemitismus sprechen, dürfen wir die feindseligen Zustände, denen sich an vielen Orten Muslime und Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland verstärkt ausgesetzt sehen, nicht vergessen. Die rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau haben das einmal mehr sehr deutlich vor Augen geführt. Wir haben weiterhin viel zu tun.

Daniel Botmann ist Rechtsanwalt und Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland

Mehr dazu: Das Projekt »Schalom Aleikum. Jüdisch-muslimischer Dialog« wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, gefördert. Mehr unter: schalom-aleikum.de

FOTO: RALF BÄCKER

»Angekommen – Synagoge Rykestraße«, Ralf Bäcker, 4. Platz

Miteinander statt übereinander sprechen

Drei Fragen an Mascha Schmerling von »Meet a Jew«

Wie sieht der lebendige Alltag von Jüdinnen und Juden heute in Deutschland aus? Vielfältig! Einblick in diese Vielfalt gibt das Projekt des Zentralrates der Juden in Deutschland »Meet a Jew«. Dabei sollen durch persönliche Begegnung Zusammenhalt gefördert und Vorurteile vor ihrem Entstehen entgegengewirkt werden. Die Projektkoordinatorin Mascha Schmerling berichtet.

»Meet a Jew« will dazu beitragen, aktuelles jüdisches Leben durch in Deutschland lebende jüdische Menschen kennenzulernen – wie geht das genau und welche Motivation steht dahinter?

Das Projekt vermittelt jüdische Freiwillige, die in Begegnungen mit Gruppen einen Einblick in ihren persönlichen Alltag geben und auf Augenhöhe Fragen rund um ihre Religion, Kultur, Traditionen oder die persönliche Biografie beantworten. Unsere Motivation ist es, das gegenwärtige jüdische Leben in Deutschland sichtbar zu machen, dem Wort »Jude« ein Gesicht zu geben und einen positiven Zugang zum Judentum zu ermöglichen. Ein zeitgemäßes Bild, das jüdische Menschen nicht auf den Holocaust oder den Antisemitismus reduziert und die Lebenswirklichkeit von deutschen Juden abbildet. Da die wenigsten Menschen in Deutschland eine Jüdin oder einen Juden persönlich kennen, helfen niedrigschwellige persönliche Begegnungen, miteinander statt übereinander zu sprechen und Klischees aufzubrechen.

Hinter »Meet a Jew« stehen viele Gesichter und Geschichten. Inwieweit befördert dieser plurale Ansatz die Begegnungen und auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Es ist uns wichtig zu zeigen, dass es nicht »die Juden« gibt, sondern eine Vielzahl von jüdischen Identitäten. Die jüdische Gemeinschaft ist sehr vielfältig, es gibt viele Möglichkeiten das Jüdischsein zu leben. Auch unsere Gesellschaft ist mittlerweile sehr divers. Diese Pluralität sollte auch im Alltag gelebt und in der öffentlichen Wahrnehmung gesehen und mitgedacht werden.
Jüdinnen und Juden verstehen sich als einen selbstverständlichen Teil davon und wollen nicht als fremd kategorisiert werden. Deutsch und jüdisch zu sein ist kein Widerspruch. »Meet a Jew«-Begegnungen spiegeln die Pluralität in der Gesellschaft und sensibilisieren für die Gefahren, die von Vorurteilen ausgehen.

Die Schwerpunkte der Arbeit von »Meet a Jew« liegen auf Begegnungen in der Schule, auf dem Campus und bei Sport. Wieso kon-zentrieren Sie sich insbesondere auf diese Gesellschaftsbereiche?

Eines der Ziele von »Meet a Jew« ist es, Menschen anzusprechen, die noch kein gefestigtes Weltbild haben und bevor Vorurteile entstehen. Dies gelingt am besten in jüngeren Gruppen, da niemand als Antisemit geboren wird. Es ist auch einfacher, präventiv gegen Antisemitismus vorzugehen als ihn nachträglich mit größerem Aufwand zu bekämpfen. Der Schwerpunkt Sport ist für uns deshalb so spannend, weil Sport wie kein anderes Thema Menschen quer durch die Gesellschaft begeistert und verbindet. Er bietet einen leichten Einstieg ins Gespräch und betont den Fairplay-Gedanken. Mit unseren Kooperationspartnern Lernort Stadion e.V. und Makkabi Deutschland e.V. können wir sportaffine Menschen erreichen und sie als Multiplikatoren für eine offene und vielfältige Gesellschaft gewinnen.
Gleichzeitig sind wir realistisch, dass »Meet a Jew« nur ein Baustein in der Prävention von Antisemitismus sein kann. Antisemitismus tritt immer offener zutage und zeigt, wo wir als Gesellschaft stehen.
Wo Juden angegriffen werden, ist auch die Demokratie in Gefahr. Es braucht daher eine nachhaltige und strukturelle Auseinandersetzung mit den demokratiegefährdenden und menschenfeindlichen Einstellungen in unserem Land. So sollten z. B. Lehrkräfte und Beamte bereits in der Ausbildung darin geschult werden, Antisemitismus zu erkennen und den Umgang damit zu erlernen.

Mascha Schmerling ist Projektkoordinatorin bei »Meet a Jew«

THEMA

Der Tradition verbunden – in der Moderne leben

Zur Gründung der Jüdischen Akademie in Frankfurt am Main

DORON KIESEL

Mit ihrem Sitz in der Mainmetropole Frankfurt am Main steht die Jüdische Akademie in der Tradition des Freien Jüdischen Lehrhauses und wirkt als intellektueller Mittel- und Anziehungspunkt sowohl für Juden aus Deutschland und Europa als auch für Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften, die an jüdischen, interkulturellen, interreligiösen oder universellen Fragestellungen interessiert sind. Sie wird als eigenständige Institution im Rahmen des Zentralrats der Juden in Deutschland öffentliche Diskurse aufgreifen und somit der jüdischen Stimme in Deutschland ein erkennbares Profil verleihen.

Das jüdische Bildungsverständnis sieht sich besonders dem Postulat einer aktiven Toleranz und eines gleichberechtigten Miteinanders von Kulturen verpflichtet. Die Jüdische Akademie will gerade im Zeitalter der Globalisierung ihren Beitrag dazu leisten, dass die deutsche Gesellschaft, in der sie wirkt, kulturelle und religiöse Pluralität akzeptiert. Weiterhin sieht die Jüdische Akademie ihre Aufgabe in der kreativen und kritischen Aneignung des religiösen und kulturellen Erbes des europäischen und deutschen Judentums. Sie ist bestrebt, dieses Erbe in der Zukunftsdebatte sowohl in den Jüdischen Gemeinden als auch in der deutschen wie der europäischen Gesellschaft einzubringen. Zugleich möchte sie die Traditionen des in der ehemaligen Sowjetunion gewachsenen Judentums, die durch die Zuwanderung der russischsprachigen Juden in den Jüdischen Gemeinden zur Geltung kommen, würdigen und aufnehmen.

Die Jüdische Akademie ist vor dem Hintergrund der kulturellen und religiösen Vielfalt der in Deutschland lebenden jüdischen Gemeinschaft vor die Aufgabe gestellt, unterschiedlichen Bildungsverständnissen und -horizonten gerecht zu werden: So stehen religiös begründete Zugänge zu Bildung und Erziehung neben bildungsbürgerlich, säkular geprägten oder religionsfernen Ansätzen. Die Vermittlung eines aufgeklärten Judentums, in dem diese unterschiedlichen Traditionen ihren begründeten Platz haben und zugleich darum ringen, Juden unterschiedlicher Altersgruppen überzeugende Orientierungsangebote zu unterbreiten, fällt in den Aufgabenbereich der Jüdischen Akademie. Sie ist bestrebt, im Rahmen ihrer pädagogischen Praxis die Herausbildung jüdischer Identitäten in der Moderne zu vertiefen.

Wozu eine Jüdische Akademie?

Mit der Einwanderung von über 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland seit Ende der 1980er Jahre zählt die Jüdische Gemeinschaft in Deutschland zu den zahlenmäßig größten in Europa. Mit der gewaltigen Herausforderung für die jüdischen Zuwanderer, sich in die Gesellschaft und in den Jüdischen Gemeinden zu integrieren, wächst auch deren Bedarf nach politischer, kultureller oder religiöser Orientierung.

Die Lage der jüdischen Minderheit in Deutschland ist – auch im Vergleich mit anderen Minderheiten – durch eine Reihe von Besonderheiten gekennzeichnet.

- Die in Deutschland lebenden Juden sind auch Jahrzehnte nach der Shoah mit den Folgen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik konfrontiert. Es gibt kaum eine in Deutschland lebende jüdische Familie, die nicht Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns zu verzeichnen hat.
- Im Unterschied zu anderen von den Nationalsozialisten verfolgten Minderheiten weist die jüdische Gemeinschaft jedoch ein deutliches religiöses Profil auf: Bei aller Betonung eines ethnischen jüdischen Zusammenhangs ist der wesentliche Aspekt der jüdischen Gemeinschaft die jüdische Religion.
- Der jüdische Glaube zählt sowohl zu den Fundamenten der Aufklärung als auch zur Realgeschichte Europas in Mittelalter und Früher Neuzeit; die Aufklärung wäre ohne die Beteiligung von Juden und die Auseinandersetzung mit dem Judentum nicht zu verstehen – ganz zu schweigen von der Kultur der Moderne.
- Mit anderen in der multikulturellen Immigrationsgesellschaft lebenden ethnischen Minderheiten verbindet die jüdische Minderheit die existenzielle Anteilnahme am Schicksal eines »Herkunfts- oder Zukunftslandes« – im Falle der Juden ist dies der Staat Israel, an dessen Geschick sie mit Intensität Anteil nehmen. Das Interesse der Juden wiederum unterscheidet sich von anderen Formen ethnischen Engagements der in Deutschland lebenden Minderheiten, dass der Staat, mit dessen historischer und gegenwärtiger Entwicklung sie sich identifizieren, nach wie vor existenziell bedroht ist und zugleich eine Zuflucht vor Judenfeindschaft verheißt.

Aus diesen besonderen Merkmalen der jüdischen Gemeinschaft lassen sich die sowohl an die allgemeine und jüdische Öffentlichkeit gerichteten Programmangebote entwickeln. Die Jüdische Akademie wird sich gezielt an ein politisch und kulturell interessiertes und engagiertes Publikum wenden. Nicht zuletzt wird es darum gehen, auch relevanten Personen aus Politik, Kultur, Ökonomie und Religion die Gelegenheit zu geben, sich aus erster Hand – durch Vorträge von Experten und Treffen mit jüdischen Verantwortungsträgern – über Belange des zeitgenössischen Judentums zu informieren. Die Jüdische Akademie wird ihre thematischen Angebote in Form von offenen Vorträgen, Seminaren, internen und externen Fortbildungsveranstaltungen, Exkursionen und Kooperationsveranstaltungen unterbreiten.

Selbstverständnis und historische Verankerung der Jüdischen Akademie

a. Eine zentrale Programmschiene wird sich der deutsch-jüdischen Geschichte sowie der Geschichte der Vernichtung des europäischen Judentums und seiner Renaissance zu widmen haben. Nach wie vor wird die deutsch-jüdische Geschichte in der Öffentlichkeit mehr beschworen, als dass sie bekannt ist und obwohl die Jüdischen Museen mit ihren Ausstellungen hier schon viel verändert haben, ist der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt, dass die Geschichte der in »Aschkenas« lebenden Juden ein integraler Teil der deutschen Geschichte ist. Das, was gemeinhin als Aufarbeitung der Shoah bezeichnet wird, ist historisch noch bei Weitem nicht ausreichend erforscht. Wichtige Fragen – etwa danach, was die Deutschen »wussten« bzw. wie sich der Widerstand zur Judenvernichtung verhielt – sind nach wie vor, gerade ihrer besonderen moralischen Bedeutsamkeit wegen, hoch umstritten, und die Frage, ob und was von diesem furchtbaren Geschehen Kindern und Jugendlichen vermittelt werden kann, ebenfalls Gegenstand intensiver fachpädagogischer Diskurse. Noch viel zu wenig bekannt und erörtert ist die in Ansätzen erforschte Geschichte der Wiedergründung der Jüdischen Gemeinden nach dem Zweiten Weltkrieg: Das betrifft sowohl die Geschichte der Displaced Persons, der Rückkehr deutscher Juden als auch der jüdischen Gemeinden in der ehemaligen DDR.

b. Was für die Geschichte einleuchtet, trifft für die Kenntnis der jüdischen Gemeinschaft in ihrer Gegenwart allemal zu. Die Beziehungen und das Spannungsverhältnis von jüdischem Glauben und seinen verschiedenen Ausformungen, jüdischen Lebensweisen, die Existenz des Staates Israel und staatsbürgerlicher jüdischer Existenzweise in der Diaspora stehen im Mittelpunkt jüdischen Interesses, wobei normative, glaubensgeleitete Vorstellungen eine ebenso große Rolle zu spielen haben wie soziologische und sozialpsychologische Fakten.

c. Das Judentum in Geschichte und Gegenwart aus sich selbst heraus verständlich zu machen, wird eine der Hauptaufgaben der Jüdischen Akademie sein. Weitgehend unbekannt ist auch die Vielfalt jüdischer Denominationen und Liturgien.

d. Es gehört zu den Realitäten jüdischen Lebens und der politischen Existenz in Deutschland, sich mit der in jeder Hinsicht besonderen Rolle Israels auseinandersetzen. Dabei fällt auf, dass die Realität der israelischen Gesellschaft jenseits des Nahostkonflikts in der deutschen Öffentlichkeit nur eine geringe Aufmerksamkeit erfährt. Zwar sind israelische Autoren hierzulande Bestsellerautoren, doch sind die sozialen Verhältnisse in Israel vom Bildungssystem über die Parteienlandschaft bis hin zur politischen Kultur, von Kunst, Musik, Literatur und Film eher nur wenig bekannt. Die Jüdische Akademie will dieser Realität in Form einer besonderen Programmschiene entsprechen.

e. Die unmittelbare Aufgabe, vor der die jüdische Gemeinschaft in Deutschland indes steht, ist ihre innere Integration. Die künstlerisch und intellektuell ebenso anspruchsvolle zweite und dritte Generation jüdischer Immigranten aus den Territorien der ehemaligen Sowjetunion wird das künftige Bild eines erneuerten deutschen Judentums prägen; man wird diese Synthese kaum verstehen, ohne sich mit der jahrhundertealten Geschichte der russischen Juden bis zum Ende der Sowjetunion intensiver zu befassen. Die Jüdische Akademie wird sich mit der Soziologie, Psychologie und Kultur dieser Immigration befassen und sie in ihren Veranstaltungen einbinden, wodurch auch ein Beitrag zur Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft geleistet werden kann.

Aufgaben und Herausforderungen

Die Jüdische Akademie sieht ihre Aufgabe darin, die Kreativität, die Spannungen und Konflikte, die Chancen und Zukunftsaussichten der Gemeinschaft der Öffentlichkeit zu vermitteln, und will damit einen eigenen Beitrag zur Fortentwicklung des erneuerten Judentums in Deutschland und Europa leisten. Sie wird diesem Programm in vielfältigen Formaten nachgehen und dabei folgende Schwerpunkte behandeln:

1. Das Judentum – eine lebendige Religion in Geschichte und Gegenwart
   Eine Vielfalt religiöser Strömungen und Liturgien von der Orthodoxie über das Reformjudentum bis zu chassidischen Gruppen formen das jüdische Leben weltweit. Jüdische Bildungsarbeit hat den Anspruch, die innerjüdische Pluralität zum Thema zu machen und eine Plattform anzubieten, die sich mit den Positionen und Traditionen der unterschiedlichen religiösen Strömungen des Judentums auseinandersetzt.
2. Jüdische Lebenswelten – Pluralisierung und Eigensinn
   Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten durch die Zuwanderung von Juden nach Deutschland zahlenmäßig enorm gewachsen. Juden aus unterschiedlichen Herkunftsländern und religiöser Traditionen prägen die jüdische Gemeinschaft. Der aktive Beitrag der Jüdischen Akademie bei der Präsentation und Entwicklung der jüdischen Pluralität besteht darin, Vertretern jüdischer Gruppen unterschiedlicher Altersgruppen sowie religiöser und kultureller Orientierungen ein Forum der Auseinandersetzung und Klärung der eigenen Identität sowie der kulturellen, politischen oder religiösen Orientierung zu bieten.

> **Die Jüdische Akademie ist vor die Aufgabe gestellt, unterschiedlichen Bildungsverständnissen und -horizonten gerecht zu werden**

3. Das Verhältnis zu Israel
   Die Verbindung zu dem Staat Israel ist für die meisten Juden sowie für die in Deutschland ansässigen jüdischen Institutionen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Vor diesem Hintergrund sieht sich der jüdische Bildungsauftrag aufgefordert, die Pflege und Vertiefung bestehender Beziehungen mit israelischen Organisationen und Institutionen voranzutreiben. Dies trägt zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit den Belangen und Interessen der israelischen Gesellschaft bei.
4. Aufklärung über die Shoah
   Die Massenvernichtung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Kollaborateure ist noch nicht in allen wesentlichen Dimensionen erforscht. Eine Aufgabe jüdischer Bildungsarbeit ist es, neue substanzielle Ergebnisse historischer Forschung zur Debatte zu stellen.
   Sie wird auch an der für die politische Bildung Deutschlands entscheidenden Diskussion teilnehmen, wie die Geschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen einer in Deutschland lebenden Jugend vermittelt werden kann.
5. Erinnern und Gedenken in der deutschen Gesellschaft
   Das Erinnern und Gedenken an die Vernichtung der europäischen Juden während der Shoah hat sich in Deutschland durch den zeitlichen Abstand zum Nationalsozialismus verändert. Sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch in der jüdischen Gemeinschaft werden neue Formen der Gedenkkultur entwickelt, die eine identitätsstiftende Bedeutung begründen. Aufgabe der Jüdischen Akademie ist es, den Prozess der Erinnerungspraxis zu begleiten und zu reflektieren, und somit rechtextremen und populistischen Versuchen, die Geschichte zu leugnen oder umzudeuten, entgegenzuwirken.
6. Gefährdete Demokratie: Antisemitismus und Populismus
   Die Zunahme rechtspopulistischer und antisemitischer Parteien und Bewegungen in Deutschland und Europa stellt die antisemitismuskritische Bildungsarbeit vor neue Herausforderungen. Unter komplexen gesellschaftlichen Verhältnissen verbreiten sich häufig Verschwörungsmythen. Die Jüdische Akademie sieht ihre Aufgabe vor dem Hintergrund des wachsenden Einflusses gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit darin, die Bedeutung rechtsstaatlich verankerter demokratischer Strukturen und Institutionen und der ihnen zugrunde liegenden politischen Kultur beharrlich hervorzuheben.
7. Ästhetik, Kunst, Film und Literatur
   Die Bandbreite jüdischen kulturellen Schaffens findet ihren Ausdruck in nahezu allen künstlerischen Bereichen der modernen Gesellschaft. Diese tragen dazu bei, einen Einblick in eine von Jüdinnen und Juden geführte ästhetische und literarische Auseinandersetzung mit ihrer Lebenswelt in Deutschland, Europa, den USA und Israel zu gewinnen. Ein jüdisches Bildungskonzept sieht vor, als Forum künstlerischer Werke aus der jüdischen Welt zu fungieren.
8. Jüdische Philosophie und Ethik
   Die Lehren und Ideen des rabbinischen und talmudischen Judentums haben einen wesentlichen Beitrag zum modernen jüdischen Denken und seiner Kultur geleistet. Jüdische Philosophie und Ethik basieren auf diesem Denken und prägen zeitgenössische Diskurse und existenzielle Fragestellungen. Im Rahmen der Begleitung jüdischer Bildungsprozesse wird notwendigen sinn- und identitätsstiftenden Debatten Raum gegeben, um die Grundlagen jüdischen Denkens und Handelns innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu erweitern. Die Jüdische Akademie verspricht sich, mit diesen ausdifferenzierten und vielfältigen Orientierungsangeboten für die Mitglieder jüdischer Gemeinden einen Beitrag zur Stärkung der jüdischen Identität zu leisten und somit die Bedeutung der jüdischen Stimme innerhalb der pluralen deutschen Gesellschaft festigen zu können.
9. Interreligiöse (Streit-)Gespräche
   Der christlich-jüdische Dialog hat in den letzten Jahrzehnten zu großen Fortschritten beim Abbau von Vorurteilen geführt. Die systematische Erforschung der Verantwortung der christlichen Theologie und der Kirchen für die Judenverfolgung ist Ausdruck eines veränderten Verständnisses christlicher Einstellungen gegenüber dem Judentum. Dennoch wird das Judentum in religiöser Hinsicht vor allem als Religion des Alten Testaments wahrgenommen. Dass es jedoch vornehmlich die Lehren und Ideen des rabbinischen, des talmudischen Judentums waren und sind, die einen wesentlichen Beitrag zum zeitgenössischen und modernen jüdischen Denken und seiner Kultur geleistet haben, wird weitgehend übersehen. Die Jüdische Akademie wird sich daher sowohl den historischen Wurzeln des christlichen Antijudaismus und des politischen Antisemitismus als auch dem rabbinischen Judentum als Basis moderner Philosophie intensiv widmen.

Mit dem Auf- und Ausbau eines spezifisch »jüdisch-islamischen«, theologisch und philosophisch geführten Dialogs wird die Jüdische Akademie einen neuen, eigenen Akzent setzen, um sowohl die historisch gewachsenen Unterschiede als auch die gemeinsamen Interessen als religiöse Minderheiten in Deutschland zu erkunden.

Doron Kiesel ist Wissenschaftlicher Direktor der Bildungsabteilung des Zentralrates des Juden in Deutschland

»Der innere Bruch, den Flüchtlinge verarbeiten müssen, wird oft nicht bedacht«

Dmitrij Kapitelman über Kontingentflüchtlinge, Integration und sein neues Buch

In seinem aktuellen Roman »Eine Formalie in Kiew« erzählt Dmitrij Kapitelman von einer Familie, die in die Fremde zog, um ein neues Leben zu beginnen, und am Ende ohne jede Heimat dasteht. Sandra Winzer spricht mit ihm über das Buch und auch seine eigene Migration nach und Integration in Deutschland.

Sandra Winzer: »Eine Formalie in Kiew« erzählt von Dima, einem jungen Mann, der aus der ehemaligen Sowjetunion mit seinen Eltern nach Deutschland kam und nun auch amtlich Deutscher werden möchte. Durch das gesamte Buch zieht sich die Zahl 25. Warum ist sie so bedeutend?
Dimitrij Kapitelman: Weil es die Anzahl der Jahre ist, die vergangen sind, seit meine Familie und ich aus der Ukraine nach Deutschland gekommen sind. 25 Jahre sind der Großteil meines Lebens, ich bin heute 34. Umso fassungsloser macht es mich, dass es nach all der Zeit als Mitglied der Gesellschaft so schwierig ist, auch amtlich als Mitglied der deutschen Gesellschaft anerkannt zu werden. 25 Jahre sind ein Vierteljahrhundert, das Intervall einer ganzen Generation.

Ihr Protagonist Dima kämpft mit dem »bürokratischen Ballast«, der mit dem deutschen Pass verbunden ist. Sie schreiben Sätze, wie: »Migration hört eigentlich nie auf.« – »Auch 25 Jahre später wandere ich immer noch nach Deutschland ein.« Macht Sie das wütend?
Ja. Von Einwanderern wird wahnsinnig viel verlangt. Wollen Sie als Migrantin oder Migrant gewisse Rechte und Teilhabe haben, wird ihnen das oft schwer gemacht. Einerseits hört man »Bildet keine Parallelgesellschaften« – andererseits fühlen sich viele Menschen gar nicht willkommen in einer deutschen Reihenhaussiedlung. Es dringt durch, dass man nicht am Grundgerüst rütteln soll. Bis vor Kurzem stand in meinen Papieren: »Residenzpflicht«. Das bedeutet, dass ich theoretisch als Kontingentflüchtling nur in Sachsen leben dürfte, sofern ich nicht woanders arbeite. Ein Vierteljahrhundert später soll ich also noch immer in dem Bundesland bleiben, dem ich zugeteilt wurde?! Das ist doch irre. Solche Dinge machen mich wütend.

Das »Nicht-willkommen-Sein« – wie zeigt sich das Ihnen im Alltag?
Z. B. durch Wahlerfolge der AfD, durch rechte Netzwerke in den deutschen Sicherheitsbehörden, aber auch durch Alltagsrassismus. Es kann durch den Mann im Wehrmachts-T-Shirt im ICE nach Hannover sein, der damit offenbar niemanden stört. Oder subtiler: Wenn man den vermeintlich falschen Namen hat, ist es schwieriger, Wohnungen zu bekommen. Auch gibt es viele Menschen, die mit der vermeintlich falschen Hautfarbe viel häufiger in Polizeikontrollen geraten. Dinge, die fast schon langweilen, weil man sie immer wieder hört – sie sind und bleiben aber real.

Realer Alltagsrassismus …
Bei diesem Thema bin ich, als weißer, blonder Mann, zwar nur bedingt ein guter Ansprechpartner, mir legt auch schon mal ein Nazi den Arm um die Schulter in der Kneipe und sagt hässliche Dinge, nur weil ich blond und weiß bin. Mein guter Freund aus Kamerun aber kehrt nach 100 Metern panisch um, wenn er merkt, dass er seinen Reisepass vergessen hat. Er sagt dann zu mir: »Vergiss es, ohne Ausweis gehe ich nicht aus dem Haus.« Ich selbst war einmal in der Notaufnahme eines großen Leipziger Krankenhauses. Der Arzt fragte mich nach meinem Beruf – ich erzählte von mir als Journalist und Autor. Später sagte der Arzt: »Aha, Jude.« Im gleichen Atemzug erzählte er, dass das ganze Krankenhaus AfD wählt. Sofort fühlte ich mich in meiner Haut nicht mehr wohl, solche Momente sind beängstigend.

Beängstigend erscheinen auch die Hürden, die auf Dima in Ihrem Buch immer wieder zukommen. Wochenlanges Warten auf Papiere, eine Reise nach Kiew für ein beglaubigtes Dokument … Auch Sie selbst haben das erlebt.
Ja. Dima zählt zu den Kontingentflüchtlingen. Eine der wenigen Migrantengruppen, die quasi »angeworben« wurden mit der Begründung der historischen Verantwortung. Wenn ich dann, nach einer extrem erfolgreichen Integration, immer noch bürokratisch auf Distanz gehalten werde, macht mich das wütend. Auch Deutschland verliert dadurch Ressourcen. Menschen etwa, die begnadete Ärztinnen und Ärzte sein könnten, geben – hingehalten und frustriert – auf, weil ihnen die Kraft ausgeht. Wäre ich nicht schon so gut verwachsen mit Deutschland, hätte mich dieser Einbürgerungsprozess total zermürbt. Womöglich hätte ich gesagt: »Schluss, zu viel Schikane.«

In Ihrem Roman erzählen Sie auch eine Familiengeschichte. Von der innerlichen Grenzmauer, die Dima zur Mutter aufgebaut hat, die erst durch die gemeinsame Reise zu bröckeln scheint. Auch das Verhältnis zum Vater ändert sich. Haben auch Sie die sich wandelnden Dynamiken innerhalb der Familie durch die Aus- bzw. Einwanderung erlebt?
Ja. Hätte es die vielen persönlichen Emotionen meiner Familiengeschichte nicht gegeben, hätte ich das Buch nicht geschrieben. Niemand braucht einen Roman, der ausschließlich sagt: »Bürokratie nervt«. Ohne echte Liebesfragen ginge das nicht. Staat und Familie lassen sich nicht getrennt betrachten. Die politischen Umstände des Landes, in dem man lebt, prägen die Familie.

Ist dieselbe Familie im jeweils anderen Land eine andere?
Ja. Migration bedeutet nicht nur: Wir sind finanziell solide und schicken die Kinder an die Uni. Bei Migration gibt es einen menschlichen Bruch – innerhalb der Familie. Umfeld, Sprache oder Gesamtgefüge – im neuen Land ist nichts mehr vertraut. Deswegen glaube ich auch, dass von Einwandererinnen und Einwandern viel verlangt wird. Der innere Bruch, den Flüchtlinge verarbeiten müssen, wird oft nicht bedacht. Bei mir haben sich viele Menschen gemeldet, die bestätigen, dass mindestens ein Elternteil auf eine gewisse Art in Deutschland verwelkt ist. Dieser Aspekt ist leider selten Teil der Einwanderungsdebatte. Meist geht es nur um Sprachkenntnisse und Arbeitsquoten.

Was genau meinen Sie mit »verwelkt«?
Warum Einzelne innerhalb eines Umfeldes traurig werden, während andere prosperieren – das ist ganz individuell. Man muss aber beachten: Bei der Einwanderung verschwindet für Migrantinnen und Migranten jegliche Selbstverständlichkeit. Freundeskreis und Status gehen verloren, man startet als Niemand, ist in vielen Situationen unterlegen. Das sind tiefgreifende psychologische Momente, die bei vielen Menschen zu Rückzug führen. Bei meinem Vater etwa hatte ich das Gefühl, dass er unterschätzt hat, wie schwierig es ist, als Jude in Deutschland zu leben. Wir lebten in einer Gegend in Sachsen, in der es viele Neonazis gab. Rechte Propaganda war überall zu sehen in der Nachbarschaft, bis hin zu Neonazi-Partys im eigenen Haus. All das hat es meinem Vater kaum möglich gemacht, Deutschland richtig zu trauen.
Vielleicht wäre das anders gewesen, wären wir etwa nach Düsseldorf gegangen. Trotzdem: Jedes Mal, wenn ich ihm zeigen will: »Deutschland ist unser Freund«, taucht ein NSU-2.0-Skandal auf oder ein AfD-Wahlerfolg. Es ist schwierig, traumatisierten jüdischen Menschen ein sicheres Land zu versprechen, wenn die Gefahr immer wieder durchdringt.

FOTO: ALISA MARHÖFER

»L'Dor VaDor«, Alisa Marhöfer, 4. Platz

Jüdischsein – der Begriff und das Thema kommen in Ihrem Buch kaum vor. Warum?
Ich wollte kein zweites Buch zum Thema »Jüdisches Leben in Deutschland« schreiben. Wichtiger im aktuellen Buch ist die Frage: Wie kann es sein, dass die jüdischen Einwanderer in Deutschland so sehr um den deutschen Pass betteln müssen? Wann ist das politisch salonfähig geworden? Dabei geht es um alle Menschen, die längst Teil dieses Landes sind. Sie alle sollten mit den gleichen Rechten den gleichen Zugang bekommen. Ich möchte den Pass nicht als Identität diskutieren. Zu großem Teil steht ein deutscher Pass einfach für Privilegien, für Sicherheit.

Würden Sie soweit gehen zu sagen, »Jüdischsein« in Deutschland heute emanzipiert sich noch immer – weg vom Holocaust zu einer frischen vielseitigen Identität? Jüdischsein heute kann doch mehr …?
Grundsätzlich stimme ich dem absolut zu. Wir sind müde, immer mit der Shoah verbunden zu werden. Das ist eine Belastung und eine Reduzierung einer tatsächlich vielfältigen, tollen und spannenden, ja, auch witzigen Kultur. Die Religion praktiziere ich zwar nicht selbst, mich interessieren aber die (Modernisierung-)Prozesse, die gerade im Judentum ablaufen. Keiner von uns möchte auf ewig in dieser Opfer-Schablone stecken. Von der Shoah kann sowieso niemand einfach so loskommen, dafür ist dieses Ereignis zu heftig. Der Punkt ist aber: Wer bestimmt heutzutage, wie sehr die Shoah in den Vordergrund gerückt wird? Wer besitzt die Hoheit über die Erinnerung und den Zeitpunkt, wann sie thematisiert wird? Hinter Forderungen, die Vielfalt des Judentums heute deutlicher zu zeigen, steckt auch die Forderung: Lasst uns selbst bestimmen, wann wir den Schmerz thematisieren und wann unsere Vielseitigkeit.

Sie schreiben nicht zwingend über die Staaten, sondern über die Gefühle, die sie in uns auslösen. Machen uns Staaten zu einem bestimmten Menschen, wenn wir in ihnen funktionieren wollen?
Ich weiß nicht, ob es die Staaten sind, die unseren Charakter prägen. Wir selbst schaffen ja auch den Staat. Wer wen beeinflusst, ist eine schwierige Frage. Ich würde es so formulieren: Migration hat neben all der Belastung auch eine sehr schöne Seite: Kultureller Reichtum ist kein Problem oder Defizit, im Gegenteil. Es ist wunderschön, mehrere Sprachen zu sprechen und mehrere Kulturen zu fühlen.
Bei der Frage »Wie sehr definiert der Staat einen Menschen?« kann ich sagen: Mein Leben mit meinen verstreuten Zugehörigkeiten – deutsch, jüdisch, ukrainisch, russisch – fordert viel Autonomie, um festzustellen: Was gehört zu mir und was lehne ich ab? Aber ich kann finden, was wirklich zu mir selbst gehört. Wie ein Magnet.

Am Ende Ihres Buches wiederholt sich dieser Satz: »Nichts ist so gleichgültig wie Nationalitäten«. Ist das eine der Botschaften, die Sie sich rüberzubringen wünschen? Wir können Landsleute aller Herren Länder sein – wir können mehr als eines sein?
Zwar bin ich kein hoffnungsloser Utopist. Worauf ich aber hoffe, ist eine Weltgemeinschaft, in der Nationalitäten auf gleiche Weise gültig sind. Ohne Aggressivität und Chauvinismus. Ohne überhöhte nationalistische Egoismen, die eine humane Politik unmöglich machen. Um etwa eine Klimapolitik zu betreiben, die uns wirklich rettet. Viele Dinge scheitern letztlich an nationalen Egoismen, die wiederum mit der Wirtschaft verbunden sind.

Herr Kapitelman, wir leben in Pandemie-Zeiten, Ihr Buch ist 2021 erschienen. Hat Corona die Publikation und den Schreibprozess eher ausgebremst oder beschleunigt?
Die Arbeit am Manuskript habe ich im Juli 2020 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt lebten wir seit ein paar Monaten mit der Pandemie. Ich schmiss das russische Spezialitäten-Geschäft meiner Eltern, damit sie sich nicht anstecken und zu Hause bleiben konnten. Diese Monate haben noch einmal extra emotionalisiert. Menschen kauften sich Masken und Klopapier unter der Nase weg, die EU schloss die Grenzen. Das Gefühl einer großen Bedrohung floss auch in meinen Epilog ein. Auch die Angst davor, dass nationale Egoismen zunehmen anstelle von Solidarität. Die Solidarität aber ist notwendig für Herausforderungen wie Pandemie, Klimawandel oder Wirtschaftskrise.
Das Gefühl, das wir selbst in der Katastrophe eher in unsere politisch-nationalen Einzelteile zerfallen, ist am Ende definitiv eingeflossen. Alles, was aktuell herrscht, ist quasi einfach blöd. Zwar habe ich viele schöne Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern. Die große Distanz derzeit ist aber einfach gemein und man fühlt sich vom Virus betrogen. Darunter leiden wir ja aber alle.

Vielen Dank.

Dmitrij Kapitelman ist Journalist und Autor von »Eine Formalie in Kiew« (Hanser Berlin, 2021). Sandra Winzer ist ARD-Journalistin beim Hessischen Rundfunk

THEMA

Jüdische Kultur in Rheinland-Pfalz sichtbar machen

Drei Fragen an Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Rheinland-Pfalz

Die Sonderausstellung »Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz« will den Blick zurück und nach vorne lenken. Politik & Kultur fragt die federführende Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz, Anne Spiegel, wie sich dies gestaltet.

Was zeigt die neue multimediale Sonderausstellung »Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz«?
Die Ausstellung soll einen Einblick in die Vielfalt modernen jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz geben. Das stellen wir vor allem über die Filmporträts dreier junger Frauen vor. Sie zeigen, wie facettenreich modernes junges Judentum ist.
Gleichzeitig wirft die neue Ausstellung aber auch einen Blick zurück in die 1.700 Jahre alte Geschichte des Judentums in Rheinland-Pfalz und bringt Besucherinnen und Besuchern die Geschichte der sogenannten SchUM-Städte, Mainz, Worms und Speyer, näher. Mir war es ein Anliegen, mit der Ausstellung die jüdische Kultur und das
Leben von Jüdinnen und Juden heute in Rheinland-Pfalz sichtbar zu machen, weil viele Menschen im Alltag immer noch wenige Berührungspunkte mit ihnen haben.
Gleichzeitig war es mir wichtig, dass wir in der Ausstellung auch auf den leider in den letzten Jahren verstärkt sichtbaren Antisemitismus eingehen. Es ist traurige Wirklichkeit: Die Zahl der Angriffe auf Jüdinnen und Juden steigt. In Deutschland gibt es Anschläge, Angriffe und Alltagsantisemitismus.
Von dieser Entwicklung ist auch Rheinland-Pfalz betroffen. Das alles sind Angriffe auf unsere offene, demokratische Gesellschaft.
Jede und jeder Einzelne von uns ist deshalb gefragt, diesem aufkeimenden Antisemitismus entgegenzutreten.
Dabei ist es besonders wichtig, dass wir junge Menschen für das Thema sensibilisieren.

Welche Rolle und Bedeutung nehmen dabei die SchUM-Gemeinden in Speyer, Worms und Mainz ein?
Die SchUM-Städte haben in der rheinland-pfälzischen Geschichte des Judentums eine besondere Bedeutung, deshalb haben wir ihnen auch gebührenden Platz in der Ausstellung eingeräumt. Ab dem 10. Jahrhundert gründeten Jüdinnen und Juden aus Italien und Frankreich in diesen drei alten Bischofsstädten ihr »Jerusalem am Rhein«. Trotz Angriffen auf die jüdischen Gemeinden, etwa während des ersten Kreuzzugs, entwickelten sich Speyer, Worms und Mainz dann im hohen Mittelalter zum Zentrum west- und mitteleuropäischen Judentums. Noch heute kommen Jüdinnen und Juden aus der ganzen Welt, um etwa den Heiligen Sand in Worms zu besuchen, den ältesten in situ erhaltenen jüdischen Friedhof in Europa.
Rheinland-Pfalz setzt sich schon seit 2006 gemeinsam mit den drei Städten sowie den jüdischen Gemeinden in Mainz und Speyer und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden im Verbund des SchUM-Städte e.V. für eine Anerkennung der SchUM-Stätten als UNESCO-Weltkulturerbe ein. In diesem Sommer werden wir voraussichtlich wissen, ob der Antrag Erfolg hat. Aus meiner Sicht wäre die Anerkennung ein wichtiges Zeichen, um sichtbar zu machen, welch wichtiger Teil unserer Kultur das Judentum ist.

Was macht jüdisches Leben heute in Rheinland-Pfalz aus?
Jüdisches Leben ist in Rheinland-Pfalz heute vor allem vielfältig. Die Jüdinnen und Juden leben religiös oder säkular. Sie engagieren sich in ihren Gemeinden oder Vereinen und sind fest in Rheinland-Pfalz verwurzelt. Modernes jüdisches Leben hat zudem einen ganz wesentlichen Schub durch Migration aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion erhalten. Von 1999 bis 2011 hat sich die Zahl der rheinland-pfälzischen Jüdinnen und Juden vor allem aufgrund dieser Migration mehr als verdoppelt: von 1.500 auf 3.300. Das hat die jüdischen Gemeinden neu belebt. In meiner Heimatstadt Speyer haben Jüdinnen und Juden, die aus Osteuropa stammen, 1996 sogar eine ganz neue Gemeinde gegründet. Jüdisches Leben findet aber eben auch außerhalb der Kultusgemeinden statt. Hier zeigen wir in der Online-Ausstellung auch das Ringen der jungen Generation um ihr religiöses Erbe. Eine von uns porträtierte junge Frau geht voll im Gemeindeleben auf, es gibt ihr Kraft. Eine andere Porträtierte definiert ihre jüdische Identität dagegen weniger über die Religion als über das jüdische Brauchtum.

Anne Spiegel ist Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz

Mehr dazu: Die Sonderausstellung »Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz« finden Sie hier online: bit.ly/3si1QOS

Lebensrealitäten und Trends

Zwischen Antisemitismus und bestärkender jüdischer Identität

DALIA GRINFELD

Junge Jüdinnen und Juden leben zwischen steigendem Antisemitismus und der Stärkung ihrer jüdischen Identität durch Empowerment und Selbstorganisation. Diese Ambivalenz spiegelt sich in ihren Lebensrealitäten wider.

Junge Jüdinnen und Juden sind keine homogene Gruppe. Ihre Lebensrealitäten umfassen neben unterschiedlicher Herkunft, religiöse Denomination, sozioökonomischen Status und vielem mehr auch unterschiedliche Sozialisierungen in Bezug auf ihre jüdische Identität. Beispiele hierfür sind das Besuchen und vergleichsweise das Nicht-Besuchen von jüdischen Schuleinrichtungen, Religionsunterricht, Jugendzentren und Ferienlagern. Besonders Letztere haben einen starken und meist positiven Einfluss auf die jüdische Identitätsbildung, wie Sabina Ermak in »Fallrekonstruktion zu jüdischen Sozialisationen in Deutschland« beleuchtet. Die Möglichkeit für junge jüdische Menschen, ihre Identität positiv zu erlernen und zu erleben, ist eine Renaissance, denn die Wege der vorangegangenen Generationen waren durchweg von Vertreibung, Flucht und Migration geprägt.

Gleichzeitig zeigt die Studie »Antisemitismus im Kontext Schule«, dass eine Präsenz und Regelmäßigkeit antisemitischer Sprache und Situationen in der Schule vorherrscht, welche signifikanten Einfluss auf jüdische Schülerinnen und Schüler in ihrem Alltag und darüber hinaus manifestiert. Auch die Fallzahl antisemitischer Vorfälle zeigt die reale Bedrohung durch Antisemitismus. So wurden 2019 in Berlin 881 antisemitische Vorfälle – durchschnittlich 2,4 pro Tag – gemeldet, welche sich besonders in Stadtteilen, in denen jüdisches Leben besonders sichtbar ist, ereigneten. Zuvor meldete der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) einen Anstieg von 155 Prozent der gewalttätigen antisemitischen Angriffe von 2017 auf 2018. »Judenhass ist im Zuge der Corona-Pandemie weiter angestiegen«, analysierte der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, zusätzlich. Mehr als die Hälfte der Jüdinnen und Juden in Deutschland machten bereits antisemitische Erfahrungen, wobei auch die alleinige Antizipation des Hasses einen deutlichen Effekt ausübt.

Inmitten des kontinuierlichen Antisemitismus leuchtet das Licht der Selbstorganisation junger Jüdinnen und Juden. Maßgeblich in den letzten fünf Jahren wurden von ihnen zahlreiche Initiativen und Organisationen zum Selbst-Empowerment gegründet. So wurde mit der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) eine für 25.000 repräsentative junge jüdische politische Stimme ins Leben gerufen. Daneben machten auch regionale jüdische Studierendenverbände wie der VJSNord und JSUWürttemberg sowie die Jüdischen Hochschulgruppen in Bielefeld und Düsseldorf ihr Debüt und bereichern insbesondere das Hochschulleben. Eine Aktive berichtet, sie habe durch die jüdische Studierendenarbeit »endlich die Möglichkeit, (ihre) jüdischen und politischen Interessen zu verbinden und aktivistisch für das Gemeinwohl zu handeln«. Auch kennzeichnen Interessenvertretungen wie der LGBTIQ*-jüdische Verein Keshet Deutschland e.V., hebräisch für Regenbogen, und Plattformen wie der Jewish Women Empowerment Summit (JWES) den klaren Trend hin zu dem Bedarf an Identitäts- und Interessenverknüpfung und eigener Agendasetzung.

Besonders die Selbst-und Peer-Bildungsangebote auf der Social-Media-Plattform Instagram demonstrieren die Tendenzen der Wünsche und Interessen junger Jüdinnen und Juden. »Juedisch.und.deutsch« bietet neben Porträts »echter« junger jüdischer Menschen auch Bildungsinhalte über jüdische Feiertage, Traditionen und Probleme. Gründerin Fanny Huth sagt, sie war es »leid, sich immer über den Umgang mit dem Judentum in Deutschland aufzuregen« und möchte durch Aufklärung Antisemitismus bekämpfen. Auch »jewish.resistance.alliance« klärt als diasporische zionistische Gruppe von Jüdinnen, Juden und Verbündeten über verschiedene Formen des Antisemitismus auf. Der Kanal »insta.jews« sammelt und verbreitet erstmalig jüdische Eventangebote über alle Denominationen hinweg. Intersektionalität findet Einklang bei »jewish Intersectional«, welches eine Initiative für kritische Bildungsarbeit ist. Frisch in dem digitalen Mix dazugekommen sind das »jquizz« mit Quizfragen zu jüdischen Themen und »Yalla Challah Berlin«, dessen Account-Inhaberin jeden Freitag zur »Einstimmung auf den Shabbes« das traditionelle Hefezopfbrot backt und ihre Gedanken teilt. Zu ihrem Projekt erzählt sie: »Jüdische Freund:innen von mir fühlten sich inspiriert und fingen an, selbst zu backen. Nichtjüdische Freund:innen von mir wollten mehr über meine ashkenasische Tradition wissen. Das brachte uns nicht nur näher zusammen, sondern gab mir auch ein Gefühl der Verbundenheit in diesen Zeiten der Isolation zurück.« Exemplarisch zeigt die Eröffnung und somit Lückenfüllung dieser Kanäle, dass junges jüdisches Leben eine Symbiose ist aus Bedürfnissen erstens des Zusammenkommens der Community, zweitens primär externe, aber auch interne Bildung zu realem jungen jüdischen Leben und drittens der Notwendigkeit der Beleuchtung und Aufklärung über antisemitische Erfahrungen.

Währenddessen erscheinen über 3.000 Zeitungsartikel jährlich über Antisemitismus in Deutschland und dabei lediglich vereinzelt Inhalte über jüdisches Leben und Identität in ihrer Vielfalt und Normalität. Gleichzeitig ist es Letzteres, welches besonders die junge jüdische Generation sich wünscht. So äußerte sich die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD): »Jüdisches Leben darf nicht mehr nur im Koordinatensystem von Shoa/Holocaust, Antisemitismus und Israel-Palästina-Konflikt wahrgenommen werden.« Es braucht dringend Bildung über jüdisches Leben, Traditionen, Kultur, Geschichte und leckeren Rezepten. Aber auch der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, äußerte in seiner Festrede zu 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: »Antisemitische Vorurteile (…) halten sich umso besser, je weniger man über Juden weiß.« Zum Wissen über jüdisches Leben gehört zwangsläufig ein Verständnis für die beschriebenen ambivalenten Lebensrealitäten junger Jüdinnen und Juden. Ihre Forderungen nach tatsächlicher Repräsentation ihrer Lebensrealitäten in Politik, Bildung, Zivilgesellschaft, Medien und Kultur bleiben bestehen, während sie mitunter durch Selbstorganisation jüdische Identitäten bestärken.

Dalia Grinfeld ist Stellvertretende Direktorin für Europäische Angelegenheiten bei der Anti-Defemation League (ADL), Co-Vorsitzende und Gründungsmitglied des LGBTIQ*-jüdischen Vereins Keshet Deutschland e.V. und ehemalige Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)

FOTO: SABINA ERMAK

»Wir Jungen können vieles bewirken«, Sabina Ermak, 4. Platz

Von Vaterjuden und anderen Bezeichnungen, auf die wir gut verzichten können

Bedeutung, Herausforderungen und Kritik

ALINA GROMOVA

Im Jahr 1995 prägte die niederländische Schriftstellerin und Feministin Catharina Dessaur den Begriff des Vaterjuden. Seitdem sind damit im deutschsprachigen Raum Personen gemeint, die einen jüdischen Vater und eine nichtjüdische Mutter haben und deshalb von den jüdischen religiösen Autoritäten oft als Nichtjuden betrachtet werden. Gemäß der Halacha, dem jüdischen Religionsgesetz, wird die Zugehörigkeit zum Judentum durch die Mutter weitergegeben. Dieser Regel folgt auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, deshalb werden Kinder jüdischer Väter und nichtjüdischer Mütter von der überwiegenden Mehrheit der jüdischen Gemeinden in Deutschland als Mitglieder nicht akzeptiert. Auch wenn sich die Menschen selbst aufgrund ihrer Herkunft und Sozialisation als jüdisch verstehen, bleiben sie aus dem jüdischen institutionellen Leben hierzulande ausgeschlossen. Dieser Ausschluss hat für die Betroffenen auch psychische Folgen. So leben viele von ihnen mit dem Gefühl, nur »irgendwie jüdisch« oder »nicht ganz koscher« zu sein, wie der Titel der ersten Monografie zu diesem Thema lautet, die Soziologin Ruth Zeifert 2017 veröffentlichte: »Nicht ganz koscher: Vaterjuden in Deutschland«. Zeifert schätzt, dass etwa die Hälfte aller Kinder, die hierzulande einen jüdischen Vater haben, nicht von einer jüdischen Mutter geboren sind.

Wie gehen die Betroffenen selbst mit der Bezeichnung »Vaterjude« oder »Vaterjüdin« um? Einige versuchen, diesen Begriff, der den Stempel eines »Mangelexemplars« trägt, für sich anzueignen und sich selbstbewusst zu ihrem Judentum nach dem Vater zu bekennen. Die anderen wiederum wählen den Weg des Gijurs, der Konversion zum Judentum, um vom »Nichtjuden« zum »Juden« zu werden, um damit eine »Statusklärung« oder »Legalisierung« zu vollziehen. Auffällig ist aber, dass sich in Deutschland bis heute keine Gemeinschaft der Vaterjüdinnen und -juden gebildet hat, in der sich Menschen miteinander über die Erfahrungen der Ausgrenzung und des Schams austauschen und ihr jüdisches Selbstbewusstsein stärken können. Einen Versuch machte 2008 die einzigartige Initiative »doppel:halb – vaterjüdisch*mixed families*patrilinear«, die sich an Gesprächspartner mit einem jüdischen und einem nichtjüdischen Elternteil in unterschiedlichen Konstellationen richtete. Weitere Versuche, sich zu organisieren, Vereine oder Anlaufstellen zu gründen, fanden jedoch nicht statt oder blieben für die Öffentlichkeit unsichtbar.

Diese unzureichende Vernetzung und nur vereinzelte selbstbewusste Positionierung zum Begriff Vaterjüdinnen und -juden sind ein Zeichen dafür, dass diese Bezeichnung sich nicht für ein positives Selbstbild eignet und von der Mehrheit der Betroffenen nicht übernommen wird. Welche Gründe kann diese Ablehnung haben und warum lässt sich diese Bezeichnung kritisieren?

Zum einen hat der Begriff Vaterjude mit der Realität derjenigen, die damit gemeint sind, wenig gemeinsam. Wird jemand als »Vaterjüdin« bezeichnet, sagt das weder etwas über ihre Beziehung zum Judentum, noch zu ihrem Vater aus. Damit deutet man vielmehr auf ein Defizit, der angibt, »jüdisch auf der falschen Seite« zu sein. Einen besonderen Nachgeschmack hat diese Bezeichnung für die patrilinearen Jüdinnen und Juden, die aus der ehemaligen Sowjetunion kommen. Jüdischsein galt dort als Nationalität, deren Weitergabe offiziell nach dem Vater erfolgte. In den sowjetisch geprägten Staaten waren Menschen patrilinearer jüdischer Abstammung sowohl für die innerjüdische Community als auch für die Mehrheitsgesellschaft Jüdinnen und Juden. Sie waren häufig jüdisch sozialisiert und litten nahezu ausnahmslos unter dem Antisemitismus. Vielen von ihnen ist die jüdische Tradition in ihrer sowjetischen Ausprägung gut vertraut, häufig verorten sie sich jedoch jenseits des Religiösen. Dass sich eine Bezeichnung wie Vaterjude auf die religionsrechtliche Auslegung der Halacha stützt, geht an der Lebensrealität derer vorbei, die sich als säkulare Jüdinnen und Juden begreifen.

Ein anderer Grund für Kritik am Begriff des Vaterjuden ist die Erkenntnis, dass er vor dem Hintergrund der Komplexität von Geschichten und Biografien patrilinearer jüdischer Menschen zu kurz greift. So leben in Deutschland nicht nur Jüdinnen und Juden nach dem Vater, sondern auch Enkelkinder jüdischer Großväter mütterlicher und väterlicherseits. Auch diese Personengruppe bleibt von der Teilnahme am jüdischen Gemeindeleben aufgrund ihrer Patrilinearität ausgeschlossen, findet sich aber unter dem Begriff der Vaterjüdinnen und -juden nicht unbedingt wieder. Die erwähnte Komplexität zeigt sich auch darin, dass die Geschichten russischsprachiger Jüdinnen und Juden sich wiederum wesentlich von den Biografien deutscher, französischer oder israelischer Jüdinnen und Juden oder derjenigen mit zentraleuropäischen Wurzeln unterscheiden. Die meisten dieser Biografien sind mit der Shoah und dem Antisemitismus verflochten und seit Generationen durch eine tiefe Verbundenheit mit dem Judentum geprägt, jedoch auf eine vielheitliche Art und Weise, die sich nicht durch diese eine Bezeichnung erzählen lässt.

Während in den USA Teile des liberalen Judentums auch die patrilineare Abstammung anerkennen, richten sich in Deutschland sowohl die orthodoxen als auch die konservativen und liberalen jüdischen Gemeinden nach den halachischen Regeln der Matrilinearität – bedingt durch den Charakter der Einheitsgemeinde. Dabei belegte Heinrich C. Olmer, der damalige Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Bamberg, in seiner Studie »›Wer ist Jude?‹ Ein Beitrag zur Diskussion über die Zukunftssicherung der jüdischen Gemeinschaft« von 2010, dass nicht nur die mütterliche, sondern auch die väterliche Abstammung die Zugehörigkeit zum Judentum bestimmen kann. Olmer führt an, dass die mütterliche Abstammung ihren Ursprung nicht in der biblischen, sondern in der späteren rabbinischen Zeit hat und in den rabbinischen Schriften wie Mischna und Talmud festgehalten wurde. In den biblischen Quellen gilt dagegen das Prinzip der Patrilinearität. So ist man Angehöriger des Priesterstammes Cohen z. B. bis heute nicht durch seine Mutter, sondern durch seinen Vater.

Wenn Rabbinerinnen und Rabbiner in Deutschland Juden nach dem Prinzip der Patrilinearität in ihre Religionsgemeinden aufnehmen wollen, müssen sie kreativ sein. Der liberale Rabbiner Thom Kučera nimmt in seiner liberalen jüdischen Gemeinde München Beth Shalom etwa Kinder jüdischer Väter als Fördermitglieder auf, auch wenn sie keine Konversion vollzogen haben: »Ein patrilinearer Jude muss keinen Gijur machen, wenn er kein Gijur machen möchte. Wenn man sich jüdisch genug fühlt und möchte ein Teil der jüdischen Gemeinde sein, dann kann man als patrilinearer Jude jeder Reformgemeinde, zumindest hier in München, als Fördermitglied beitreten und man muss nicht unbedingt über Gijur nachdenken«, stellt Rabbi Kučera in einem Interview auf Hagalil.com fest. Patrilineare Jüdinnen und Juden gehören für ihn zum Stamm Israels: »Jemand, der einen jüdischen Vater hat, ist nicht Nichtjude, sondern Jude nach dem Vater. Das ist ganz klar nach der Mischna und auch nach dem Talmud.«

Es zeichnet sich bereits heute ab, dass schon in der nächsten Generation, wenn die Kinder jüdischer Großväter heranwachsen, die Begriffe Vaterjüdin und Vaterjude obsolet werden. Immer mehr Jüdinnen und Juden verlangen nach einer Öffnung der Gemeinden für Menschen mit unterschiedlichen jüdischen Biografien, nach der Anerkennung hybrider Identitäten und nach der Enttabuisierung und Normalisierung ihrer im »Vaterjuden-Nebel« verpackten Existenzen. An dieser Stelle stellt sich ernsthaft die Frage, ob wir auf die Bezeichnung Vaterjude insofern getrost verzichten, dass alle Menschen mit einem biografischen oder religiösen Bezug zum Judentum einfach Jüdinnen und Juden sind. Denn hinter jeder dieser Biografien steht eine jüdische Erzählung, die zu unserem Verständnis der jüdisch-deutschen Geschichte beiträgt und weitergegeben werden muss.

Alina Gromova ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin

Auschwitz gilt als die Chiffre der Vernichtung der Juden Europas. Am 27. Januar wird jährlich der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers durch die Rote Armee gedacht. Welche Relevanz hat dieser Tag für die in Deutschland lebenden Menschen heute noch – außer einer kurzen Sequenz in den Nachrichten? Wie kann in einer multiethnischen Gesellschaft an das Verbrechen an den Juden Europas erinnert werden? Wie kann Erinnerung gelingen, wenn das Geschehen von Zeitgeschichte zu Geschichte wird? Der Sammelband sucht Antworten auf diese Fragestellungen und bietet einen Ausblick in die Zukunft des Erinnerns, denn: »Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen«.

Bestellen unter
kulturrat.de/publikationen
224 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 978-3-947308-30-9

THEMA

Rap, Verschwörungsmythen und Antisemitismus

Der Rapper Ben Salomo im Gespräch

Ben Salomo heißt mit bürgerlichem Namen Jonathan Kalmanovich und wurde 1977 in Rechovot, Israel geboren. Aus einem kurzen Besuch 1981 bei seinen in Berlin lebenden Großeltern wurde ein immer längerer Besuch. Plötzlich ging Ben Salomo in Berlin in den Kindergarten, die Grund- und Oberschule. Seitdem lebt der Rapper und Songwriter in Deutschland. Als Jugendlicher entdeckte er die Rap-Musik für sich, schrieb eigene Songs, in denen er sich mit seiner jüdischen Identität befasste. Insgesamt 20 Jahre bewegte Ben Salomo sich in der Rap-Szene, bevor er ihr trotz Erfolgs den Rücken zukehrte – aus Protest.

Kristin Braband: Ihre jüdische Identität ist Thema Ihrer Songtexte. Eine Ausnahme in der Rap-Szene, die immer wieder durch gewaltverherrlichende, frauenfeindliche, homophobe und antisemitische Aussagen sowie zunehmend als Nährboden für Verschwörungsmythen auffällt. Vor etwa drei Jahren haben Sie dieser Szene den Rücken zugekehrt. Welche Erfahrungen haben Sie persönlich gemacht?

Ben Salomo: Diese ganzen Verschwörungsmythen sind schon seit vielen, vielen Jahren in der Rap-Szene vorhanden. Ich würde sogar sagen, seit mindestens 15 Jahren. Das, was die Gesellschaft jetzt mitbekommt, was nun an die Oberfläche gelangt, existiert in der Rap-Szene schon sehr lange. Das erste Mal habe ich es kurz nach dem 11. September mitbekommen. Da begannen antisemitische Verschwörungsnarrative in der Rap-Szene zu fruchten und Fuß zu fassen. Am Anfang hätte man vielleicht noch denken können, das sei jetzt einfach nur so eine Art Spielerei für den Rap, aber immer mehr Rapper haben angefangen, diese Narrative tatsächlich zu glauben, insbesondere durch irgendwelche »Verschwörungsdokus«, die im Netz kursierten. Und viele Rapper haben diese Dinge dann aufgesogen und übernommen. Und das wird in den Songtexten und Interviews der Musiker reproduziert. Dazu kamen diese typischen alten, klassischen antisemitischen Verschwörungslegenden – z. B. über die Rothschilds, die die Welt beherrschen würden. »Die Rothschilds« ist dabei eigentlich nur ein Platzhalterbegriff für Juden. Ich habe auch das Gefühl gehabt, dass gar keine Solidarität zu finden ist und die Leute das alles verharmlosen, relativieren oder sogar leugnen. Mich sogar als eine Art Schutzschild gegen Antisemitismusvorwürfe verwenden, wenn die Szene von außen für antisemitische Aussagen in Texten oder Interviews kritisiert wurde. Der »nützliche Jude« sein, das wollte ich nicht.

Im Zuge der Corona-Pandemie haben Verschwörungsmythen auch in der Breite der Gesellschaft eine neue Aufmerksamkeit erfahren. Würden Sie sagen, dass diese Thematik in der Rap-Szene dadurch auch noch einmal verstärkt verbreitet wurde?

Sicherlich wird es die einen oder anderen in der Rap-Szene geben, die auch gewisse Verschwörungsmythen, die rund um die Corona-Pandemie existieren, aufgreifen. Was ich viel mehr sehe, ist, dass alte und teilweise sehr absurde Verschwörungsmythen, die in der Rap-Szene schon jahrelang existieren, nun durch die Corona-Pandemie in einem breiteren Teil unserer Gesellschaft verfangen. Und wenn man vorher diese Dinge mit vorgehaltener Hand gesagt hat, traut man sich heute, das klar zu artikulieren. Durch das Internet und soziale Netzwerke ist die Möglichkeit der Vernetzung so stark geworden und ein regelrechtes verschwörungsmythologisches Movement entstanden – eine Art Paralleluniversum der Verschwörungsideologen, das an der Gesellschaft vorbei existiert. Und diese hat noch gar nicht richtig erfasst, was das bedeutet.

Sie haben es schon angesprochen. Besonders in den Sozialen Medien ist die Verbreitung von antisemitischen Gedanken gefährlich. Was muss Ihrer Meinung nach jetzt passieren? Welche Herausforderungen stellen sich?

Wenn wir von Verschwörungsmythen sprechen, dann können wir eigentlich von einer Art toxischer Information reden. Wie begegnet man toxischer Information? Man muss Gegeninformation liefern. Man muss auf breiter Ebene, in der Schule, in der Aufklärung, in den Medien, diese Verschwörungsmythen aufgreifen und mit Gegeninformation kontern. Das ist eine sehr große Aufgabe. Wenn wir von antisemitischen Verschwörungslegenden sprechen, müssen wir noch tiefer in die Geschichte gehen und uns die Frage stellen, wie diese toxischen Informationen, diese Legenden überhaupt entstanden sind. Da muss man ganz früh, insbesondere in der Schule, ansetzen und die Geschichte wirklich von A bis Z erzählen. Es braucht eine Art Einmaleins der Antisemitismusprävention, das abrufbar ist wie die binomischen Formeln in der Mathematik. So hätte man diese Alarmglocke im Kopf, weil man von klein auf Antisemitismus gegenüber sensibilisiert wurde. Dabei muss man den rechten Antisemitismus genauso bekämpfen, wie man den linken und den migrantischen und auch den Antisemitismus aus der bürgerlichen Mitte bekämpfen muss.

Am 9. Oktober 2020 – zum Jahrestag des Attentats auf die Synagoge in Halle/Saale – haben Sie den Song »Deduschka«, auf Deutsch »Großvater«, veröffentlicht. Worum geht es?

Der Song entstand aus einem Wutmoment heraus. Ich führe in dem Lied eine Art Zwiegespräch mit meinem inzwischen verstorbenen Großvater, der ja der Grund ist, warum ich heute in Deutschland lebe. Der Vertrauensvorschuss, den er Deutschland gegeben hat, ist der Grund, weswegen mein Leben sich in Deutschland abspielt. Und in diesem Zwiegespräch mit ihm versuche ich zu reflektieren und zu verarbeiten, dass sein Vertrauensvorschuss mir inzwischen vollkommen geraubt worden ist. Er ist schon einige Jahre tot und kann diese Entwicklung der letzten Jahre nicht miterleben und auch das, was ich als Jugendlicher schon erfahren habe, hat er nicht erlebt. Inzwischen habe ich gemerkt: Moment mal, so einfach ist das gar nicht mit dem »Nie wieder«. Wie viel Leben wird denn diesem »Nie wieder« tatsächlich eingehaucht? Und wenn man feststellt, dass es viel zu wenig ist und vor allem oftmals eben gar nicht konsistent, dann braucht man sich nicht wundern, wenn der Vertrauensvorschuss dahin ist. Der Song spricht für sehr viele Jüdinnen und Juden in diesem Land. Ich habe zwei Kinder und möchte nicht, dass sie die gleichen Erfahrungen machen wie ich. Und dagegen muss ich angehen und die jüdische Perspektive dominanter ins Gedächtnis der Mehrheitsgesellschaft rufen.

»Deduschka« ist der offizielle Song des Jubiläumsjahres »1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland«. Was bedeutet dieses Jubiläum für Sie? Und was erwarten Sie von dem Festjahr?

Es ist für mich ein Gefühl der Zerrissenheit, das muss ich ganz ehrlich sagen. Juden leben hier seit 1.700 Jahren. Für mich ist das nichts Neues. In der jüdischen Geschichte weiß man das. Ich habe die Befürchtung, dass einige dieses »Festjahr« für sich instrumentalisieren möchten, um so zu tun, als sei doch 1.700 Jahre alles relativ harmonisch und friedlich gewesen und nur die Jahre zwischen 1933 und 1945 eben problematisch. Und das ist eine Perspektive und Geschichtsklitterung, die ich so niemals gut finden kann. Deswegen ist mein Gefühl sehr zerrissen. Wir könnten das viel mehr feiern, wenn wir die antisemitischen Vorfälle der letzten Jahre nicht hätten, wie Übergriffe auf Synagogen, antisemitische Gerichtsurteile, Israelfahnenverbrennungen. Die Lage ist sehr brenzlig und eine gigantische Aufgabe liegt vor uns. Selbst wenn wirklich ein Ruck durch Deutschland gehen würde, durch die Bevölkerung, durch die Mehrheitsgesellschaft, durch die Politik, wäre das noch eine gigantische Aufgabe.

Zum Abschluss eine Frage zu der vom Deutschen Kulturrat moderierten Initiative kulturelle Integration. Die 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration tragen den Titel »Zusammenhalt in Vielfalt«. Was bedeutet für Sie persönlich »Zusammenhalt in Vielfalt« und welche der 15 Thesen ist Ihre »Lieblingsthese«?

Also, von diesen ganzen 15 Thesen finde ich aktuell These 8 »Die freiheitliche Demokratie verlangt Toleranz und Respekt« wunderbar. Vor allem weil in dem Begleittext zur These steht, dass man diese Toleranz und diesen Respekt gegenüber Intoleranz auch verteidigen muss. Zum Beispiel, dass man Extremismusformen in keinem Bereich duldet. Auch die These Nummer 15 »Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke« gefällt mir sehr. Denn ich denke, viele, viele Hände können gemeinsam, wenn sie in Synergien arbeiten, sehr viel erreichen. Vor Beginn der Corona-Pandemie hatte ich das erste Mal seit langer Zeit das Gefühl, die Bekämpfung von Antisemitismus bekommt Aufwind, geht in die Offensive. Ich habe schon das Gefühl, dass wir mehr sind. Und es werden immer mehr Leute, die sagen: »Es reicht!« Und das ist wichtig.

Vielen Dank.

FOTO: SONIA ALCAINA GALLARDO UND EVGENIYA KARTASHOVA

»Evgeniya And Other Kosher Berliners«, Sonia Alcaina Gallardo und Evgeniya Kartashova, 3. Platz

Ben Salomo ist ein aus Israel stammender Rapper und Songwriter. Kristin Braband ist Referentin für kulturelle Integration beim Deutschen Kulturrat

Mehr dazu: Ben Salomo ist »Mensch des Monats« März der Initiative kulturelle Integration. Mehr zu ihm und auch zu den genannten 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration zu kultureller Integration und Zusammenhalt finden Sie unter kulturelle-integration.de

FOTO: EVGENIA LISOWSKI

»Auf dem Weg zur Schule«, Evgenia Lisowski, 2. Platz

Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses

Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl im digitalen Zeitalter

MONIKA SCHWARZ-FRIESEL

In welchen Manifestationen tritt Antisemitismus im 21. Jahrhundert in Erscheinung? Wie, wo und von wem werden judenfeindliche Inhalte artikuliert und verbreitet? Welche Stereotype werden kodiert, welche Argumente benutzt? Welche Rolle spielen Emotionen und irrationale Affektlogik sowie Verschwörungsfantasien beim aktuellen Einstellungs- und Verbalantisemitismus? Inwiefern hat das Internet die Verbreitung und Intensivierung von Antisemitismen beschleunigt und intensiviert? Inwieweit basieren die modernen Ausprägungen des Judenhasses nach wie vor auf der kulturellen Konstante des alten Anti-Judaismus? Erstmalig in der internationalen Forschung hat sich ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt zur Artikulation, Tradierung, Verbreitung und Manifestation von Judenhass im Internet im Rahmen der empirischen Antisemitismusforschung mit diesen Fragen beschäftigt und über sechs Jahre lang quantitativ umfangreiche sowie inhaltlich detaillierte Untersuchungen vorgenommen – siehe Forderungen von Schwarz-Friesel aus den Jahren 2019 und 2020.

Weltweit nimmt die Kodierung und Verbreitung von Antisemitismen, insbesondere über das Web 2.0, dramatisch zu. Diese Entwicklung in der virtuellen Welt korreliert in der realen Welt mit judenfeindlichen Übergriffen und Attacken, Drohungen und Beleidigungen sowie dem »neuen Unbehagen«, d. h. einem Gefühl von Furcht und Sorge in den jüdischen Gemeinden Deutschlands und Europas.

Dieser gefühlte Eindruck wird nun durch unsere auf breiter empirischer Evidenz basierende Studie wissenschaftlich bestätigt. Sie erfolgte anhand von umfangreichen Korpusstudien, also großen Datenmengen authentischer Texte, da nur diese Methode Aufschluss über den Einstellungsantisemitismus, seine kognitiven Muster und Gefühle sowie seine kommunikativen Tradierungsformen geben kann. Untersucht wurde, welche antisemitischen Inhalte in diversen Bereichen des World Wide Web auf welche Weise zugänglich gemacht und verbreitet werden. Dabei wurden die Antisemitismen in den aktuellen Verbalisierungen den dominanten Stereotypen des klassischen, des Post-Holocaust und israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet.

Durch die Spezifika der Internetkommunikation wie aktive Netzpartizipation, Schnelligkeit, freie Zugänglichkeit, Multimodalität, Anonymität, globale Verknüpfung und die steigende Relevanz der sozialen Medien als meinungsbildende Informationsquelle in der Gesamtgesellschaft hat die schnelle, ungefilterte und nahezu grenzenlose Verbreitung judenfeindlichen Gedankenguts allein rein quantitativ ein Ausmaß erreicht, das es nie zuvor in der Geschichte gab.

Die Digitalisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie hat »Antisemitismus 2.0« online schnell, multi-modal, diffus und rezipientenunspezifisch multiplizierbar gemacht. Jeden Tag werden Tausende neue Antisemitismen gepostet und ergänzen die seit Jahren im Netz gespeicherten und einsehbaren judenfeindlichen Texte, Bilder und Videos. Im Zehn-Jahres-Vergleich hat sich die Anzahl der antisemitischen Online-Kommentare zwischen 2007 und 2018 zum Teil verdreifacht. Es gibt zudem kaum noch einen Diskursbereich im Web 2.0, in dem Nutzerinnen und Nutzer nicht Gefahr laufen, auf antisemitische Texte zu stoßen, auch wenn sie nicht aktiv danach suchen. Das Internet fungiert, insbesondere in den alltäglichen Kommunikationsbereichen der sozialen Medien, als Multiplikator, da es Antisemitismen in großem Ausmaß zugänglich macht, sie auf allen Ebenen des Web 2.0 verbreitet und damit der Normalisierung von Judenhass Vorschub leistet.

Unsere Analysen zu Google-Suche und Ratgeber-Portalen zeigen, dass oft mit nur einem Klick nach Eingabe eines Schlagworts wie Jude(n), Judentum, Pessachfest oder Israel Userinnen und User unvorbereitet auf Antisemitismen treffen. Diese bleiben zum Teil jahrelang ungelöscht, z. B. die Frage »Wieso sind Juden immer so böse« bei Gutefrage.net, die seit 2011 einsehbar ist. Antisemitismen finden sich also keineswegs nur in politisch orientierten oder radikalen Diskursbereichen, sondern vor allem in den viel benutzten Alltagsmedien des Web. Auch unsere Korpus-Studien zu den Kommentaren bezüglich der Solidaritätsaktionen gegen Antisemitismus (»Nie wieder Judenhass« und »Berlin trägt Kippa«) belegen mit zum Teil über 37 Prozent Antisemitismen die Infiltration dieser Kommunikationsstrukturen. Dabei spielen globale Verknüpfungen und multimodale Verlinkungen im Web eine besondere Rolle bei der Tradierung von Antisemitismen. Dass Userinnen und User statt Information und Diskussion Indoktrination erhalten, zeigt sich in allen wesentlichen sozialen Medien, z. B. Twitter, YouTube, Facebook, und auch in so unterschiedlichen Webseiten der Unterhaltungsbranche wie Fanforen, Blogs und Online-Büchershops.

Die aktuellen Manifestationen von Antisemitismus im 21. Jahrhundert basieren kognitiv auf tradierten, zum Teil uralten Stereotypen, und emotional auf dem kollektiven Gefühlswert des Hasses und stellen somit eine moderne Reaktivierung des kulturell verankerten Ressentiments dar. Der israelbezogene Antisemitismus, eine dominante Manifestationsform von aktueller Judenfeindschaft im Web 2.0, folgt dem uralten Adaptionsmuster von Judenhass, diejenige Existenzform des Judentums – in diesem Fall den Staat Israel – negativ zu fokussieren, die opportun diffamiert werden kann. Antisemitismus ist nicht bloß ein Vorurteilssystem, sondern ein Weltdeutungs- und Glaubenssystem, das in den abendländischen Denk- und Gefühlsstrukturen verankert ist.

Das Echo der Vergangenheit zeigt sich im Internet besonders deutlich: Der alte Anti-Judaismus mit seiner destruktiven Semantik ist immer noch tief eingebaut im kommunikativen Gedächtnis.

Über die Sprachgebrauchsmuster der Abgrenzung und Entwertung werden judenfeindliche Stereotype ständig reproduziert und bleiben damit im kollektiven Bewusstsein. Auch die Erfahrung des Holocaust hat diese Tradition nicht gebrochen. Klassische Stereotype der Judenfeindschaft prägen mit über 54,02 Prozent maßgeblich den Antisemitismus 2.0. Zu konstatieren ist, dass Juden- und Israelhass dabei eine konzeptuelle Symbiose bilden, die maßgeblich vom Kollektiv-Konzept des »Ewigen Juden« mit seinen über Jahrhunderte hinweg konstruierten Merkmalen »Juden als Fremde/Andere/Böse, als Wucherer, Ausbeuter und Geldmenschen, als rachsüchtige Intriganten und Machtmenschen, Mörder, Ritual- und Blutkultpraktizierer, Landräuber, Zerstörer und Verschwörer« determiniert wird. Bis auf oberflächliche Variationen gibt es dabei keine signifikanten Unterschiede zwischen Antisemitismen von rechten, linken, muslimischen und Userinnen und Usern der Mitte. Die Schreibenden rekurrieren auf klassische Stereotype der Judenfeindschaft und verwenden homogen judeophobe Argumente, die insgesamt von einer emotionalen Gesinnung bestimmt werden. Es zeigen sich zahlreiche Strategien der Abwehr, Leugnung, Umdeutung und Marginalisierung des gesamtgesellschaftlichen Judenhasses. Die ostentativen Antisemitismen werden dabei im pseudo-politischen Diskurs als »Israelkritik« und beispielsweise im deutschsprachigen Rap als »Kunst- oder Meinungsfreiheit« re-klassifiziert, um in Einklang mit der offiziellen Bewertung im Post-Holocaust-Bewusstsein politisch korrekt und sozial angemessen zu erscheinen. Entsprechend werden Antisemitismen vielfach camoufliert kodiert: Nicht die Lexeme »Juden« und »Judentum«, sondern Substitutionen wie »Israelis«, »Zionismus«, Chiffren wie »Rothschild«, vage Paraphrasen wie »jene einflussreichen Kreise« oder rhetorische Fragen wie »Warum sind Zionisten böse?« werden benutzt, um judenfeindliche Semantik zu verbreiten. Die Zunahme der Artikulation von NS-Vergleichen, brachialen Pejorativa – »Unrat, Pest, Krebsgeschwür« – und Gewaltfantasien im Sinne des eliminatorischen Antisemitismus belegt zugleich aber auch die Tendenz der verbalen Radikalisierung sowie eine deutliche Absenkung der Tabuisierungsschwelle.

Die Digitalisierung hat »Antisemitismus 2.0« online schnell, multi-modal, diffus und rezipientenunspezifisch multiplizierbar gemacht

Die Aufklärungsbemühungen der letzten Jahrzehnte haben in der Gesellschaft nicht flächendeckend gewirkt, und die Thematisierung der Gefahr von diffamierenden und dämonisierenden Sprachgebrauchsmustern haben nicht überall zu einer Sensibilisierung im Umgang mit Antisemitismen geführt.

Antisemitismus ist heute in Deutschland immer noch und seit einigen Jahren wieder zunehmend ein höchst besorgniserregendes Phänomen. Politik und Zivilgesellschaft sind gefordert, alles zu tun, diese Büchse der Pandora zu schließen.

Monika Schwarz-Friesel ist Antisemitismusforscherin an der TU Berlin

»Selbst das Wort Jude war tabu«

Jüdischsein in der DDR

André Herzberg, Frontmann der DDR-Band »Pankow«, konnte sich erst nach der Wende zu seiner jüdischen Identität bekennen. Ludwig Greven spricht mit ihm darüber, warum das für ihn eine Befreiung war, über Ekel vor Juden, und weshalb sich auch Freunde und Musiker-Kollegen schwer damit tun.

Ludwig Greven: »Sprich das Wort nicht aus. Vor allem sage niemals, du wärest so einer.« So beginnt Ihr Roman »Was aus uns geworden ist« über Ihr verdrängtes Jüdischsein. Sie sind in einer jüdisch-kommunistischen Familie aufgewachsen, waren Rockstar in der DDR. Wieso war es in Ihrer Familie und diesem Land, das sich als Anti-Nazi-Staat verstand, unmöglich darüber zu sprechen?
André Herzberg: Weil der Staat eine bestimmte Lesart des Faschismus hatte. Juden und andere von den Nazis Verfolgte kamen darin nur marginal vor. Der Kommunismus war die einzig anerkannte Form des Widerstands. Es ging nur um die Kämpfer, nicht die Opfer.

Ihre Mutter war wie Ihr Vater linientreue Kommunistin. Hat sie den jüdischen Teil in sich abgespalten?
Sie hat das nach außen nicht kommuniziert. Sie hat ohnehin mit wenig normalen Menschen kommuniziert. Es gab bei uns einen unausgesprochenen Code: Es gab »Vertraute«, meist Menschen, die auch im Exil gewesen waren. Wir wuchsen als Kinder dadurch mit Menschen auf, die wirkliche Kommunisten waren, also schon vor 1945, oder Juden oder – noch besser – beides. Dann war ein unsichtbares Band zwischen uns.

Lag dieses Verhalten an der kollektiven Erfahrung, als Juden schon immer fremd und ausgegrenzt zu sein, an den konkreten Erfahrungen im Nationalsozialismus oder auch am Antisemitismus in der DDR?
Da kam alles zusammen, auch der ganz offene Antisemitismus der DDR in Form der Feindschaft gegen Israel. Mein Vater war sehr stalinistisch, das war noch anders als bei meiner Mutter. Das habe ich erst später Stück für Stück für mich freigelegt. Bei ihr war es das Trauma ihrer persönlichen Geschichte. Sie konnte nur ins Exil, weil ein Verwandter Geld für sie in England hinterlegt hatte. Das bedeutete, dass ihre Mutter nicht mitkonnte. Sie fühlte sich deshalb schuldig, dass sie sie zurückgelassen hatte und sie nicht mehr da war, als sie zurückkam. Sie konnte in England als 17-Jährige ein neues Leben beginnen und hat das Schicksal ihrer Mutter, meiner Großmutter, verdrängt. Bis sie zurückkam und die ganze Wahrheit über den Holocaust klar wurde. Da fühlte sie sich umso schuldiger. Dieses Thema konnte gleich gar nicht besprochen werden, weder in der Familie, geschweige denn außerhalb. Das hätte meine Mutter vielleicht mit einer Therapie lösen können. Aber dafür gab es keinen Platz und Raum.

Warum sind Ihre Eltern nach dem Krieg ins Land der Täter zurückgekehrt, wenn auch in den östlichen, von der Sowjetunion befreiten, beherrschten Teil?
Meine Mutter hat es viel bereut und sehr damit gehadert. Mein Vater nicht. Ihm fiel es relativ leicht, der Order der Partei zu folgen, wohl auch deshalb, weil alle aus seiner Familie geflohen waren und überlebt hatten. Außerdem kam er aus Niedersachsen, aus einer Unternehmerfamilie, in dieses Arbeiterparadies. Für meine Mutter war unendlich hart all die Jahre immer wieder am Haus ihrer Eltern in Ostberlin vorbeizugehen. Aber sie ist zurückgegangen aus Überzeugung, aus Loyalität zur Partei, aus Treue zu ihrem Mann, weil er das gefordert hat. Und vielleicht auch deshalb, weil die Integration in die englische Gesellschaft für meine Eltern auch nicht leicht war, weil sie nicht studiert hatten. Sie haben sich ausgerechnet, in Ostberlin große Karrieren zu machen.

Ihre Mutter wurde Staatsanwältin, also Teil des SED-Apparats, der antisemitisch war.
Das wussten sie ja am Anfang noch nicht, als sie 1947 zurückkamen.

Wurden in Ihrer Familie jüdische Feste gefeiert? Gingen Sie in die Synagoge?
Meine Mutter ist mit mir selten, aber doch in die Synagoge gegangen, in der sie schon als Kind gewesen war, die es heute immer noch gibt. Aber meine Mutter hat immer ihre Ambivalenz dazu betont. Religiös, aber auch sich dazugehörig zu fühlen, bis dahin, dass sie für ostdeutsche Verhältnisse sehr fremd aussah, dunkles, lockiges Haar, eine starke Nase. Sie hatte das Klischee vom jüdischen Aussehen wohl sehr tief aufgenommen und hat es an sich selbst nicht gemocht. So wie Schwarze ihr Haar glätten, um nicht erkannt zu werden. Diese Art des angepassten Verhaltens hatte sie wohl schon von ihrer Mutter.

War sie Atheistin wie die meisten Kommunisten?
Ja, und das schien ja auch ganz logisch zu sein. Wenn es einen Gott gibt, dann hatte er ja sowieso versagt, weil er die Juden hat alle sterben lassen. Über die jüdische Religion hat sie nicht gesprochen, wohl aber über jüdische Regeln. Warum Juden koscher essen, was wir nicht getan haben. Sie hat viel aus der Bibel zitiert und erzählt, aber immer mehr aus einem kulturellen Kontext.

Haben Sie gedacht, na ja, meine Eltern sind halt Juden? Oder haben Sie das für sich angenommen? Oder erst sehr viel später?
Das Wort Jude wurde nicht benutzt, der Begriff war schon tabuisiert. Bestenfalls hat man mal ganz leise jüdisch gesagt. Wenn einer laut Jude gesagt hat, war das immer in einem antisemitischen Kontext. Ich habe das, soweit es ging, von mir geschoben, weil ich die ganze Brüchigkeit und Bedrohlichkeit dahinter gespürt habe. Und ich wollte ja eine normale, schöne Kindheit haben. Die Besuche in der Synagoge und alles, was damit verbunden war, habe ich als extrem unangenehm empfunden, weil meine Mutter sich so widersprüchlich verhalten hat. Dazu kam eine zunehmend antisemitische Umgebung, von meinen Mitschülern. Bei der Volksarmee war das sehr stark. Also habe ich versucht, das, soweit es ging, nach hinten zu schieben, in meine Albträume. Worüber man nicht spricht, was aber immer mitläuft.

Viele der Täter und Mitläufer auch in der DDR haben geschwiegen. In Ihrer Familie war die Ermordung Ihrer Großmutter in Auschwitz das Unaussprechliche. Weshalb?
Es war zentral, aber es wurde nicht darüber gesprochen. Wie sollte man das auch in Worte fassen? Dafür gab es keine Worte. Erfahren habe ich davon durch meine Tante, die wir erst nach Jahren entdeckt haben, die einzige Verwandte mütterlicherseits, die überlebt hatte. Wir haben sie in Erfurt besucht, da war ich zwölf, dreizehn. Sie hatte die Nummer auf dem Arm und hat erzählt, wie ihr Alltag in Auschwitz gewesen war. Das war für mich unfassbar. Das war wie ein Film – aber real. Meine Mutter hat mich gezwungen, mir das anzuhören. Damit war es in mir drin. Aber es musste bei mir bleiben. Ich konnte es niemandem weitererzählen. Die Gegengeschichte war: Ich hatte in unserem Haus einen Freund. In ihrem Wohnzimmer stand hinter Glas ein Foto seines Opas in Wehrmachtsuniform. Das war etwas zwischen uns, was nicht ausgesprochen wurde. Aber es war klar, damit ist eine Grenze zwischen uns. Darüber konnten wir nicht reden, auch in der Schule nicht. Das musste ich alles für mich behalten und mit mir ausmachen.

Was hat Sie dazu gebracht, sich nach der Wende zu Ihrem Jüdischsein zu bekennen und sich damit und Ihrer Familiengeschichte intensiv auseinanderzusetzen?
Es gab verschiedene Auslöser. Ich bin 1989 in den letzten Tagen der DDR das erste Mal in die USA gereist und habe dort in New York eine Aufschrift »Happy Hanuka« gesehen, eine Gratulation zu einem jüdischen Feiertag. Das hat mich geradezu geschockt, dass man ein solches jüdisches Wort in den öffentlichen Raum stellt. Das war für mich bis dahin tabu, auch in der Bundesrepublik. Ich war ja dort als Musiker seit Mitte der 1980er Jahre häufiger. In Amerika tauchte es auf, und es war nicht mit dem Holocaust verbunden. Es war ganz normal, alltäglich, so wie »Fröhliche Weihnachten«. Für mich bedeutete das: Dann kannst du das auch sein, auch ohne über deine Großmutter zu sprechen und nachdenken zu müssen. Du kannst Jude sein, ohne dass du dich dafür schämst oder erschrecken musst. Später bin ich nach Israel gefahren. Da war das für mich noch viel stärker, da gab es ja lauter Juden um mich herum. Niemand scherte es, ob du Jude bist oder nicht. Sämtliche Erfahrungen von mir wurden durcheinander geworfen. Ich musste nicht mehr Nase und Ohren zuhalten und die Haare verdecken, durfte es aussprechen. Da begann ich, es immer mehr als ein Stück Normalität anzusehen. Auch die Frage, ob man religiös war oder nicht, spielte keine Rolle. Einfach: Du bist es, man kann auf tausend verschiedene Weisen Jude sein. Ich wusste ja nicht einmal die Definition, was ein Jude ist. Ich hatte die antisemitischen Definitionen in mir. Ich habe eine ganze Welt neu erlernt.

Was haben Sie auf dieser Entdeckungsreise in sich selbst gefunden?
Es war und ist in erster Linie ein Gefühl ungeheurer Befreiung. Ideologisch, kulturell, für meine Identität. Dass ganze Teile meines Seins nicht mehr im Dunkeln sind, dass ich frei damit umgehen kann. Dass das zu mir gehört und es keine blinden Flecken mehr gibt. Das ist wunderbar. Ich habe ja Kinder, und es ist mir gelungen, das ein Stück weit mit ihnen zu leben. Je mehr man es macht, umso schöner wird es.

Wie haben Ihre Freunde und Musiker-Kollegen auf Ihr Outing reagiert?
Schwierig.

Bis heute?
Ja. Jedenfalls die, die mich lange kannten. Die haben mich gefragt: Warum machst du das? Nicht alle. Es gab Einzelne, die mir gesagt haben, dass sie es gut finden. Aber es gab auch sehr viel Ablehnung, wahrscheinlich weil sie das Gefühl hatten, damit würde ich auch ihnen eine Last überhelfen. Es gibt auch Juden, die darauf ablehnend reagieren. Freunde, die ihre jüdische Identität immer noch ganz hinten lassen, weil es auch für sie kompliziert ist. Wenn die Eltern das auch beschwiegen haben, bedeutet das, ich muss mich mit meinen Eltern auseinandersetzen. Das ist für alle Menschen schwierig.

Wie hat Ihre Band reagiert?
Die wusste es immer. Wir haben schon zu DDR-Zeiten Dinge gemacht, die mit meiner Identität zu tun hatten. 1983, zum 50. Jahrestag der Machtergreifung der Nazis, gab es ein großes Konzert im Palast der Republik. Da bin ich als Wehrmachtssoldat aufgetreten und habe Parallelen zu den Mitläufern in der DDR gezogen.

Gab das nicht Riesenärger?
Die Fernsehübertragung wurde unterbrochen. Das wurde weggeschwiegen. Stress hatten wir und hatte ich aber immer. Auch immer mal wieder Auftrittsverbote.

In Ihrem Prolog schreiben Sie: »Niemand mag sie, niemand liebt sie, sie werden vielleicht manchmal bedauert, aber darunter kannst du die Verachtung, die Abscheu, ja, den Ekel spüren. Niemand will das, niemand hält das aus.« Halten Sie das aus?
Das war ja vorher auch da, bevor ich es ausgesprochen habe. Wenn sie antijüdische Bemerkungen machen, machen sie das, ob du Jude bist oder nicht. Besser, sie wissen es von mir und trauen sich dann nicht mehr, es mir ins Gesicht zu sagen, oder trotzdem. Dann fühle ich mich davon nicht mehr so getroffen. Ich weiß, dass uns viele nicht mögen. Damit lebe ich.
Die sind eben irre, krank im Kopf. Das kann ich nicht ändern.

»Wenn du es vor ihnen zugibst, dann bleibst du allein«, schreiben Sie.
Was ich schon vorher gespürt, aber nicht so wahrgenommen habe: Man lebt in der Diaspora ziemlich einsam. Als Jude in Deutschland normal zu leben, ist schwierig. Wie auch unser Gespräch zeigt, wenn Deutsche und Juden miteinander reden, haben beide Seiten das Gefühl, nun müssen wir erst mal über den Holocaust sprechen. Für Juden in Deutschland bleibt immer eine Grenze. Schon, weil die Familiengeschichten so unterschiedlich sind. Manche Deutsche fragen: Wie loyal bist du überhaupt gegenüber diesem Staat? Bist du bereit, hier Steuern zu zahlen?

Nach der Wende gab es für Sie auch beruflich eine Krise. DDR-Musiker und -Gruppen war nicht mehr gefragt.
Es war schrecklich. Ich hatte Existenzängste. Ich war Mitte dreißig und wusste nicht, wie ich mein Leben weiter fristen sollte. Kann ich Künstler, Musiker bleiben? Das war in den ersten Jahren sehr bedrohlich. Ich brauchte lange, um das neue System, die neuen Regeln aufzunehmen und zu merken, ich lebe noch, es geht beruflich weiter.

Musikalisch haben Sie sich verändert. Sie machen mehr Jazz und Soul als Rockmusik.
Mal so, mal so. Ich habe die Verbindung zu meinen musikalischen Wurzeln nicht verloren und trete nach wie vor auch mit meiner Band Pankow auf. Ich mag sehr, was wir damals gemacht haben, Rock als unmittelbare, auch renitente Form in der DDR. Da hänge ich sehr dran. Aber ich habe noch zusätzliche musikalische Ausdrucksformen gefunden. Es ist schön, auch mal andere Wege zu gehen.

Vielen Dank.

André Herzberg, geboren 1955 in Ostberlin, lernte als Kind Geige und studierte an der Hochschule für Musik Hans Eisler. 1981 kam er zur Band Pankow. Er ist Autor des Buches »Was aus uns geworden ist«, zu dem es auch ein Liederalbum gibt. Ludwig Greven ist freier Publizist

ZU DEN BILDERN

Über 650 Fotos lagen den Jurymitgliedern nach Einsendeschluss des bundesweiten Fotowettbewerbs »Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland« vor. Aus dieser Vielzahl wurden zehn zu prämierende Fotos ausgewählt, die nun die Bildreihe dieses Schwerpunkts bilden. Sie spiegeln die Vielfalt jüdischen Lebens in der Mitte unserer Gesellschaft wider. Die Fotos werden ab sofort als Wanderausstellung auf Reisen durch die Bundesrepublik geschickt.

Der Fotowettbewerb war ein Jahr nach dem Anschlag auf die Synagoge von Halle als ein Zeichen gegen Antisemitismus und Ausgrenzung von Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Initiative kulturelle Integration ausgelobt worden.

Zu den Jurymitgliedern gehörten: Iris Berben (Schauspielerin), Stephan Erfurt (C/O Berlin Foundation), Dalia Grinfeld (Anti-Defamation League), Monika Grütters (Staatsministerin für Kultur und Medien), Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus), Shelly Kupferberg (Journalistin), Patricia Schlesinger (rbb), Josef Schuster (Zentralrat der Juden in Deutschland) und Olaf Zimmermann (Initiative kulturelle Integration).

Am 12. März 2021 wurden die zehn Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet. Die Preise gingen an:

- 1. Platz: »Ein Schutzmann für Kafka« von Detlef Seydel auf S. 20,
- 2. Platz: »Auf dem Weg zur Schule« von Evgenia Lisowski auf S. 29,
- 3. Platz: »Evgeniya And Other Kosher Berliners« von Sonia Alcaina Gallardo und Evgeniya Kartashova auf S. 1 und 28.

In der Kategorie 4 gibt es sieben gleichwertige Preisträgerinnen und Preisträger:

- »Männer und Frauen beten gemeinsam in der langen Nacht der Religionen in der Fraenkelufer Synagoge in Berlin« von Boaz Arad auf S. 21,
- »Angekommen – Synagoge Rykestraße« von Ralf Bäcker auf S. 23,
- »Im Spiel versunken, hüpfen um den Davidstern« von Gesche-M. Cordes auf S. 22,
- »Wir Jungen können vieles bewirken« von Sabina Ermak auf S. 26,
- »L'Dor VaDor« von Alisa Marhöfer auf S. 25,
- »Vincentino e.V. & Keshet e.V. – Jüdisches Leben in Berlin« von Matthias Schellenberger auf S. 19 und
- »Einkauf in der Nachbarschaft« von Yahya Yahyayev auf S. 17.

Mehr unter: fotowettbewerb-juedischer-alltag.de

Soziale Absicherung von Solo-Selbständigen gewährleisten – Künstlersozialabgabe weiter stabilisieren

Vorschläge des Deutschen Kulturrates zur sozialen Sicherung im Kultur- und Medienbereich

Berlin, den 23.03.2021. Die Corona-Pandemie macht die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage von Solo-Selbständigen im Kultur- und Medienbereich offensichtlich. Viele erwirtschaften schon im Regelbetrieb nur geringe Einnahmen, sodass es kaum möglich ist, Rücklagen für Verdienstausfälle zu bilden. Der Deutsche Kulturrat hat unter anderem deshalb in seiner Stellungnahme vom 9. Dezember 2020 »Arbeitslosenversicherung: Zugang für Selbständige verbessern« Veränderungen in den Zugangsmöglichkeiten für alle Selbständigen zur Arbeitslosenversicherung gefordert. Hiermit erinnert er an diese Stellungnahme.

Kranken- und Pflegeversicherung für Versicherte in der Künstlersozialkasse

Der Deutsche Kulturrat sieht dringenden Handlungsbedarf mit Blick auf die Kranken- und Pflegeversicherung von in der Künstlersozialkasse Versicherten (KSK-Versicherte). Nach geltendem Recht entfällt die Kranken- und Pflegeversicherungspflicht nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz, wenn die Versicherten durch eine zusätzliche selbständige nichtkünstlerische Tätigkeit mehr als 5.400 Euro (Geringfügigkeitsgrenze) im Jahr verdienen. KSK-Versicherte verlieren auch dann ihren Kranken- und Pflegeversicherungsschutz über die Künstlersozialkasse, wenn ihr Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit wirtschaftlich bedeutender ist als das aus der anderen selbständigen Tätigkeit. Maßgeblich bei der Bewertung der wirtschaftlichen Bedeutung der künstlerischen Tätigkeit ist sowohl die Arbeitszeit als auch die Vergütung. Demgegenüber bleibt der Kranken- und Pflegeversicherungsschutz über die Künstlersozialkasse bestehen, wenn KSK-Versicherte neben der selbständigen künstlerischen Tätigkeit abhängig beschäftigt sind, solange das Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit höher ist als das aus der abhängigen Beschäftigung.

Der Deutsche Kulturrat erkennt an, dass diese Regelung getroffen wurde, um zu verhindern, dass Selbständige aus nichtkünstlerischen Berufen aufgrund einer zusätzlichen künstlerischen Tätigkeit in den Genuss der sozialen Absicherung über die Künstlersozialkasse kommen. Der Deutsche Kulturrat teilt diese Intention. Der Tätigkeitsschwerpunkt der Versicherten muss in der künstlerischen oder publizistischen Tätigkeit liegen. Da viele KSK-Versicherte aufgrund der instabilen Auftragslage und ihrer geringen Einkünfte auch unabhängig von einer Pandemie zusätzlich eine weitere Erwerbstätigkeit aufnehmen müssen, sei es als abhängig Beschäftigte oder als Selbständige, muss diesen hybriden Erwerbsformen in der Sozialgesetzgebung entsprechend Rechnung getragen werden. Der Deutsche Kulturrat fordert daher, dass Versicherte über die Künstlersozialkasse kranken- und pflegeversichert bleiben, wenn die künstlerische Tätigkeit überwiegt. Dabei gilt es auch zu klären, wie und von wem möglichst unbürokratisch festzustellen wäre, welche Tätigkeit als Haupttätigkeit angesehen werden kann, die künstlerische oder nichtkünstlerische.

Kranken- und Pflegeversicherung für Selbständige

Andere Selbständige aus dem Kultur- und Medienbereich, die nicht erwerbsmäßig künstlerisch oder publizistisch tätig sind, müssen sich freiwillig kranken- oder pflegeversichern. Sie tragen die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zu 100 Prozent. Es wird ein Mindesteinkommen von 1.096,67 Euro monatlich vorausgesetzt, woraus sich ein monatlicher Beitrag von mindestens 201,24 Euro ergibt. Wie bei abhängig Beschäftigten liegt die Bemessungshöchstgrenze bei 4.837,50 Euro. Innerhalb dieses Fensters wird das tatsächliche Einkommen zur Bemessung des Beitrags zugrunde gelegt. Viele Selbständige aus dem Kultur- und Medienbereich, die nicht in der Künstlersozialkasse versichert sind, haben allerdings ähnlich den KSK-Versicherten nur geringe und zudem schwankende Einkommen, die unter dem angesetzten Mindesteinkommen liegen. Der Deutsche Kulturrat fordert daher, bei der Bemessung des Mindesteinkommens von Selbständigen in der Kranken- und Pflegeversicherung das tatsächliche Einkommen zugrunde zu legen. Diese Regelung würde allen Selbständigen, ganz unabhängig von einer Tätigkeit im Kultur- und Medienbereich, die Kranken- und Pflegeversicherung ermöglichen und würde auch jenen KSK-Versicherten zugutekommen, bei denen vorübergehend eine andere selbständige Tätigkeit wirtschaftlich überwiegt.

Sondersituation Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat viele Künstlerinnen und Künstler ihrer ökonomischen Grundlage beraubt. Auftritte, Veranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen, künstlerische Lehre und anderes mehr sind bereits seit einem Jahr nicht möglich. Verschiedene Hilfsprogramme von Bund und Ländern bieten eine Überbrückung. Auch wurde der Zugang zur Grundsicherung erleichtert. Viele KSK-Versicherte haben aber auch zusätzlich eine andere selbständige Tätigkeit aufgenommen, um über die Runden zu kommen. Diese andere selbständige Tätigkeit lässt teilweise temporär die eigentliche künstlerische oder publizistische Tätigkeit in den Hintergrund treten, was zum Verlust der Kranken- und Pflegeversicherung durch die Künstlersozialkasse führt. Der Deutsche Kulturrat fordert daher das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesministerium für Gesundheit auf, für die Zeit der Corona-Pandemie befristet eine schnelle und praktikable Lösung zur Bestandsgarantie für KSK-Versicherte in der Kranken- und Pflegeversicherung zu finden.

Künstlersozialabgabe

Die soziale Absicherung der Künstler und Künstlerinnen bzw. Publizistinnen und Publizisten wird aber nicht nur durch die Versicherten finanziert, der Anteil der abgabepflichtigen Unternehmen ist hier nicht zu vernachlässigen. Viele Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft, namentlich die privaten und freien Theater, Verlage, Galerien, Theater- und Gastspieldirektionen, Zirkus- und Varietéunternehmen, Aus- und Fortbildungseinrichtungen, Einrichtungen der kulturellen Bildung und andere mehr, sind in der Pandemie von Schließungen betroffen. Sie haben starke Einnahmeverluste hinnehmen müssen. Viele Unternehmen sorgen sich um ihre Zukunft, einige stehen kurz vor der Insolvenz. Für den Erhalt des Systems der Künstlersozialkasse ist es wichtig, dass wieder Aufträge vergeben werden können, für die eine Künstlersozialabgabe fällig wird. Dazu wird es aber grundsätzlich notwendig sein, dass die Unternehmen ihr Geschäft wieder aufnehmen können. Weiter muss in Rechnung gestellt werden, dass Hygienevorgaben einen Vollbetrieb vielerorts auf längere Sicht nicht zulassen werden. D.h. dass auch, wenn Theater wieder spielen, Veranstaltungen, Ausstellungen oder Lesungen stattfinden usw., aufgrund geringerer Besucherzahlen die Einnahmen zurückgehen werden, bei gleichzeitig zumindest gleichbleibenden, wenn nicht gar höheren Kosten. Da die Künstlersozialabgabe anhand der gezahlten Honorare berechnet wird, werden die erforderlichen Mehrkosten und geringeren Einnahmen nicht berücksichtigt. Dem wurde in diesem Jahr durch zusätzliche Bundesmittel (Entlastungszuschuss) Rechnung getragen. Dies wird vom Deutschen Kulturrat ausdrücklich begrüßt. Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung auf, auch im kommenden Jahr die Künstlersozialabgabe zu stabilisieren und hierfür im Bundeshaushalt eine entsprechende Vorsorge zu treffen. In der anstehenden Phase, in der Unternehmen hoffentlich wieder öffnen und Aufträge vergeben können, ist die Beitragsstabilität der Künstlersozialabgabe von großer Bedeutung, um insgesamt die Kultur- und Kreativwirtschaft zu stabilisieren.

Resolution: Sonderfonds für Kulturveranstaltungen endlich auf den Weg bringen

Deutscher Kulturrat fordert Bundesregierung zum Handeln auf

Berlin, den 23.03.2021. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt die Ankündigung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen auf den Weg zu bringen. Seit nunmehr einem Jahr können Kulturveranstaltungen gar nicht oder wenn nur unter einschränkenden Auflagen stattfinden. Selbst wenn bei sinkenden Inzidenzzahlen Kulturveranstaltungen wieder möglich sein werden, wird eine volle Auslastung mit Besucherinnen und Besuchern nicht möglich sein, sodass ein wirtschaftlicher Betrieb erschwert ist.

Der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen soll hier ansetzen. Er besteht nach dem, was bisher bekannt ist, aus zwei Teilen: einem Wirtschaftlichkeitsbonus und einer Ausfallabsicherung. Mit dem Wirtschaftlichkeitsbonus sollen Kulturveranstalter finanziell unterstützt werden, wenn aufgrund der Corona-Bedingungen und der vorliegenden Hygienekonzepte weniger Besucherinnen und Besucher als möglich zu den Kulturveranstaltungen zugelassen werden können. Die Ausfallabsicherung soll greifen, wenn aufgrund der Corona-Pandemie eine geplante und angekündigte Veranstaltung ganz oder teilweise abgesagt werden muss. Ausfallkosten wie z. B. Künstlerhonorare, Kosten für Dienstleister usw. sollen erstattet werden. Hierfür ist eine Billigkeitslösung vorgesehen.

Sowohl der Wirtschaftlichkeitsbonus als auch die Ausfallabsicherung können wichtige Instrumente sein, um jetzt Kulturveranstaltungen zu planen und vertragliche Verpflichtungen einzugehen. Mit der Überbrückungshilfe III steht ein von Bund und Ländern entwickeltes und praktiziertes Förderverfahren zur Verfügung. Die Überbrückungshilfe III hat sich in den letzten Monaten als sehr flexibel und anpassungsfähig erwiesen. Die Verwaltungsabläufe sind inzwischen eingespielt. Das Instrument ist im Kulturbereich anerkannt und wird vielfach genutzt. Weiter sollten sich beim Aufsetzen der Ausfallabsicherung die Erfahrungen mit den beiden Ausfallfonds Film zunutze gemacht werden.

Damit der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen wirken kann, muss er jetzt auf den Weg gebracht werden. Der Deutsche Kulturrat fordert daher:

1. dass der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen schnell eingerichtet wird. Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier müssen sich zügig über das Verfahren verständigen,
2. dass sich der Sonderfonds für Kulturveranstaltungen an privatwirtschaftliche Unternehmen richten und kein Ersatz für die Kulturförderung von Bund, Ländern oder Kommunen ist,
3. dass alle künstlerischen Sparten antragsberechtigt sind,
4. dass an bestehende Förderinstrumente wie die Überbrückungshilfe III angeknüpft wird. Hier könnte entweder innerhalb der Überbrückungshilfe III eine Programmlinie oder darauf aufbauend eine eigene Überbrückungshilfe IV (Sonderfonds für Kulturveranstaltungen) aufgelegt werden,
5. dass der Sachverstand aus den Kulturverbänden eingebunden wird.

Kurz-Schluss

Wie ich einmal vom Möchtegern-Distanzunterrichts-Pädagogen aus Versehen zum höchst gefährdeten Mitwisser wurde

THEO GEIßLER

Nein, es war beileibe keine Schnapsidee. Die Zeiten inspirierenden Bärwurz-Genusses sind leberwert-bedingt längst vorbei. Eher schon war meine bildungspolitisch grundsätzlich phänomenale Idee dem ministerialen Papierkorb mit der Aufschrift »Gut gemeint ist längst noch nicht gut gemacht« völlig ungerechtfertigter Weise – das sei vorweggenommen – zum Opfer gefallen. Auf dringender Suche nach einem kleinen Nebenverdienst – natürlich auf sinnstiftender Basis – entwickelte ich erfrischende Möglichkeiten, den im Distanzunterricht ohnedies sträflich vernachlässigten Geschichtsunterricht – beginnend bei unseren griechisch-demokratischen Wurzeln – dank Verknüpfung mit aktuellen Ereignissen auch für unsere Digital Natives supi aufzubrezeln. Logo, dass ich ideologisch clean und in der Hoffnung auf angemessene materielle Würdigung mal mit den Heldentaten unserer tollen Kanzlerin, gebettet in zauberischem humanistischem Kontext, begann. Und das las sich im Entwurf des Schülerheftes für die Mittelstufe, das ich dem dritten Sekretär des zuständigen Referenten für Vermittlung aktueller zeitgeschichtlicher Phänomene in einem – wie Sie später verstehen werden – hier aus guten Gründen nicht genannten Kultusministerium präsentieren durfte, ungefähr so:

»Wir schaffen das« – prophezeite die seinerzeit grob gescholtene Pythia des Deutschen Bundestages, Angela Merkel, vor etlichen Jahren zu Zeiten millionenfachen Flüchtlingsandranges in unsere wirtschaftswunderliche Bundesrepublik. Und es ahnte die Seherin, gewissermaßen ihrer klassischen Vorbild-Prophetin aus Delphi ebenbürtig – trotz oder dank all der giftigen Dämpfe, die populistische Miesmacher generierten, ein Stück unverhoffter Realität im Voraus. In geschärften physikalischen Bewusstseinszuständen geborgen und innerlich abgeschottet im Adyton der Bundespressekonferenz auf einem Dreifuß über ein Glaskugel-Mikrofon gebeugt, beantwortete die bundesrepublikanische Pythia auf Grundlage ihrer weitsichtigen Erkenntnisse die bohrenden Fragen der grausamen Journaille voll guter Hoffnung. Weil offensichtlich genügend Raum für die Geflüchteten aus südlichen und östlichen Notwüsten hierzuland vorhanden war. Doch dann folgte – (Achtung: schlüssige Erweiterung und Aktualisierung des Blickes samt geschichtlicher Zusatzinformation, pädagogisch besonders wertvoll) eine Verwandlung der Pythia zur Kassandra. Es gab zwar – außer Armin Laschet, nähere Infos via Wikipedia – keinen Apoll, den sie racheentfachend zurückgewiesen hätte. Dennoch klang ihr Kassandraruf verflucht, verzweifelt und grässlich: Sie verhieß ein Vierteljahr vor dem Seuchengipfel zwanzigtausendfache virale wöchentliche Brutal-Inzidenz: Ein düsteres letztjähriges Weihnachtsdilemma, das ihre bundesländliche Dienerschaft aus Gier, Dummheit oder populistischem Opportunismus ignorierte. Mit der bitteren Konsequenz, dass Urlaubsreisen z. B. nach Malle oder Ferien und Feste –Ostern, Pfingsten, Weihnachten – künftig schlicht flachfielen…

Mit einem schnorchelnden Röchler schreckte der offensichtlich aufgrund intellektueller Überforderung kurz weggetretene Sekretär hoch, bat um eine kurze Pause, nuschelte in sein Mobi und bat mich dann, ihm zu folgen. Auf dem Weg in den Keller erklärte er mir, dass mein Konzept viel zu düster sei, ihm allerdings mein dauerknurrender Magen aufgefallen wäre. Zufällig gäbe es in der Abteilung für digitale Schülerüberwachung gerade eine freie Hilfskontrolleursstelle auf Mindestlohn-Basis. Mein Arbeitsplatz sei im zweiten Untergeschoss der 486er-Computer mit dem Röhrenbildschirm neben der Herrentoilette. Zugangscode abcdefg. Es gelte in einem System namens Möbius oder so ähnlich Hausaufgaben der ersten und zweiten Klassen in den Grundrechenarten im Zahlenraum bis 50 zu korrigieren. Das traue er mir zu.

Leider war ich wie eingangs angedeutet in der Tat nicht in der Situation, irgendeine mögliche Geldquelle – und sei sie noch so armselig tröpfelnd – abzuwürgen. Also klemmte ich mich vor die Flacker-Röhre und gab das Passwort ein, aus Versehen mit einem zusätzlichen »h« am Ende. Statt irgendwelcher Rechenaufgaben oder Schülernamen öffnete sich ein Tor-Browser samt Verzeichnis-Stamm mit drei Unterkatalogen: Angebote, Kontakte, Suche und Finde. Nicht faul klickte ich den Angebots-Ordner an – Sesam öffnete sich und lieferte: Abituraufgaben 2021, 2022 für diverse Fächer, am billigsten Musik (1/1000 Bitcoin), mittelpreisig Deutsch (1/500 Bitcoin) am teuersten Betriebswirtschaft und Wirtschaftsmathe (1/20 Bitcoin). Typisch, dachte ich – und machte mich über die »Kontakte« her. Die waren untergliedert in Bundestags- und Landtagsabgeordnete. Jeweils mit voller Adresse, Handynummer und Staffelpreisen je nach Firmenumsatz und Lobby-Intensität, gemessen am wirtschaftlichen Erfolg. Sauber, dachte ich, vielleicht ist für mich ja was bei »Suche und Finde« dabei. Weder an Drogen (dreihundert Angebote) noch an Waffen (ca. 8.000 Angebote von Derringer bis Minuteman) war ich interessiert, gespannt aber auf den Ordner »Medizinisches« (ca. 1.240.000 Angebote). Wahnsinn. Für je einen Bitcoin pro Person gab es die »Impfdosis nach Wunsch« – ein »Gesundheitsangebot« der »Arbeitsgemeinschaft für Deutsches«. Fast hätte ich das Sirenensignal überhört und das Stiefelgetrappel auf der Kellertreppe. Ich flüchtete in die sogenannte Herrentoilette, die sich als Besenkammer ohne Ausweg erwies – und zitterte dem »Gesundheitsangebot« entgegen…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

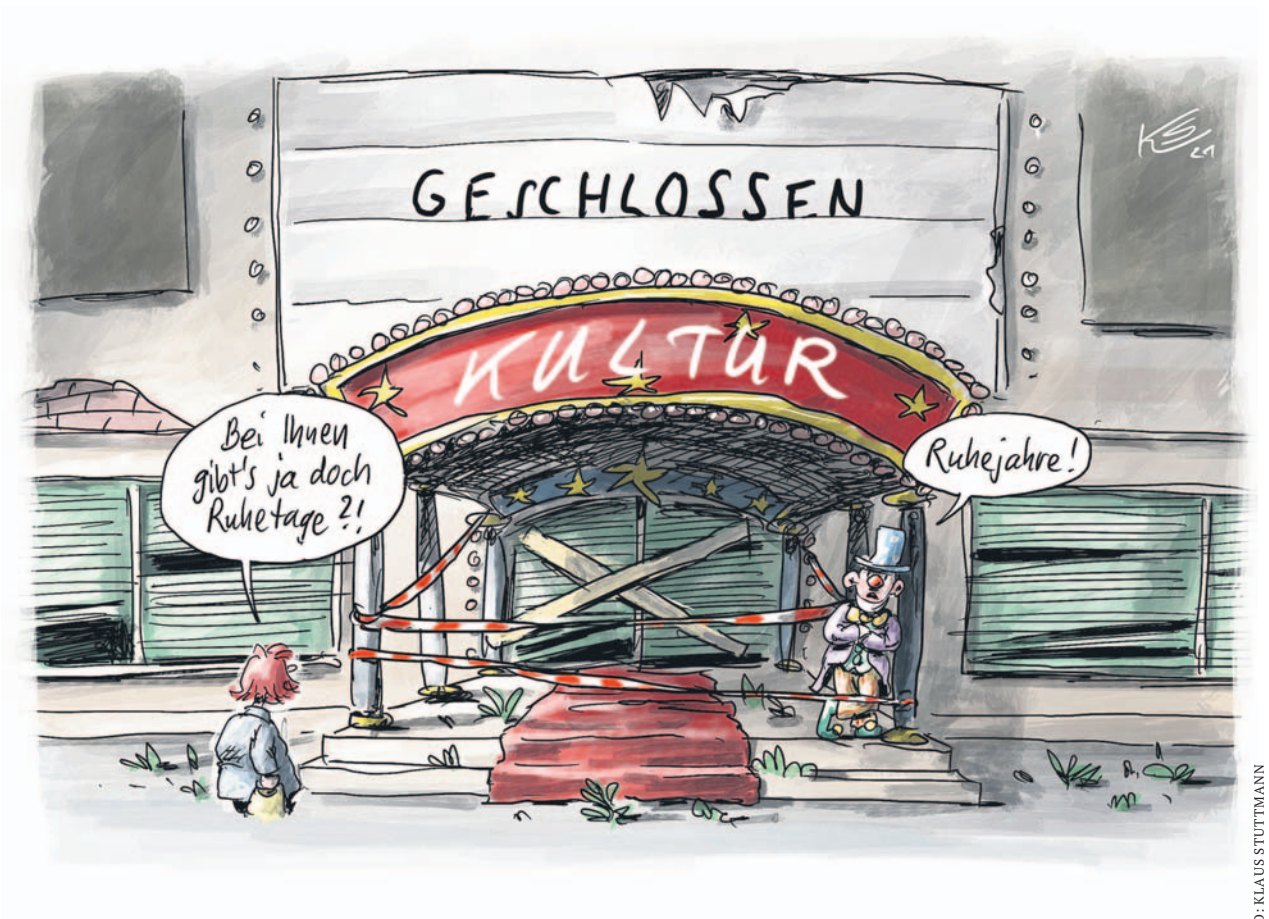


FOTO: KLAUS STUTTMANN

TAUBENSCHISS – DIE P&K FAKE-NEWS

Stuttgart: Herausforderungen wollen gemeistert sein: »ARD-Buffet«- und SWR3-Moderator Sebastian Müller stellt sich im neuen YouTube-Format zehn Mikroabenteuern in acht Bundesländern. Im neuen SR-Format »Mikroabenteuer« geht es um neue Erfahrungen und spannende Ideen vor der eigenen Haustür, um Natur und die eigenen Grenzen. Und natürlich: um jede Menge Spaß. Drei der insgesamt zehn Folgen sind bereits auf dem SWR YouTube-Kanal zu sehen: Folge 1 – Schwarzfahren im Zug per Kajak, Folge 2 – Der Fußabstreifer vor der Haustür: Rezept für einen scharfen Milben-Eintopf, Folge 3 – Mit dem Rad über den Bodensee – zahlt die Versicherung das Abenteuer?

Berlin: Digitale Medien stellen hohe Anforderungen an die Informations- und Nachrichtenkompetenz ihrer Nutzerinnen und Nutzer. Die Studie »Quelle Internet? – Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test« der Stiftung Neue Verantwortung (SNV) zeigt: Bei der Nutzung des Internets und der sozialen Medien fehlt es oft an ganz konkreten Kenntnissen zur Identifikation unabhängiger Informationen, von Interessenkonflikten oder Werbung oder zur Unterscheidung zwischen Nachrichten und Meinungsbeiträgen. In fast allen Kompetenzbereichen schneiden die Deutschen überwiegend mittelmäßig bis schlecht ab. Nur zehn Prozent wissen, dass die »Quelle Internet« kein Trinkwasser liefert.

Düsseldorf: Bildung ist wichtig, auch für Fußball-Stars. Florian Wirtz kommt bei seiner ersten Berufung in den Kreis der Nationalmannschaft um das Büffeln für die Schule nicht herum. »Wir haben das erste Mal im Betreuerstab auch einen Lehrer, weil Florian auch noch Abitur macht«, sagte DFB-Direktor Oliver Bierhoff. Als Pädagoge konnte Lothar Matthäus gewonnen werden.

München: Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) ist enttäuscht über das Ausbleiben von Öffnungen in der Coronakrise und hofft auf die Zeit nach den Osterferien. Es habe den Hoffnungsschimmer gegeben, dass man über Ostern Außengastronomie oder Stallfenster öffnen könne, sagte er in München. Doch die Beschlüsse in Berlin sprächen eine andere Sprache. Und dieses »Saupreißisch« habe er noch nie verstanden. (Thg)

IMPRESSUM

Politik & Kultur –
Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V. , Taubenstraße 1
10117 Berlin, Telefon: 030 . 226 05 280
Fax: 030 . 226 05 2811, www.politikundkultur.net, info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Theresa Brüheim (Chefin vom Dienst), Barbara Haack, Maike Karnebogen, Andreas Kolb

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner, ConBrio Verlagsgesellschaft
Telefon: 0941 . 945 93-35, Fax: 0941.945-93-50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 . 945 93-0, www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlag

Politik & Kultur erscheint zehnmal im Jahr.

ABONNEMENT
30 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

ABONNEMENT FÜR STUDIERENDE
25 Euro pro Jahr (inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur, Taubenstraße 1, 10117 Berlin
Tel.: 030 . 226 05 280, Fax: 030 . 226 05 2811
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung.

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen.

HINWEISE
Der Deutsche Kulturrat setzt sich für Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit ein. Offizielle Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Texte geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird manchmal auf die zusätzliche Benennung der weiblichen Form verzichtet. Wir möchten deshalb darauf hinweisen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln Der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

BEILAGENHINWEIS:
In der aktuellen Broschüre des Nomos Verlages finden Sie spannende Publikationen der Verlage Nomos, Ergon und Tectum, die sich mit jüdischem Leben in Deutschland, Europa und der Welt befassen.